

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Niederlage oder Verrat?

Gleich dreimal hintereinander druckte „Neues Deutschland“ – das Zentralorgan der Gysi-Fraktion der PDS – während des Streiks mutiger ostdeutscher Stahlwerker, Metalller und Elektroarbeiter für die 35-Stunden-Woche eine Annonce des Unternehmensverbandes. Nicht 35, sondern 38 Stunden seien Hefe für den wirtschaftlichen Aufstieg der Region. Zugeständnisse kämen nicht in Frage.

Nach dem Streikbruch des unternehmerhörigen Flügels der IG-Metall-Spitze um Klaus Zwickel, der ohne Große Tarifkommission und Urabstimmung den Ausstand für beendet erklärte, als die streikenden Arbeiter noch in den Postenketten standen, trompeteten die Medien von rechts bis pseudolinks Viktoria! Die „Arbeitgeber“ hätten auf der ganzen Linie gesiegt. Selbst das DKP-Wochenblatt „Unsere Zeit“, das mit den Streikenden solidarisch gewesen war, erschien unter der irreführenden Schlagzeile „Aus der Niederlage lernen!“ Wie können Kommunisten den durch Schröder und die SPD-Führung angemahnten, durch Zwickel vollzogenen Verrat korrupter Gewerkschaftsbosse als Niederlage werten?

Die bedingungslose Kapitulation der IG-Metall-Zentrale erfolgte zu einem für die 35-Stunden-Kämpfer besonders günstigen Zeitpunkt. Die Arbeitsniederlegung in wichtigen ostdeutschen Zulieferbetrieben großer BRD-Autokonzerne wie VW und BMW zeigte in den westdeutschen Stammwerken Wirkung. Ganze Betriebsabteilungen mit bis zu 30000 Mann mußten zeitweilig stillgelegt werden. Damit war der neuralgische Punkt des Streiks erreicht. Jetzt hätte die Solidarität der westdeutschen Metallarbeiter greifen müssen. Es wäre Sache der IG Metall gewesen, die Belegschaften in den alten Bundesländern zur Unterstützung ihrer Kollegen in Zwickau und Ludwigsfelde aufzufordern. Doch weit gefehlt. Die Arbeiter im Osten sollten als Sündenböcke und Verlierer vorgeführt werden. Ihr erster großer Streik wurde aber nicht verloren, sondern verraten. Auf Beschwichtigung und Klassenharmonie bedachte Gewerkschaftsbözen fielen der angeblich von ihnen vertretenen Klasse in den Rücken und nutzten den ungeliebten Arbeitskampf in Sachsen und Berlin/Brandenburg zur Abrechnung mit internen Gegnern und zur Diskreditierung der nach 1990 ohnehin auf einen Bruchteil ihres früheren Bestandes zusammengeschrumpften ostdeutschen Arbeiterschaft.

Zwickel, Schröders kantig auftretender, aber handzahmer Mann bei der IG Metall, wollte seinen Stellvertreter Jürgen Peters ins Messer laufen lassen. Dem weiter links

angesiedelten die Schuld für den „verlorenen Streik“ anzudichten, war bereits beschlossene Sache, bevor auch nur der erste Stahlwerker in den Ausstand getreten war. Der aufmüpfige Peters sollte nicht, wie vom Vorstand empfohlen, Chef der zweitgrößten deutschen Einzelgewerkschaft werden. Die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ nannte den Grund dafür: „Peters steht für die Rezepte der Vergangenheit: Klassenkampf und Ausblendung der ökonomischen Wirklichkeit.“ Zwickel, der bei der Abstimmung im Leitungsgremium der IG Metall nicht durchgekommen war und später kapitulieren mußte, ließ den Streik im Osten widerwillig anrollen, um ihn „nach Überschreitung der Schmerzgrenze“ brutal abzuwürgen. Selten haben sich Teile der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie so deutlich als Arbeiterverräter entlarvt wie in diesem Falle. Sie nahmen sogar eine massive Schwächung der im Osten ohnehin einflußarmen IG Metall bewußt in Kauf.

Bei Beginn des Arbeitskampfes hatte sich nur eine Minderheit der Belegschaften als organisiert und streikbereit erwiesen. Die Unternehmer, bestärkt durch die Medien – mit der rühmlichen Ausnahme der Tageszeitung „junge Welt“ –, die meisten Politiker (bis zu CDU-Ministern und einem PDS-Oberbürgermeister) und sogar durch manche Gerichte, hatten leichtes Spiel. Sie alle priesen den Streikbruch als besondere Tugend an. Man solle „einer kleinen Gruppe ideologisch verblendeter Heißsporne die Giftzähne ziehen“, empfahl die „Heilbronner Stimme“.

Das alte Prinzip „Teile und herrsche!“ wurde mit großem Erfolg angewandt, um den Arbeitern eine Lektion zu erteilen: Versucht es nie wieder, Ossi! In Wahrheit handelt es sich um eine Lehre für die Werktätigen in ganz Deutschland: Entsolidarisierung ist das Einfallstor für alle, die die Daumenschrauben anziehen wollen. Rückkehr zur 38-Stunden-Woche auch im Westen heißt jetzt die Devise der Hundts, Rogowskis und Kannegießers. „Die historische Niederlage einer der mächtigsten Gewerkschaften Europas dürfte zum Genesen der deutschen Wirtschaft mehr beitragen als alle Beschlüsse aus dem Schinkelschloß in Neuhardenberg“, begeisterte sich die großbürgerliche FAZ.

Möge ihr das Triumphgebrüll im Halse steckenbleiben. Viele im Osten haben es satt, daß auf ihrem Rücken weiterhin Politik gemacht wird. Sie wollen nicht länger Manövriermasse fremder Eroberer sein. Noch ist nicht aller Tage Abend!

Klaus Steiniger



INHALT

Rückkehr aus Absurdistan	S. 2
Gespräch mit Prof. Moritz Mebel	S. 3
Der Koordinator	S. 4
Tucholsky: An einen Bonzen	S. 4
DDR: Ausbildungsplätze für alle	S. 5
Ein Brief von Margot Honecker	S. 6
Das Haus, in dem ich wohne	S. 7
Die Blitzgesetze der Pseudo-Volkskammer	S. 8
Zur Organisationsfrage	S. 9
Die 40000 Opfer von Jena	S. 10
Kästner: Hymnus auf die Bankiers	S. 10
Bei Klaus Parche zu Besuch	S. 11
Der „RotFuchs“ im Internet	S. 12
Makabre Abzockerei	S. 12
Warum der ganze Rummel um den 17. Juni aufgezogen wurde	S. 13
Entscheidung in Lublin	S. 14
Der Prager Februar-Sieg	S. 15
Wer sprengte das WTC? (2)	S. 16
Der Waffenstillstand von Panmunjom	S. 17
Vor 60 Jahren wurde in Rom Benito Mussolini gestürzt	S. 18
Interview mit der australischen KP-Vorsitzenden H. Middleton	S. 19
Die Kongo-Intervention der EU	S. 20
Aufmarsch in Thessaloniki	S. 20
Nepal: Zur Lage im Himalaja-Königreich	S. 21
Irak: Die Beulen der Amis	S. 21
Die Halliburton-Story	S. 22
Wird Iran anvisiert?	S. 23
Österreichs Schutzbundkinder	S. 24
Rußlands neue Plüschfahne	S. 25
Fundgrube bei Mundstock	S. 26
Wenn Archie von der DDR träumt	S. 26
Zeit zum Nachdenken	S. 27
¡Presente! / Am Rande bemerkt	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Termine & Anzeigen	S. 32

Gregor Gysi Prokurist amtiert wieder

Rückkehr aus Absurdistan

Modern sein heißt flexibel sein. Lothar Bisky ist modern. Flexibel in hohem, ach was: in höchstem Maße. Vor dem Geraer Parteitag der PDS befragt, ob er sich vorstellen könne, wieder Vorsitzender zu werden, äußerte er gegenüber ZDF online (im Internet nachlesbar): „Absolut ausgeschlossen. Das ist Absurdistan!“ Jetzt kehrte er aus Absurdistan zurück.

Auf dem jüngsten Berliner Sonderparteitag der PDS ließ Bisky sich erneut zum Parteivorsitzenden küren. So, wie das Gregor Gysi, starker Mann hinter den Kulissen, samt „Reformer“gilde wollte. Und dieselben Delegierten, die gut acht Monate zuvor in Gera eine – sozialistischem Anspruch gemäße – Korrektur der Parteilinie beschlossen hatten, schickten nun jenen Vorstand in die politische Wüste, der von ihnen gewählt worden war, um eben diese Linie durchzusetzen. Mit ihrer Kehrtwende stimmten sie mehrheitlich gegen sich selbst. Der Wochen vorher von „Neues Deutschland“ geäußerte Zweifel, „ob die Delegierten wissen werden, worum es wirklich geht“, wurde durch diesen erstaunlichen Vorgang beseitigt: Sie wußten es offenkundig nicht.

Diesen Eindruck nahmen selbst wohlmeinende Beobachter mit, die dem Parteitag beiwohnten. Verwundert erlebten sie, wie Verteidigern der „Geraer Linie“ ebenso Beifall gezollt wurde wie denen, die – gleich Gregor Gysi – Gegenpositionen verfochten. Offenkundig in dem Irrglauben, mit dem Auswechseln des Vorstandspersonals die Existenzkrise der PDS beheben zu können, beging das Berliner Forum faktisch Selbstbetrug. Es setzte sich zugleich über Warnungen und Ratschläge hinweg, die es im Vorfeld gab. So z. B. mittels einer Annoncenserie im ND, mit der Prominente – unter ihnen Daniela Dahn und Gerhard Zwerenz – dazu aufforderten, „Ausgrenzungen“ zu unterlassen, wie sie von Bisky und den Regisseuren dieses Parteitages angekündigt waren (exemplarisch das Kesseltreiben gegen Diether Dehm und Uwe Hixsch) – und dann auch vorgenommen wurden.

Aber selbst jene, die das Personalkarussell so eifrig in Gang setzten, wissen natürlich,

daß sich mit dessen Drehen das Dilemma der PDS keineswegs beheben läßt. Auch ihnen ist klar, daß der nach wie vor ungelöste Richtungsstreit, der den Charakter dieser Partei so diffus bleiben läßt, eigentliche Ursache sowohl des innerparteilichen Konflikts wie der schwindenden Akzeptanz der PDS selbst bei deren eigener Klientel ist. Daß der notwendigen und unumgänglichen Klärung dieser Grundfrage im Berliner Tempodrom ausgewichen wurde, war nicht Versäumnis, sondern Absicht. Die Anti-Gera-Fronde der „Reformer“ dürfte nicht grundlos davon ausgegangen sein, daß die derzeitige Kräftekonstellation in der Partei ihr noch keine hinreichende Gewähr bietet, sich schon im ersten Anlauf durchsetzen zu können. So ein „Sieg“ will gründlich vorbereitet sein. Berlin sollte die personelle Basis dafür sichern – unverzichtbare Voraussetzung, um beim Chemnitzer Parteitag im Oktober die PDS auf ein neues Programm festzulegen, das sie auf den politischen Kurs der „Reformer“ einschwört. Dem entspricht der vorliegende und von diesen favorisierte Entwurf, mit dem die PDS auch programmatisch von antikapitalistischen Positionen weggeführt und auf nur noch „kapitalismuskritisch“ reduziert würde. Wie in der Praxis bereits nahezu durchgesetzt.

Aber es war eben genau dieser Kurs der Anpassung an die kapitalistische Gesellschaft und des Verzichts auf Systemopposition, der Würde- und charakterlosen Mitwirkung bei der Diffamierung der eigenen Vergangenheit namens DDR, der zum Wahldebakel der PDS am 22. September 2002 führte! Den „geistigen Vätern“ dieser politischen Konzeption nun den Freibrief für ein „Weiter so!“ auszustellen, kann diese Partei nur noch tiefer in die Krise führen. Und genau das ist in Berlin geschehen:

Mit dem von Bisky handverlesenen neuen Vorstand haben die „alten Kader“ wieder das Heft in die Hand bekommen. Den als Restspur in ihm noch präsenten Parteilinken dürfte außer einer dekorativen Rolle kaum nennenswerter Einfluß bleiben. Den erhielten dafür am Niedergang

maßgeblich beteiligte Parteiprominente wie Roland Claus, der als Koordinator der Fraktionsvorsitzenden zurückkehrte. Die als Vorsitzende gescheiterte Gabriele Zimmer behält den Hut in der Programmkommission. Und André Brie, einer der theoretischen Väter des Anpassungskurses, leitet 2004 den Wahlkampf der PDS für das Europaparlament. Da braucht man nicht zu rätseln, welche Richtung dem „Neuanfang“ vorgegeben ist.

Einer allerdings vermied es vorerst, sich wieder ins erste Glied zu stellen: Gregor Gysi. Erstes Glied bedeutet ja zugleich, in die Schußlinie zu geraten. Da verhält sich ein Mann vorsichtig, dem sein eiliger Rückzug vom Posten des Berliner Wirtschaftssenators von Parteibasis und Wählern als Flucht aus der Verantwortung verübelt wurde und der ihm spürbaren Popularitätsverlust eintrug. Zumal der jetzige Zustand der PDS nicht gerade einladend und Besserung keineswegs sicher ist. Da läßt er lieber seinen Prokuristen versuchen, das Unternehmen flottzubekommen. Wobei der garantiert den Ratschlägen folgt, die ihm Freund Gysi – noch im Hintergrund bleibend – zuteil werden läßt. Doch seine Hoffnung setzt Bisky auf „eine Rückkehr meines Freundes Gregor in die aktive Politik“. In ihr sieht er sogar „einen Schlüssel zum Erfolg“ (ND, 30. 6.). Er scheint sich demnach seiner Rolle als zeitweiliger Ersatzmann bewußt. „Vordenker“ André Brie hatte das ohnehin öffentlich gemacht, indem er (in der SVZ vom 27. 6.) ungeschminkt erklärte: „Bisky ist keine Ideallösung, aber unter den Umständen die einzig gute ...“

Wann (und ob überhaupt) der als „charismatischer Führer“ hofierte Gysi das Zepter wieder selbst in die Hand nimmt, ist völlig offen. Aber selbst Leute, die Gysi freundschaftlich verbunden sind, hielten seine Wiederkehr für fatal. So Florian Havemann: Von den Delegierten geduldet, habe Gysi mit der PDS und deren 70 000 Mitgliedern gespielt. Wenn es der Partei „nicht gelingt, sich von dem Einfluß frei zu machen, den ihr früherer Vorsitzender immer noch ausübt“, könne sie nicht glaubwürdig „wirkungsvolle Politik für die Menschen“ machen, für die eine sozialistische PDS politische Interessenvertreterin sein müsse (ND, 7. 7.).

Es geht bei alledem nicht um die Person Gysi, sondern um das Parteimodell, für das sein Name steht: die Umwandlung der PDS in eine kleinbürgerlich-sozialdemokratische Partei (mit durchaus humanistischen, antifaschistischen und antimilitaristischen Zügen); in eine systemkompatible „normale“ Partei in einer bürgerlichen Demokratie.

Als solche bietet die PDS keine gesellschaftliche Alternative. Sie macht sich so, und das eher über kurz als lang, überflüssig. **Wolfgang Clausner**



Bisky wird von vielen nur für eine Zwischenlösung gehalten. Soll er die Lage für Gysi – den eigentlichen Macher hinter den Kulissen – ventilieren, bevor er selbst nach Brüssel entschwindet, wo man ihm bereits einen Sitz im Europaparlament anwärmen möchte?

Im Gespräch mit Prof. Dr. med. Moritz Mebel

Ich bin und bleibe Kommunist

Am 8. Juli veröffentlichte die „junge Welt“ eine Leserzuschrift, in der Prof. Moritz Mebel (80), langjähriger Direktor der Urologischen Klinik der Berliner Charité, Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR, Nationalpreisträger, Mitglied des ZK der SED, Sprecher des Rates der Alten (jetzt Ältestenrat) der PDS, seinen Austritt aus dieser Partei mitteilte. „RotFuchs“ bat ihn um ein Gespräch.

Genosse Mebel, würdest Du zunächst unseren Lesern wichtige Stationen aus Deinem Leben vermitteln?

Natürlich. 1923 wurde ich in Erfurt in einer kommunistischen Familie geboren, die 1932 nach Moskau emigrierte. Dort suchte ich die deutschsprachige Karl-Liebknecht-Schule, bin aber, weil ich studieren wollte, nach der 7. Klasse in eine russische Schule übergewechselt.

Das war sehr schwer: Im ersten Russisch-Diktat machte ich auf einer einzigen Seite 45 Fehler! 1940 begann mein Studium am ersten Moskauer Medizinischen Institut. Nur ein Jahr später, im Oktober 1941, als die Schlacht um Moskau begann, meldete ich mich zu den Arbeiterbataillonen. Wir sicherten die Wolokolamsker Chaussee. Seitdem kämpfte ich in den Reihen der Roten Armee. Ich hatte Glück, mußte immer nur vorwärtsmarschieren und kam so, schon als Offizier, nach Deutschland, wo ich bis 1947 in der Sowjetischen Militäradministration in Halle/Merseburg eingesetzt war.

Die Kriegserlebnisse auf dem langen Weg von Moskau haben sich mir tief eingepägt, ebenso die Greuelthaten der Hitler-Armee. Mir braucht niemand zu erzählen, was Faschismus bedeutet. Mit meiner Enkeltochter möchte ich zu ihrer Jugendweihe eine Reise nach Auschwitz unternehmen. Das unterbrochene Studium konnte ich dann 1947 in Moskau fortsetzen, wurde Aspirant, promovierte, und schließlich, 1958, übersiedelte ich in die DDR. Hier war ich ununterbrochen auf meinem Fachgebiet Urologie tätig. 1967 gelang meinem Kollektiv die erste erfolgreiche Nierentransplantation in der DDR.

Du hast also eine sehr tiefe emotionale Bindung zur kommunistischen Idee?

1942 wurde ich an der Front in die Kommunistische Partei der Sowjetunion aufgenommen, bin also seit nunmehr über 60 Jahren mit der Partei verbunden. Ich war dabei, bin dabei und bleibe dabei. Meine kommunistische, sozialistische, humanistische, marxistische Überzeugung kann ich nicht ablegen und will sie auch nicht ablegen. Es gibt überhaupt keinen Grund – bei allen Fehlern, selbst den eigenen –, aus meiner Biographie auszusteigen. Immer ist es leichter, im nachhinein darüber zu urteilen, was man vorher hätte anders ma-

chen müssen. Aber völlig klar ist: Ohne die Vergangenheit gäbe es keine Gegenwart und erst recht keine Zukunft.

Der Entschluß, die PDS zu verlassen, ist gewiß nicht über Nacht entstanden, sondern hat lange Zeit gebraucht?

Das ist eine sehr schwere Frage. Sie beschäftigt mich, seit G. Gysi offen zu erkennen gegeben hat, daß er auf der Seite der „Reformer“ steht. Ich denke an eine Stelle in seinem 2001 erschienenen Buch: „Für die Fortsetzung des Erneuerungsprozesses in der PDS gibt es nur eine Chance: nämlich, daß die Mehrheit der Mitglieder diese Fortsetzung will und deshalb diejenigen marginalisiert, die zu dogmatisch-ideologischen Denk- und Verhaltensstrukturen zurückkehren wollen.“ Und an anderer Stelle: „Im Grunde genommen wäre die PDS in der gegenwärtigen Zeit im Rahmen einer Zusammenarbeit mit der SPD das sozialdemokratische Korrektiv zur SPD.“ Wenn das das Programm der „Reformer“ und der „Moderne“ ist, dann tut es mir leid. Hier hat meine Konsensbereitschaft ihre Grenzen erreicht. Oft habe ich in dieser Zeit an August Bebel denken müssen: Eine Partei, die die Regierenden unterstützt, landet unweigerlich im Lager der Rechten.

Gab es darüber hinaus einen direkten Anlaß für Dein Ausscheiden zu diesem Zeitpunkt?

Ja, das waren die undemokratischen, statutenwidrigen Handlungen im Zusammenhang mit dem Sonderparteitag. Da wurde der gewählte Vorstand einfach ausgeschaltet und durch eine Konferenz ersetzt, die es laut Statut gar nicht gibt. Gegen zwei gewählte Vorstandsmitglieder wurde ein regelrechtes Kesseltreiben inszeniert. Der vom Parteitag gewählte Bundesgeschäftsführer wurde zu den Sitzungen nicht eingeladen. All das erfolgte mit dem Ziel, auf dem nächsten Parteitag dann einen Programmwurf zur Abstimmung zu stellen, der nichts weiter soll, als die sozialdemokratischen Ambitionen seiner Verfasser zu rechtfertigen.

Du hast Deine Austrittserklärung an den Ältestenrat gerichtet. Welchen Einfluß hat dieses Gremium?

Er wurde 1991 unter dem Namen „Rat der Alten“ als beratendes Gremium beim Parteivorsitzenden ins Leben gerufen. Ich war sein erster gewählter Sprecher, und das hat anfangs auch viel Freude gemacht. Allerdings wurden die Beratungen mit den bis jetzt drei Parteivorsitzenden sukzessive immer seltener. Bei unserer Zusammenkunft mit G. Zimmer im Dezember 2001 haben wir ihr gesagt: Wenn Du uns nicht brauchst, dann sag das, und wir

finden eine geeignete Art, auseinanderzugehen, schließlich sind wir kein im Statut verankertes Gremium. Für mich war es eine schwere Enttäuschung, daß sie ihre Zusage, uns mit den Richtlinien für den Programmwurf vor seiner Veröffentlichung bekanntzumachen, nicht gehalten hat. Das war Anlaß, meine Funktion als Sprecher niederzulegen und aus dem Rat auszuschcheiden. Nunmehr bis ich auch aus der PDS ausgetreten.

Wie siehst Du die Perspektive der Linken in Deutschland? Was muß getan werden, um wieder zu einer revolutionären Massenpartei zu kommen?

Also zunächst ein wenig philosophisch: Wer keine Träume, keine Hoffnungen hat, der hat schon verloren. Die Zersplitterung der Linken ist katastrophal. Man müßte ein paar Eckpunkte benennen, auf die man sich als gemeinsame Ziele einigen kann: das Recht auf Arbeit, nicht „freier Zugang“, das Recht auf gesundheitliche Versorgung für alle und nicht eine Zwei-Klassen-Medizin, der wir jetzt mit Riesenschritten entgegengehen, die Frage der Bildung und deren Unabhängigkeit vom Geldbeutel der Eltern. Für alle Menschen muß soziale Sicherheit garantiert werden. Es darf nicht sein, daß die Jungen gegen die Alten aufgehetzt werden. Wir brauchten vor allem eine tiefgründige wissenschaftliche Analyse der heutigen Lage, der heutigen Klassenverhältnisse. Ich bin überzeugt, daß sich z. B. in der Arbeiterklasse in den letzten Jahrzehnten tiefgehende soziale und ideologische Wandlungen vollzogen haben. Der „RotFuchs“ könnte bei einer solchen Analyse eine positive Rolle spielen. Mit der bloßen Übernahme unserer alten Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ ist das doch nicht getan. Der gewaltige wissenschaftlich-technische Fortschritt hat die Möglichkeit eröffnet, Wohlstand für alle Menschen auf dieser Welt zu schaffen. Die Schere zwischen Armen und Reichen darf nicht immer weiter auseinanderklaffen. Dieser Entwicklung muß Einhalt geboten werden!

Die Fragen stellte Frank Mühlefeldt.



Zum dritten Politstart des Roland Claus

Der Koordinator

In der PDS ist die Rückkehr der Gestrigen eingeleitet. Wer da meint, Politik kenne keine Verwandten, irrt sich. Sonst würde doch der für das Waterloo der PDS bei der Bundestagswahl verantwortliche und mit Bravour abgestürzte „Oppositionsführer“ nicht schon wieder fröhliche Urständ feiern. An den „Mann für alle Fälle“ hat man sich im neuen Vorstand ganz schnell erinnert. Seine Kurzzeit-Arbeitslosigkeit wurde beendet, und die PDS-Politiker können ob dieser sozialen Leistung aufatmen: ein Arbeitsuchender weniger.

Diesmal wird der stets regierungswilde Roland als „Koordinator der PDS-Fraktionsvorsitzenden-Konferenz“ auf die Partei losgelassen. Erinnert sich wirklich niemand daran, daß Claus in geradezu spektakulärer Weise zu deren Niedergang beigetragen hat?

Es ist der dritte Start in seiner Politikkarriere. Den Wartesaal für „Ankommende“ hat der immer wieder auf die Füße gefallene Funktionsträger aus DDR-Zeiten, der sich um seine Altersversorgung kaum Gedanken machen muß, gar nicht erst betreten. Er war gleich in den nächsten Zug gesprungen. Aus dem noch in Halle zur politischen High-Society der Bundesrepublik aufgestiegenen Karrieristen wurde der gefeierte Tolerierer von Magdeburg, dessen Anbiederung an die SPD, verbunden mit opportunistischem Machttaumel statt linkem Widerstand, die PDS schon bei Landtagswahlen zunehmend Wählerstimmen kostete. Das Ganze endete mit dem Desaster der Partei am 22. September 2002, als sie samt Claus aus dem Bundestag flog.

Bereits vier Monate früher verspielte der damalige PDS-Fraktionsvorsitzende das Ansehen der demokratischen Sozialisten, als er sich unterwürfig bei Bush für die vier beherzten Abgeordneten seiner Partei entschuldigte, die mit ihrem Transparent gegen die Kriegsrede des USA-Präsidenten im Deutschen Bundestag protestierten. „Pfeife“ hat ihn danach eine Zeitung genannt und verlangt, die Bundestagsfraktion möge in Zukunft doch nicht „ihre größte, sondern eine etwas kleinere ...“ an die Spitze stellen. Doch eine „künftige Fraktion“ kam gar nicht erst zustande.

Deshalb bekommt jetzt die größte erst einmal einen kleineren Posten, während die kleineren, wie schon gehabt, die höheren Ränge einnehmen. Vorerst jedenfalls. Was daraus wird, ist abzusehen. Der Koordinator wird seinem Hobby frönen und die Landtagsfraktionen der PDS auf hilfswilliges Mitregieren der Sozialisten einschwören.

Die Personalentscheidung in Sachen Claus ist suspekt. Sie läßt im Ränkespiel der „Reformer“ statt eines Koordinators eher einen Brückenkopf vermuten. Es wird nicht viel Zeit vergehen, bis alle wieder da sind, die sich kennen: ein alter neuer Wahlkampfleiter der PDS für 2004, ein Strategieteam von Leuten, die nach der „politischen Mitte“ streben, wieder mal ein Ministerpräsidentenkandidat der PDS in Sachsen oder Thüringen usw. usw. Vorsitzender Bisky nennt das „wirksame Personalisierung“. Keiner wird vergessen, wenn er aus der eigenen Schachtel stammt. **Dr. Hans-Dieter Krüger**



Die Opfer
des Sonderparteitags

Wurden fallengelassen
und knallhart abserviert,
da zu radikal für die PDS:
Ex-Sozialdemokraten Diether
Dehm und Uwe Hixsch

An einen Bonzen

Einmal waren wir beide gleich.

Beide: Proleten im deutschen Kaiserreich.

Beide in derselben Luft,

beide in gleicher verschwitzter Kluft;

dieselbe Werkstatt – derselbe Lohn –

derselbe Meister – dieselbe Fron –

beide dasselbe elende Küchenloch ...

Genosse, erinnerst du dich noch?

Aber du, Genosse, warst flinker als ich.

Dich drehen – das konntest du meisterlich.

Wir mußten leiden, ohne zu klagen,

aber du – konntest es sagen.

Kanntest die Bücher und die Broschüren,

wußtest besser die Feder zu führen.

Treue um Treue – wir glaubten dir doch!

Genosse, erinnerst du dich noch?

Heute ist das alles Vergangenheit.

Man kann nur durchs Vorzimmer zu dir gelangen.

Du rauchst nach Tisch die dicken Zigarren,

du lachst über Straßenketzer und Narren.

Weißt nichts mehr von alten Kameraden,

wirst aber überall eingeladen.

Du zuckst die Achseln beim Hennessy

und vertrittst die deutsche Sozialdemokratie.

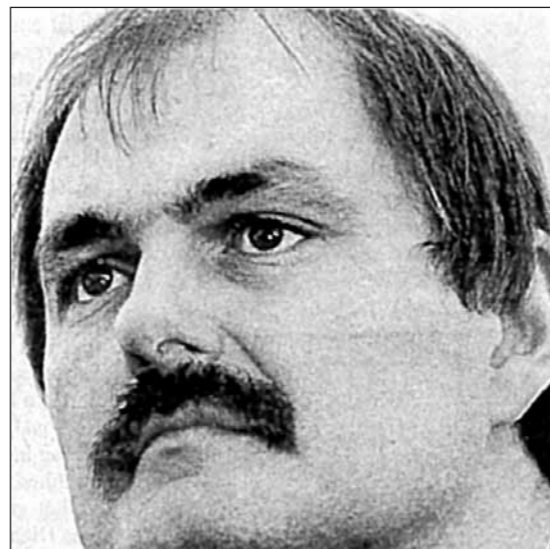
Du hast mit der Welt deinen Frieden gemacht.

Hörst du nicht manchmal in dunkler Nacht

eine leise Stimme, die mahnend spricht:

„Genosse, schämst du dich nicht?“

Kurt Tucholsky, 1923



Was in der Deutschen Demokratischen Republik selbstverständlich war:

Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen

Zehntausende Jugendliche bleiben im heutigen Deutschland jährlich ohne Ausbildungsplatz! Die jungen Menschen im Osten sind davon überproportional betroffen: Nicht einmal jeder zweite Schulabgänger kann hier in einem Betrieb einen Beruf erlernen. Obwohl die zuständigen Organe die verschiedensten Maßnahmen einleiten und die Medien über alle möglichen Aktivitäten berichten, verringert sich real die Zahl der Ausbildungsplätze, die von den Unternehmen bereitgestellt werden, von Jahr zu Jahr; und nur ein Teil der Azubis wird nach Abschluß der Ausbildung in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen. Die sogenannten Sofortprogramme von Bund und Ländern bringen in der Regel nur außerbetriebliche Ausbildungsmöglichkeiten, für deren Absolventen die Chancen auf einen Arbeitsplatz noch geringer sind. Zu all dem kommt hinzu, daß die Qualität der Ausbildung in den Berufsschulen in den letzten Jahren wegen des Mangels an Berufsschullehrern und durch Kürzungen des Unterrichts spürbar nachläßt. Insgesamt gilt, daß das „duale System“ der Berufsausbildung weder quantitativ noch qualitativ in der Lage ist, allen jungen Menschen, die kein Hochschulstudium aufnehmen, eine Ausbildung zu sichern. Für viele Jugendliche bedeutet das (z. T. mehrere Jahre dauernde) Arbeitslosigkeit, und noch mehr, Perspektivlosigkeit mit allen ihren negativen Folgen für sie persönlich und für die Gesellschaft insgesamt. Auf dem Hintergrund dieser Tatsachen ist um so schmerzlicher, daß viele international anerkannte Erfahrungen der Berufsausbildung in der DDR nach 1990 negiert und bewährte Einrichtungen, wie z. B. die Betriebsberufsschulen, und erprobte Wege beruflicher Ausbildung (Verbindung von Berufsausbildung und Abitur u. a.) „abgewickelt“ und verschlossen wurden. Eine unentgeltliche, gediegene Berufsausbildung für alle Jugendlichen, die kein Fach- oder Hochschulstudium begannen, gehörte in der DDR zum verfassungsmäßigen Recht und war auch zur selbstverständlichen Praxis geworden. Sie dauerte nach Abschluß der Oberschule in der Regel zwei Jahre, bei einigen Berufen mit speziellen Anforderungen auch zweieinhalb oder sogar drei Jahre und wurde mit der Facharbeiterprüfung abgeschlossen. Die Ausbildungsbetriebe waren verpflichtet, jedem Lehrling bereits ein halbes Jahr vor seinem Lehrabschluß einen Arbeitsvertrag für einen berufsgerechten Arbeitsplatz nach der Facharbeiterprüfung anzubieten.

Die Berufsausbildung war ein wesentlicher Bestandteil des einheitlichen Bildungssystems der DDR; sie wurde nach verbindlichen Lehrplänen durchgeführt und staatlich geleitet. Sie erfolgte auf der Grundlage eines Lehrvertrages zwischen der/dem Jugendlichen, ihren/seinen Eltern und einem Betrieb bzw. einer Ge-

nossenschaft. Ein großer Teil der Lehrlinge lernte in den großen volkseigenen Betrieben und Kombinat; in deren Unterrichtskabinetten, Lehrwerkstätten, Labors und Produktionsanlagen wurde nicht nur für den eigenen Bedarf ausgebildet, sondern auch für Betriebe, die über keine solchen Einrichtungen verfügten. Die Betriebsberufsschulen, zu denen oft Lehrlingswohnheime gehörten, waren zur wichtigsten Bildungseinrichtung in der Berufsausbildung entwickelt worden; sie erfaßten mehr als zwei Drittel aller Lehrlinge. In kommunalen Berufsschulen wurde der theoretische Unterricht für jene erteilt, welche ihre praktische Ausbildung in kleineren Betrieben des Dienstleistungs-, Reparatur- und Versorgungssektors sowie in Verwaltungen erhielten.

In der DDR gab es Ende der 80er Jahre 965 Berufsschulen, die insgesamt ca. 400 000

(1985). Sie umfaßte mehr als 300 Berufe. Die Mehrzahl der Jugendlichen erlernte sogenannte Grundberufe, die mehrere Spezialisierungen ermöglichten (z. B. „Baufacharbeiter“ mit Spezialisierungen wie Maurerarbeiten, Montagearbeiten, Stahlbetonarbeiten, Tiefbauarbeiten u. a.). Die Grundstruktur des Inhalts der Ausbildungsberufe umfaßte:

1. allgemeine Grundlagenbildung einschließlich Weiterführung der Allgemeinbildung, u. a. Betriebsökonomie, Recht, Grundlagen der Automatisierung, Deutsch, Sport;
2. berufliche Grundlagenbildung – nach Berufsgruppen bzw. Ausbildungsberufen differenziert –; hier wurden u. a. jene Elemente der Allgemeinbildung weitergeführt, die für den betreffenden Beruf speziell erforderlich sind (in vielen Fällen berufsspezifisch gestalteter

18 ■ Neues
Deutschland

Dienstag,
1. Juli 2003

Nur die Hälfte der Betriebe bildet aus

Lehrlinge auszubilden; etwa 30 % von ihnen waren in Wohnheimen untergebracht. In der beruflichen Ausbildung arbeiteten mehr als 17 000 an Universitäten ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer sowie über 32 000 Lehrmeister mit Fachschulbildung sowie ca. 100 000 Lehrfacharbeiter.

Um die individuellen Wünsche und die volkswirtschaftlichen Erfordernisse in Übereinstimmung zu bringen, wurde in der zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule der Berufsaufklärung, der Berufsberatung und der Berufsorientierung große Aufmerksamkeit gewidmet. In allen Oberschulen gab es Berufsberatungslehrer. Entsprechend ihrer Verantwortung förderten die Betriebe und Kombinate auf vielfältige Weise die Vorbereitung der Berufsentscheidung der Schülerinnen und Schüler. Diese wurden dabei von Berufsberatungszentren, die es seit Ende der 70er Jahre in allen Kreisen gab, aktiv unterstützt. Dadurch konnte erreicht werden, daß in den 80er Jahren mehr als 80 % der Schülerinnen und Schüler bei der ersten Bewerbung die gewünschte Lehrstelle erhielten.

Die „Systematik der Ausbildungsberufe“ wurde entsprechend den wissenschaftlich-technischen, ökonomischen und kulturellen Erfordernissen im Verlauf der 40 Jahre DDR mehrfach verändert (letztmalig

Unterricht in Mathematik und Naturwissenschaften);

3. berufliche Spezialisierung. Sie verfolgte das Ziel der unmittelbaren Befähigung zur Ausübung der Berufstätigkeit in einem komplexen Arbeitsbereich. Ca. 60 % der Ausbildungszeit wurden für die allgemeine und die berufliche Grundlagenbildung verwandt, ca. 40 % für die berufliche Spezialisierung.

Der Inhalt eines jeden Ausbildungsberufs umfaßte sowohl theoretische als auch praktische Bestandteile, die eine untrennbare Einheit bildeten. Im Verlaufe der Entwicklung von den 50er zu den 80er Jahren haben sich die Proportionen zugunsten der theoretischen Ausbildung verschoben, wobei es natürlich von Beruf zu Beruf Unterschiede gab. Im Durchschnitt betrug das Verhältnis in den 80er Jahren 30 % theoretische zu 70 % praktische Ausbildung.

Großer Wert wurde auf die Förderung der schöpferischen Mitarbeit der Lehrlinge an volkswirtschaftlichen Aufgaben gelegt. Das erfolgte vor allem durch ihre Einbeziehung in den sozialistischen Berufswettbewerb und in die Neuererbewegung, in der Vorbereitung auf die „Messe der Meister von Morgen“ (MMM) und durch die Tätigkeit in speziellen Jugendobjekten.

Prof. Dr. Günter Wilms

Margot Honecker schrieb an die „Roten Kalenderblätter“

Kommunisten und Sozialisten gemeinsam

Margot Honecker hat sich mit einem Brief an die „Roten Kalenderblätter“ – eine von Prof. Dr. Erich Kundel herausgegebene Monatsschrift der DKP Brandenburg – gewandt, der in der August-Ausgabe des Periodikums erscheint. Wir drucken mit Genehmigung der Redaktion Auszüge davon.

(...) Die Ereignisse des Herbstes 1989 waren für Erich wie für uns alle schmerzlich. Wie er blieben nicht wenige der Unseren standhaft. Viele jedoch schwankten, resignierten, und es gab auch welche, die die Fronten gewechselt haben. Krankheit, erneute Haft in Moabit in seinen letzten Lebensjahren, alles das war schwer für Erich, schwerer aber trug er daran, und er sah dies klar und scharf, was auf die Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik, in ganz Deutschland und in der Welt an Leid zukommen wird. Hatte doch die Konterrevolution die Sowjetunion, uns und die Länder Osteuropa fest in ihren Klauen. Ein weltweiter Feldzug gegen den Marxismus-Leninismus hatte mit dem Ziel begonnen, alles, was sozialistisch war und ist, auszurotten.

In diesen Tagen und Wochen, da die Welt mit Sorge und Zorn auf den abscheulichen Krieg gegen das irakische Volk blickt, in einer Zeit des Wütens des USA-Imperialismus, der sich die ganze Welt untertan machen möchte, erinnere ich mich an die Worte, die Erich in seinen „Moabiter Notizen“ im Jahre 1993 niederschrieb: „Nach der Zerschlagung des Sozialismus in Europa ist eine völlig orientierungslose, chaotische Welt entstanden, in der die USA als selbsternannter Weltgendarm je nach Laune, mal hier, mal dort die ‚neue Weltordnung‘ vorzeichnen.“ Schon 1991 brachte er in Moskau in einem Interview seine Sorge über die wachsende Kriegsgefahr zum Ausdruck: „Wir befinden uns in einer Periode, in der, wie zu keinem Zeitpunkt nach dem Zweiten Weltkrieg, die Menschheit am Kreuzweg zwischen Krieg und Frieden steht. Das ist die harte Wahrheit, dies nicht zu sehen, wäre tödlich.“

Wir Kommunisten hatten nie Illusionen, was die „Friedensliebe“ des deutschen Imperialismus angeht. Im Kampf um die Neuaufteilung der Einflusssphären zwischen den stärksten Mächten der Welt wird er niemals zurückstehen. (...) Erich sah die Rolle Groß-Deutschlands sehr klar. Auf die Frage des Reporters in dem eben genannten Interview, wie er sie einschätzte, sagte er: „Der politische und ökonomische Machtzuwachs der BRD ist keinesfalls nur eine innerdeutsche Angelegenheit. Er berührt das gesamte bisherige Gefüge des internationalen Interessen- und Machtgleichs.“ Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung zeige sich noch deutlicher, welche Rolle die DDR für den Frieden in den 40 Jahren ihrer Existenz gespielt habe.



7. Oktober 1949: Margot Feist (später Honecker) beglückwünscht Wilhelm Pieck zu seiner Wahl als Präsident der DDR

Erinnern möchte ich daran, daß Erich Honecker bis in die letzten Stunden seines Lebens mit großer Anteilnahme verfolgte, welche Entwicklungen sich in unseren kommunistischen Reihen vollzogen. Immer wieder sprach er davon, daß es uns gelingen muß, unsere Kräfte zu sammeln und zu vereinen, daß wir keine Zeit zu verlieren haben und alles Hinderliche aus dem Weg räumen müssen. Daß wir über ideologische Fragen, über die Geschichte unserer Bewegung und über die neuen Probleme, die weltweit heranreifen, streiten müssen, weil das für unsere Bewegung lebensnotwendig ist.

In einem Brief an Genossen der DKP schrieb Erich am 17. Juni 1991: „Wir dürfen uns den Blick nicht trüben lassen, auch wenn die Lage jetzt schwierig ist. In der gegenwärtigen Situation können wir nicht damit rechnen, daß die Massen zu uns kommen. (...) Es ist sicher schwer, sich frei zu machen von der Verteufelung des Sozialismus in der DDR und dessen Trägern sowie den verhängnisvollen Folgen, die diese Verunglimpfungen in den Köpfen der Menschen angerichtet haben. Aber wird es auf Dauer richtig sein, hier auszuweichen?“ Man muß Schluß machen mit der Verteufelung des Sozialismus! Wie sollen die Menschen sonst Vertrauen zu unseren Idealen finden und zu unserer Überzeugung, daß es gegen den Kapitalismus nur eine sozialistische Perspektive gibt.

Das Gesagte ist wohl leider noch immer aktuell, wir sind noch längst nicht über die Hürde gekommen. Mag sein, daß ich das aus der Ferne nicht richtig beurteile. Aber es wäre ja so unrealistisch, wenn man nicht sehen würde, daß die Manipulierung durch die Medien, die Geschichtsfälschungen Wirkungen bis in unsere Reihen haben. Man muß den Sozialismus nicht

schöngefärbt sehen, sondern so, wie er war. Tatsache bleibt, wie Erich Honecker im Jahre 1992 schrieb: „Die DDR war die reale sozialistische Alternative zur kapitalistischen Gesellschaft. Sie für mehrere Generationen erlebbar gemacht zu haben, das war ein Beitrag zur Menschheitsgeschichte, die sich in Richtung Sozialismus bewegen wird. Diese Alternative für ganz Deutschland zu erkämpfen, das bleibt auf der Tagesordnung. Und es wird uns der-einst besser gelingen.“

Immer wieder kam Erich auf die Notwendigkeit zu sprechen, daß die Kommunisten sich zusammenschließen müssen. Er sah darin ein unabdingbares Erfordernis, um in den heutigen und künftigen Kämpfen bestehen zu können. In diesem Sinne begrüßte er alle Initiativen, die zur Aktions-einheit von Kommunisten, Sozialisten und allen Linken aufriefen. Der Weg dorthin scheint noch immer schwer zu sein. Ihr erfahrt es täglich in Eurer politischen Arbeit. Aber mir macht Hoffnung, daß wir die Aktions-einheit, daß wir eine starke marxistische Partei brauchen. Es macht allen Mut, die nicht aufgegeben haben, für unsere Ideale zu kämpfen, daß es – so wie bei Euch in Brandenburg – überall in Deutschland, hier in Lateinamerika, überall auf der Welt Genossen, Kommunisten, Sozialisten sind, die trotz allem unerschrocken und unermüdlich dafür wirken, den Menschen die Augen zu öffnen, damit sie erkennen, daß eine andere Welt zu schaffen nötig und möglich ist.

Ich wünsche Euch, liebe Genossinnen und Genossen, viel Kraft für Eure politische Arbeit und alles Gute in Eurem persönlichen Leben.

**Herzliche Grüße
Eure Genossin Margot Honecker**

Meine Heimat DDR

Das Haus, in dem ich wohne

Eigentlich war damals, im Juli 1959, Urlaubszeit. Aber keiner der 32 Familien, die es betraf, stand der Sinn nach Ostsee oder Thüringer Wald. Es gab Wichtigeres zu dieser Zeit für sie. Denn sie hatten einen Zuweisungsschein für eine Neubauwohnung und den dazu gehörenden Mietvertrag erhalten.

Bis zu diesem Sommer hatten sie durchweg in verschlissenen, verwohnten Behausungen aus kapitalistischer Zeit gelebt, Jahrzehnte schon alt, mit Aborten eine halbe Treppe tiefer oder höher, ohne Bad, manche mit Schäden, die der faschistische Krieg verursacht hatte und die noch nicht behoben werden konnten. Und nun würden sie einziehen in einen Wohnblock, gerade fertiggestellt in Blockbauweise, 3QA nannte sich der Häusertyp.

Die Wohnungen waren nicht sehr groß, projektiert für Familien mit maximal vier Personen. Es gab zwei größere und ein kleineres Zimmer, zusammen etwa 57 Quadratmeter. Die Küche war mit Gasherd und Durchlauferhitzer ausgestattet, dazu Einbauschränke. Und selbstverständlich gehörte ein Bad dazu, gefliest und mit einem Heizkörper. 24 Wohnungen hatte man einen Balkon vorgebaut, sommers frische Luft und Sonnenschein zu genießen.

Der Mietzins, so stand es im Vertrag, belief sich auf 61,75 Mark, inbegriffen 4,25 Mark für die Nutzung der Küchenmöbel, die nach 25 Jahren abgezahlt sein sollten.

Bei der ersten Mieterversammlung, von der Kommunalen Wohnungsverwaltung (KWV), der Verwalterin des Hauses, einberufen, lernte sich die neue Hausgemeinschaft kennen. Zu ihr gehörten von nun an Bauarbeiter, vier Maurer, ein Brigadier, ein Glaser, ein Installateur, ein Bauleiter, ein Betonwerker, zwei Kraftfahrer, dazu ein Arzt, ein Oberschullehrer, ein Feuerwehrmann, ein Polizist, ein Parteifunktionär, eine Schauspielerin, einige Angestellte, ein Leichtathletiktrainer und mehrere Fabrikarbeiter. Auch Rentnerhepaare zogen in das Haus ein und zwei alleinstehende ältere Frauen, seit dem Krieg verwitwet, die als Trümmerfrauen schwer gearbeitet hatten, um Berlin wieder aufzubauen. Und selbstverständlich waren auch Kinder mitgekommen, etliche an der Zahl.

Natürlich, so war es Usus in der DDR, wählte die Versammlung eine Hausgemeinschaftsleitung (HGL), für die sich einige Frauen und Männer meldeten; den Vorsitz übernahm ein junger Mann, Mitglied der CDU, der diese Funktion über viele Jahre hinweg ausübte und viel Lob und Anerkennung für seinen Einsatz, seine Ideen, seine Freundlichkeit erhielt.

Das Haus war fertig, neu und ansehnlich, häßlich dagegen das Umfeld, denn man hatte den Wohnblock auf Trümmerrückgelände errichtet. Vor 1939 war dieses Gebiet der Berliner Luisenstadt dicht bebaut mit Wohnhäusern, Werkstätten und Fabriken. Im Krieg aber hatten amerikani-

sche und britische Bomber alles in einen Schutthaufen verwandelt. Für das Haus schuf man Baufreiheit, aber ringsherum blieben Grundmauern und Kellergewölbe tief in der Erde. Um das Gebäude sah es recht trostlos aus. Also machten wir uns ans Werk. Gerätschaften waren mit Hilfe der KWV schnell beschafft. Wochenende um Wochenende griffen die Männer zu Hacken, Spaten, Hämmern, Schaufeln und Schubkarren. Die Frauen brachten für die Pausen Kaffee und Kuchen, auch Bier und Selters, wofür das Geld zusammengelegt wurde. Zwei Sommer vergingen, dann waren die Trümmerreste einen Meter tief beseitigt.

Das Gartenbauamt fuhr Mutterboden an, pflanzte Büsche und Bäume, säte Gras. Natürlich entstand auch ein Spielplatz für die Kinder mit Buddelkasten, Wippe und Klettergerüst. So wuchs rings um das Haus eine schöne Grünanlage mitten in Berlin, in den folgenden Jahren gehegt und gepflegt von den Mietern selbst. Bei großer Hitze fand sich immer jemand, der Rasen, Büsche und Bäume wässerte.

Was gemeinschaftlich begann, setzte sich fort. Die HGL, von nun an stets demokratisch gewählt, vertrat die Interessen der Hausgemeinschaft wann und wo immer sich das als notwendig erwies. Nachbarschaftshilfe wurde zur Normalität. Jüngere Männer renovierten Wohnungen der Rentner, halfen beim Aus- oder Einzug, wenn andere Mieter kamen oder gingen. Jubilare erhielten an ihren Ehrentagen ein Blumengebinde.



Collage: Stefan Schultz

Bei Festen buken die Frauen, kochten und brieten, die Männer schafften Getränke herbei. In der Nebenstraße mieteten wir einen Saal. Musik, Tanz, Tombola und Quiz gehörten dazu. Finanziert wurde alles mit dem Geld, das wir für die vertragliche Pflege der Grünanlage, für das Renovieren unserer Wohnungen und das Säubern der Treppenhäuser von der KWV und vom Gartenamt erhielten.

War alles in mehr als 30 Jahren nur eitel Freude und Sonnenschein? Es gab auch Streit und Zank wegen Lärm, wegen der Kinder. Wir klärten solche Probleme durch die HGL, nur einmal mußte der Schiedsmann des Wohngebietes in Anspruch genommen werden.

Dreizehn Jahre sind seit der „Wende“ gegangen, die auch unser Haus verändert hat. Eine Hausgemeinschaft und eine HGL bestehen nicht mehr. Jeder muß seine Angelegenheiten mit der Wohnungsgesellschaft, der das ehemals volkseigene Haus jetzt gehört, selbst klären. Keiner darf mehr seine Wohnung betreffende Dinge selbst entscheiden. Allein die Eigentümerin ordnet an, legt fest, bestimmt, erlaubt oder verbietet. Für die Pflege der Grünanlage, die eigentlich unser Werk ist, müssen die Mieter jetzt blechen, ebenso für die Treppenreinigung. Anstelle eines früher ehrenamtlich tätigen Hauswarts waltet jetzt ein Hausmeister, der teuer bezahlt werden muß. Unsere Wohnungsgesellschaft, an der der SPD-PDS-Senat beteiligt ist, erhöht zum 1. September 2003 die Miete erneut um 47 Euro. Damit

zahlen wir jetzt für die kleine Wohnung fast 400 Euro.

Feste gibt es keine mehr, wovon sollten sie auch finanziert werden? Etliche Mieter, qualifizierte Handwerker auch, sind schon seit Jahren arbeitslos, ebenso viele der ehemals berufstätigen Frauen. Neue Mieter sind inzwischen eingezogen. Man grüßt sich kurz, wenn man sich sieht, mehr nicht, manche gehen auch stur und wortlos aneinander vorbei. Nur die wenigen, die sich von Beginn an kennen, stehen noch manchmal vor dem Eingang oder im Treppenhaus, um über dieses oder jenes miteinander zu reden. Ansonsten hat sich jeder in seine vier Wände zurückgezogen.

Das Haus, in dem ich wohne, ist nicht mehr das Haus, in das ich vor über vierzig Jahren eingezogen bin. **Günter Freyer**

Wie die Annexion der DDR juristisch vorbereitet wurde

Die Blitzgesetze der Pseudo-Volkskammer

Als Blitzgesetz ging das 1. (bundesdeutsche) Strafrechtsänderungsgesetz vom 30. August 1951 in die Geschichte ein. Es diente der Verfolgung von Gegnern der Adenauerpolitik und zugleich der Vorbereitung des Verbots der KPD. Wegen seiner raschen Durchpeitschung wurde es als Blitz-Gesetz bezeichnet.

Die letzte Volkskammer der Noch-DDR – sie war in Wirklichkeit eine Pseudo-Volkskammer – kann sich „rühmen“, hinsichtlich dieser Art und Weise der Gesetzgebung den Bundestag noch übertroffen zu haben.

Ende 1989/Anfang 1990 stand auf der Tagesordnung, die Strafgesetzgebung der DDR den Veränderungen des Herbstes und der letzten Monaten des Jahres 1989 anzupassen.

Vornehmlich waren die Forderungen nach Reisefreiheit, Meinungs- und Informationsfreiheit auch in der Strafgesetzgebung hinreichend zu berücksichtigen. Das gebot entsprechende Einschränkungen des Strafrechts auf dem Gebiet der Staatsverbrechen und der Straftaten gegen die staatliche Ordnung. Auch die verschiedenen Amnestien sowie die seit einiger Zeit praktizierte Nichtanwendung bestimmter Strafbestimmungen verlangten eine solche gesetzliche Änderung.

So wurde ich Anfang 1990 noch einmal, das letzte Mal, an Gesetzgebungsarbeiten in der DDR beteiligt. Im Endergebnis kam es aber nicht zu einer zeitgemäßen Änderung des DDR-Rechts in Gestalt eines (6.) Strafrechtsänderungsgesetzes, sondern zu einem „Überleitungsgesetz“.

Wie geschah das?

Besonders nach den für DDR-Verhältnisse unnormalen Wahlen zur Volkskammer am 18. März 1990 überschlugen sich die Ereignisse aufgrund unmittelbarer völkerrechtswidriger Einmischung der Regierung Kohl in die politische Entwicklung der DDR. Alles ging nun in „Schweinsgalopp“.

Der Termin der „Währungsunion“ wurde auf den 1. Juli 1990 festgelegt. Der „Beitritt“ der DDR zur Bundesrepublik sollte umgehend folgen. An eine normale Gesetzgebung in einer ordnungsgemäß berufenen Gesetzgebungskommission war unter diesen Umständen nicht mehr zu denken. Inzwischen wirkten in allen Ministerien und anderen zentralen Dienststellen der DDR bereits bundesdeutsche „Berater“. Unwillkürlich erinnerte ich mich an die einstigen Berater der Besatzungsmächte. Diesmal kamen sie aber aus Bonn. Sie gaben ihre „Empfehlungen“. Aufgrund ihrer überragenden Stellung hatten sie mit Widerspruch nicht zu rechnen, zumal die in den DDR-Behörden noch nicht entfernten „Partner“ hofften, in entsprechenden Einrichtungen der BRD einen Arbeitsplatz zu bekommen.

Zum 1. Juli 1990 sollte nicht nur eine Währungsunion auf der Basis der DM, sondern auch eine Wirtschafts- und Sozialunion vollzogen werden. Im Hinblick auf den schon terminierten „Beitritt“ wollte man die gesellschaftlichen Verhältnisse der DDR, insbesondere die ökonomischen und politischen, an die bundesdeutschen maximal anpassen. Eine entsprechende Angleichung des DDR-Rechts war vorgegeben. Dem diente das Gesetz über das Inkrafttreten bundesdeutscher Rechtsvorschriften vom gleichen Tage. Auf diese Weise wurde das ursprünglich ganz anders konzipierte 6. StrRÄG letztendlich zu einem auf die Übernahme bundesdeutschen Rechts ausgerichteten Überleitungsgesetz auf dem Gebiet des Strafrechts. In diesem fanden sich dem Wortlaut nach bereits die bundesdeutschen Bestimmungen. Sie waren allerdings noch unter Paragrafen des DDR-Strafgesetzbuches geschrieben worden. Auch hatte man die spezifischen Grundsätze des DDR-Rechts über Bord geworfen, so die Präambel des Strafgesetzbuches wie auch seine Grundsatzbestim-

mungen. Das DDR-typische sozialistische Konzept des Strafrechts, der Strafverfolgung und der Kriminalitätsvorbeugung wurde durch die „erste frei gewählte“ Volkskammer beseitigt. In ihr saßen zum großen Teil Leute ohne entsprechende politische und parlamentarische Erfahrung, die sich selbst als „Laienspieler“ bezeichneten.

Auf die übernommenen Formulierungen des bundesdeutschen Rechts war die Rechtsprechung der Noch-DDR-Gerichte überhaupt nicht vorbereitet. Namentlich kannten sie nicht die Gesetzesauslegung und Kommentierung der BRD. Eingeführt wurden u. a. zuvor in der DDR völlig unbekannte Strafbestimmungen gegen Wucher, Subventionsbetrug, Kapitalanlagebetrug, Konkursstraftaten, Gläubigerbegünstigung, Schuldnerbegünstigung usw. sowie eine Vielzahl strafrechtlicher Nebengesetze, so besonders die Strafbestimmungen der Abgabenordnung, des Außenwirtschaftsgesetzes, des Aktiengesetzes, des GmbH-Gesetzes, des Genossenschaftsgesetzes und des Preisgesetzes.

Mit einem Wort: Bereits zum 1. 7.1990 galt auf dem Staatsgebiet der Noch-DDR ohne Rücksicht auf die realen gesellschaftlichen Verhältnisse und das tatsächliche Kriminalitätsgeschehen bundesdeutsches Strafrecht. Nur weil diese Strafbestimmungen in den wenigen Wochen bis zum „Beitritt“ kaum praktisch wurden, kam es nicht zu dem sonst drohenden juristischen Chaos. Gleiches galt für alle anderen wichtigen Rechtsgebiete, so das Arbeits-, das Zivil-, das Familien- und das Prozeßrecht der DDR.

Während sich „das Volk“ auf das neue Geld, die konvertierbare stabile DM, stürzte, war hinter seinem Rücken auf den meisten Gebieten des gesellschaftlichen Lebens substantiell bereits bundesdeutsches Recht eingeführt worden. Das ergab für einige Wochen eine De-facto-Fremdrechtsanwendung.

So hatte man über Nacht das erste „Blitzgesetz“ der Noch-DDR-Volkskammer eingeführt.

Das zweite stellte dann der sogenannte Einigungsvertrag dar. In beiden Fällen handelte es sich um Blindflüge 1. Klasse. Die Abgeordneten kannten weder die umfangreichen Texte und deren Anhänge, noch waren sie dazu in der Lage, dieses Fremdrecht überhaupt inhaltlich zu verstehen. Die als Parlamentäre agierenden Parlamentarier konnten deshalb auch dem 6. Strafrechtsänderungsgesetz mit dem Paket des ersten Staatsvertrages nur entweder en bloc zustimmen oder mit Ablehnung oder Stimmenthaltung reagieren, wie es vor allem die Abgeordneten der PDS taten.

Die letzte Volkskammer war wahrlich nicht mehr das höchste Staatsorgan, wie es Art. 48 der DDR-Verfassung bestimmte.

RA Prof. Dr. Erich Buchholz



Vor 100 Jahren fand der 2. Parteitag der SDAPR statt

Zur Organisationsfrage

In den Monaten Juli und August 2003 jährt sich zum 100. Mal der 2. Parteitag der SDAPR. Das ist ein Anlaß, erneut über die Parteiensituation in der heutigen Linken nachzudenken. Warum? Was es denn nicht nur, wie manche behaupten, ein Ereignis allein der russischen Arbeiterbewegung, an welches sich heute kaum noch jemand erinnert?

Dieser kleine Kongreß stellte einen Meilenstein im Prozeß der Ausarbeitung der Leninschen Parteitheorie dar. Er bedeutete zugleich die Formierung einer Vorhut, die im Zeitalter des Imperialismus die Arbeiterklasse zur Eroberung der politischen Macht und beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft führen konnte. Kurzum: einer Partei neuen Typus. Die drei von Lenin in dieser Periode geschriebenen Werke „Was tun?“, „Ein Schritt vorwärts – zwei Schritte zurück“ und „Zwei Taktiken ...“ gehören zum unvergänglichen Fundament marxistischer Theorie, besonders in der Organisationsfrage. Die Herausarbeitung der Konzeption von einer Partei neuen Typus ist nach meiner Auffassung eine Epoche-Innovation, die bei der Neuformierung der internationalen kommunistischen Bewegung im 21. Jahrhundert weiterhin eine herausragende Rolle spielen wird.

Worin besteht die Bedeutung der Leninschen Lehre für den heutigen Kampf? Trotz der alles auf eine Karte setzenden Offensive des Imperialismus, dessen derzeit aggressivste Kräfte die Weltherrschaft anstreben und im Interesse der Systemerhaltung vor nichts zurückschrecken, verstärkt sich der antikapitalistische Widerstand in vielfältiger Form. Neue erbitterte Klassenauseinandersetzungen kündigen sich an. Die Generalstreiks in Italien, Frankreich und Spanien zeugten davon.

Angesichts dieser Entwicklung wird die Zersplitterung der Linken von den meisten Genossen als schmerzlich empfunden. Die Forderung nach einem Zusammengehen von Kommunisten und Sozialisten erhält Nachdruck. In der BRD erweist sich das Fehlen einer konsequent marxistischen Partei, die über Masseneinfluß verfügt, als gravierendster Mangel. Sämtliche kritischen Analysen münden in diese Erkenntnis. Alle begreifen, daß eine solche Partei objektiv notwendig ist. Bislang fehlt es aber an den subjektiven Voraussetzungen. Sollte man deshalb den Kopf in den Sand stecken?

Ein klarer Blick nach vorn wird immer notwendiger. Ist es nicht an der Zeit, die Debatte über dieses Problem intensiver und konkreter zu führen? Wenn auch Gerhard Feldbauer richtig feststellt, daß „zur Zeit noch keine Bedingungen für die Formierung einer solchen Partei bestehen, und ihre Schaffung kein Akt der Spontaneität und kurzer Zeiträume, sondern strategisches Ziel ist“, halte ich es dennoch für

erforderlich, theoretische Überlegungen anzustellen und ideologischen Vorlauf zu schaffen. Wir sollten der Debatte Lenins Parteitheorie zugrunde legen und deren Anwendung auf die heutige Situation „weiterdenken“. Nun wird aber gegen jeden, der solche Überlegungen anstellt, von Vertretern der bestehenden linken Parteien sofort der Vorwurf der „Spaltungsabsicht“ erhoben. Erinnert sei daran, daß sich auch Lenin vor 100 Jahren wegen seines Kampfes für den neuen Parteityp scharfer Kritik ausgesetzt sah. Man beschuldigte ihn „der übermäßigen Neigung zur Polemik und Spaltung“. Es geht aber keineswegs um die Schwächung bestehender Kräfte oder das Beschwören einer noch nicht herangereiften Lösung, sondern einzig und allein um die Vermeidung der Gefahr des Auf-der-Stelle-Tretens.

Daß wir in einer nichtrevolutionären Zeit agieren, ist unbestritten. Es kann auch nicht übersehen werden, daß es den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kräften aller im Bundestag vertretenen Parteien noch immer gelingt, die Massen zu manipulieren. Aber es gibt auch Signale, die auf Veränderungen schließen lassen. Dazu gehört nicht zuletzt die Unruhe an der Basis der PDS. „Es ist fast unmöglich vorauszu- sehen, wann Perioden der Stille durch Perioden des Sturmes abgelöst werden“, schrieb Lenin. Er hob das Erfordernis hervor, „bestehende Entfremdung nicht zu legalisieren“, sondern „die Notwendigkeit zu erkennen und zu betonen, fest und entschieden zur Einheit zu gelangen“.

Es wäre fatal, wenn diese Lehre nicht auch von uns gezogen würde. Wir sollten genau prüfen, welche Bedingungen herangereift und ausgebildet sein müssen, um den Prozeß der Zusammenführung von Kommunisten und Sozialisten auf marxistischer Grundlage voranzubringen. Dabei sind auch die historischen Erfahrungen besonders der Vereinigung von SPD und KPD zur SED im Jahre 1946 von großem Gewicht. Sie entsprach der damaligen Konstellation. Eine deckungsgleiche Wiederholung ist nicht denkbar. Das schließt aber die Möglichkeit einer neuen „Einheitspartei“ von Kommunisten und Sozialisten keineswegs aus. Ihr Zustandekommen wäre ein Weg aus der lähmenden Zersplitterung und faktischen Bedeutungslosigkeit der kommunistisch-sozialistischen Kräfte in

Deutschland. Nach Lage der Dinge wird sie nicht nur durch den Zusammenschluß infrage kommender Parteien und Gruppen entstehen, sondern das Ergebnis eines Sammlungsprozesses aller revolutionären Marxisten sein. Eine besondere Qualität entstünde daraus, daß Träger zweier revolutionärer Erfahrungsströme – antikapitalistische Klassenkämpfer aus dem Westen und Erbauer des Sozialismus aus dem Osten – endlich zusammengeführt würden.

Die organisatorische Einheit kann nicht ohne ein Fundament an theoretischer und ideologischer Einheit zustandekommen. Ohne Überwindung des Einflusses von Opportunismus und Revisionismus auf der einen, Dogmatismus und linkem Sektierertum auf der anderen Seite wird es nicht gehen. Der Disput muß von der genauen Analyse der Klassenkräfte und der politischen Situation im In- und Ausland geführt werden, da sonst die Gefahr von unfruchtbaren akademischen Streitereien droht.

So ermutigend der aus Klassensolidarität entspringende Drang zur Einheit auch ist – er allein reicht nicht aus. Am Anfang müßten zunächst einmal alle Formen antikapitalistischer Aktionseinheit stehen.

Da ich für eine theoretische Diskussion plädiere, deren Ergebnis nach vorne offen ist, maße ich mir nicht an, Wahrheiten verkünden zu wollen, über die noch keiner verfügt. Aus meiner Sicht wären unverzichtbare Grundlagen einer solchen Partei: Sie müßte sich für alle revolutionären Marxisten öffnen, unabhängig davon, ob und wo sie bisher organisiert waren, also nicht zuletzt auch für jene, die derzeit parteilos sind. Die Mitglieder der DKP und der KPD, die Marxisten in der PDS und die standhaft geliebten ehemaligen Mitglieder der SED müßten am Formierungsprozeß maßgeblich mitwirken.

Diese Partei stünde fest auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus von Marx, Engels und Lenin, der ihr Programm und ihre Taktik bestimmen würde. Sie wäre eine Partei der Arbeiterklasse und betrachtete diese als historisches Subjekt, deren Avantgarde zu werden sie die Fähigkeit zu erwerben hätte. Sie müßte eine Partei des Klassenkampfes sein und die revolutionäre Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse im Sinne des Sozialismus anstreben. Internationalismus und Solidarität gehörten zu den Grundzügen ihrer Klassenmoral wie die Verteidigung von Demokratie, Freiheit, Umwelt und Menschenwürde. Schließlich – und das zählt unveräußerlich zur Essenz einer solchen Partei: Sie stünde fest zum Erbe der Oktoberrevolution und würde die DDR als größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung betrachten.

Der Weg ist nicht kurz. Aber wir dürfen die Dinge nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben! **Dieter Itzerott**

Wir trauern um unseren Nestor, Genossen

Prof. Dr. Walter Besenbruch

der im Alter von 95 Jahren verstorben ist. Als Philosoph und antifaschistischer Widerstandskämpfer hat er sich um die DDR und die Sache des Sozialismus verdient gemacht.

Ehre seinem Andenken.

Wie Herr Johannsmeier das Blaue vom Himmel herunterflunkert

Die 400 000 Opfer von Jena

Ein gewisser Karl-Heinz Johannsmeier, der dem Vernehmen nach mit illegalem „Optikhandel“ zu tun gehabt haben soll, in der DDR einsaß, sich dann in den Westen absetzte und später in die USA auswanderte, stiftete jetzt der Stadt Jena ein von ihm selbst entworfenes „Monument“. Direkt neben dem historischen Rathaus soll eine mehrere Meter hohe aufgebrochene Mauer aus Glas als „Mahnmahl für die Verfolgten der kommunistischen Diktatur 1945–1989“ errichtet werden. Nachdem der Jenaer Stadtrat dem Großprojekt im Mai zugestimmt hatte, legten FDP-Oberbürgermeister Röhlinger und Thüringens CDU-Ministerpräsident Althaus am 17. Juni 2003 gemeinsam mit dem noblen Spender aus Übersee den Grundstein. Für die hohen Erschließungskosten im Zentrum Jenas muß allerdings die beschenkte Stadt selbst aufkommen.

Das „Denkmal“ entstehe „am rechten Ort zur rechten Zeit“, meinte der Eichsfelder Althaus. Immerhin habe Jena 1953 die Rolle einer „Stadt des Widerstandes“ gespielt.

Im folgenden bringen wir den gekürzten Wortlaut des Gesprächs eines interes-

sierten Bürgers mit Frau Tienert von der Pressestelle des Rates der Stadt Jena. Es wurde am 17. Juni 2003 um 13.50 Uhr aufgezeichnet – unmittelbar vor der symbolischen Grundsteinlegung.

Ich habe gehört, mit dem Denkmal sollen 400000 Opfer geehrt werden?

Oh, da kann ich Ihnen nicht so genau Auskunft geben. Dieses Denkmal ist für die 400000 Opfer.

Wie kommt man denn auf diese Zahl?

Da fragen Sie mich etwas ganz Schweres, das weiß ich auch nicht. Ich weiß nicht, ob das deutschlandweit oder wie gemeint ist. Es ist eine größere Dimension. Wie aber der Herr Johannsmeier auf diese Zahl kommt, ist mir nicht bekannt.

Wer ist Herr Johannsmeier?

Das ist der Stifter des Denkmals. Ein ehemaliger Jenenser, der in den USA lebt, zu Geld gekommen ist und wahrscheinlich selbst zu den Betroffenen gehört.

Er hat die Opferzahl festgelegt?

Ich will jetzt nichts Falsches sagen, aber ich denke, er wird sich schon auf irgendwelche Quellen berufen haben.

Die Quellen müßten ja bekannt sein?

Ja, ich denke schon, daß Herr Johannsmeier das weiß.

Das müßte doch der Stadtrat auch wissen, bevor er einen solchen Beschluß faßt?

Ich kann Ihnen den Stadtratsbeschluß mal zukommen lassen, aber ansonsten stehe ich nicht so in der Materie.

Soweit das Interview. Wie man sieht, ist die Pressereferentin nicht ganz auf dem Laufenden. Vermutlich handelt es sich um 400000 Opfer aus dem Stadtgebiet Jenas.

R. F., gestützt auf Informationen von K. und H. M., Jena

Hymnus auf die Bankiers

Der kann sich freuen, der die nicht kennt!
Ihr fragt noch immer: Wen?
Sie borgen sich Geld für fünf Prozent
und leihen es weiter für zehn.

Sie haben noch nie mit der Wimper gezuckt.
Ihr Herz stand noch niemals still.
Die Differenzen sind ihr Produkt.
(Das kann man verstehn, wie man will.)

Ihr Appetit ist bodenlos.
Sie fressen Gott und die Welt.
Sie säen nicht. Sie ernten bloß.
Sie schwängern ihr eigenes Geld.

Sie sind die Hexer in Person
und zaubern aus hohler Hand.
Sie machen Gold am Telephon
und Petroleum aus Sand.

Das Geld wird flüssig. Das Geld wird knapp.
Sie machen das ganz nach Bedarf.
Und schneiden den andern die Hälse ab.
Papier ist manchmal scharf.

Sie glauben den Regeln der Regeldetrie
und glauben nicht recht an Gott.
Sie haben nur eine Sympathie.
Sie lieben das Geld. Und das Geld liebt sie.
(Doch einmal macht jeder Bankrott!)

Erich Kästner, 1929



VORSICHT!
FREILAUFENDER HUND(T)
FRIEDLICHE MASKE
AUSSERST BISSFREUDIG
VERLANGERT LEBENSARBEITSZEIT
AUF 70 JAHRE

Große Überraschungen in einer kleinen Galerie

Bei Klaus Parche zu Besuch

Wir kannten Klaus Parche von seinen eindrucksvollen Radierungen zu politischen Themen, die er seit einigen Monaten regelmäßig im „RotFuchs“ vorstellt, wußten auch von seinen nicht minder aussagekräftigen DDR-Plakaten und hatten überdies erfahren, daß der seit langem in Hintersee bei Ueckermünde lebende einstige Gebrauchsgrafiker inzwischen auch ein gefragter Landschaftsmaler ist. Doch als wir dem 63jährigen „Einsiedler“ an einem Junitag im Garten seines rustikalen Hauses und in dessen zur Galerie umgestaltetem Obergeschoß gegenüber sitzen, erschließt sich die menschliche und künstlerisch-ästhetische Dimension des überzeugten Sozialisten. Sein Schaffen ist weit gefächert – es reicht von der mit sparsamen Mitteln gestalteten Grafik über das oft an Farben sparende Aquarell bis zur scheinbar mit leichter Hand hin-



geworfenen, aber solide gearbeiteten Ölmalerei. Als wir Klaus Parche besuchten, lagen die turbulenten Tage der größten Vernissage Vorpommerns, zu der nicht weniger als 170 Ateliers, Werkstätten und Galerien des „Landstrichs am Meer“ eingeladen hatten, gerade hinter ihm. Gelassen war er dem Ansturm der Betrachter und Neugierigen begegnet.

Wer bei dem Maler und „RotFuchs“-Leser in 17375 Hintersee, Dorfstraße 147, hereinschauen will, sollte vorher die Telefonnummer 039776/20228 wählen. **B. und K. S./A. N.**

Die im RF vorgestellten Grafiken aus dem von Klaus Parche geschaffenen 12teiligen Zyklus zu Bushs „Antiterrorkrieg“ sind beim Künstler als Original-Radierungen zu erwerben.

Der „RotFuchs“ im Internet

Es war nicht zu erwarten, daß der „RotFuchs“ – seinem Anliegen folgend – die von Umfang und Reichweite vielfach größeren Möglichkeiten der Propagierung seiner Positionen im Internet übersehen würde. Seit vier Jahren wird daher unsere Zeitschrift auch in diesem Medium präsentiert. Diente die Website ursprünglich nur der Publizierung der gedruckten Ausgabe, so bietet sie heute vielfältige Informationen aus kommunistischen und sozialistischen Quellen, die in den gleichgeschalteten bürgerlichen Medien nicht zu finden sind. Sie reiht sich damit in den großen Chor der Stimmen ein, die den immer dreisteren Lügen des Gegners authentische Berichte über die DDR und den Sozialismus sowie theoretische und praktische Erkenntnisse kommunistischer, sozialistischer und antiimperialistischer Autoren entgegenstellt. Dabei ist es uns wichtig, den Besuchern unserer Seite ein weites Feld von Wissenswerten zu erschließen, das unseren Anspruch an sozialistische Bildungsinhalte erfüllt. An erster Stelle steht politische Standpunktvermittlung. Außer dem „RotFuchs“ kann man auf unserer Website die Tageszeitung junge Welt, die UZ, Die Rote Fahne, den Roten Brandenburger, die Weißenseer Blätter, offensiv, Kalaschnikow und das GBM-Online-Magazin finden.

Dem sprachkundigen Leser bieten wir den Zugang zu den Websites kommunistischer Parteien weltweit und den direkten Zugriff auf eine breite Palette ausländischer Publikationen und Agenturmeldungen, wie z. B. Granma (Cuba), Prawda (Russische Föderation), Xinhua (VR China), People's Weekly World (USA), Avante! (Portugal), Solidaire (Belgien).

Unter „aktuell“ haben wir entgegen dem „Mainstream“ über den Irak-Krieg und die breite Protestbewegung berichtet und informieren heute über den Widerstand gegen die us-amerikanische und britische Besatzung.

Mit „Linke Links“ bieten wir an, sich über ein breites Spektrum kommunistischer, sozialistischer und antiimperialistischer Politik sowie die Solidaritäts- und Friedensbewegung zu informieren, darunter über die Bewegung zur Befreiung der „Miami 5“, von Slobodan Milosevic und über die Intifada in Palästina. Viele der von uns verlinkten Seiten haben ihrerseits einen Link zum „RotFuchs“ gelegt, was das Knüpfen eines entsprechenden Netzwerks fördert.

Unter „wissenschaftlicher Sozialismus“ können die 46 RF-Beiträge von Prof. Ulrich Huar nachgelesen werden.

Zur Diskussion stehen weiterhin die von uns am 4. November 2001 beschlossenen „11 programmatischen Forderungen von Kommunisten und Sozialisten für Ostdeutschland“ und die bei ihrer Erarbeitung eingegangenen Beiträge im Netz.

Unter „Dokumente“ haben wir begonnen, den Sozialismus charakterisierende Gesetze der DDR wie die sozialistische Verfassung in Erinnerung zu bringen. Sie

verdeutlichen das ganze Ausmaß des von den heutigen Regierern der BRD betriebenen Demokratie- und Sozialabbaus.

Breiten Raum widmen wir der Popularisierung sozialistischer und humanistischer Kultur: Wir empfehlen Literatur, CDs und Filme, verweisen dabei auch auf Bezugsmöglichkeiten und Antiquariate (u. a. präsentieren wir das Gesamtangebot des MALIK-Antiquariats). Auf Wunsch ertönen von unserer Website Kampf- und Arbeiterlieder. Auf der Titelseite sind das „Lob des Kommunismus“ und das „Lob des Lernens“ von Bertolt Brecht mit der Stimme von Ernst Busch installiert.

Natürlich wurde auch die Darstellung des die Zeitung tragenden und der sozialistischen Bildung verpflichteten „RotFuchs“-Fördervereins nicht vergessen. Unter „Ver einsnachrichten“ finden sich bebilderte Berichte über unsere Mitgliederversammlung und die Leserkonferenzen sowie über die beachtenswerten Aktivitäten der inzwischen 9 Regionalgruppen.

Makabre Abzockerei

Ein weiteres Mal setzte der „rot-rote“ Berliner Senat im Vorfeld der Gesundheitsreform zur Agenda 2010 bei den Bürgern die „Zitronenpresse“ an. Diesmal trifft es die Angehörigen von Menschen, die eines nicht natürlichen Todes gestorben sind. Die Koalitionäre aus SPD und PDS zeigten sich erfinderisch. (Nichts gegen Neuergeist und Experimente, schließlich sind sie notwendig, um die Entwicklung in Natur und Gesellschaft voranzutreiben.) Doch was hier eronnen wurde, ist eine Geschmacklosigkeit ohne Gleichen. Wie die Nachrichtenagentur dpa meldete, beschloß der Senat, daß in der Hauptstadt künftig bei polizeilichen Ermittlungen nach einem Todesfall der Transport des leblosen Körpers zur Obduktion (gerichtsmedizinische Leichenöffnung) von den Angehörigen bezahlt werden muß. Die Gebühr beträgt 120 Euro.

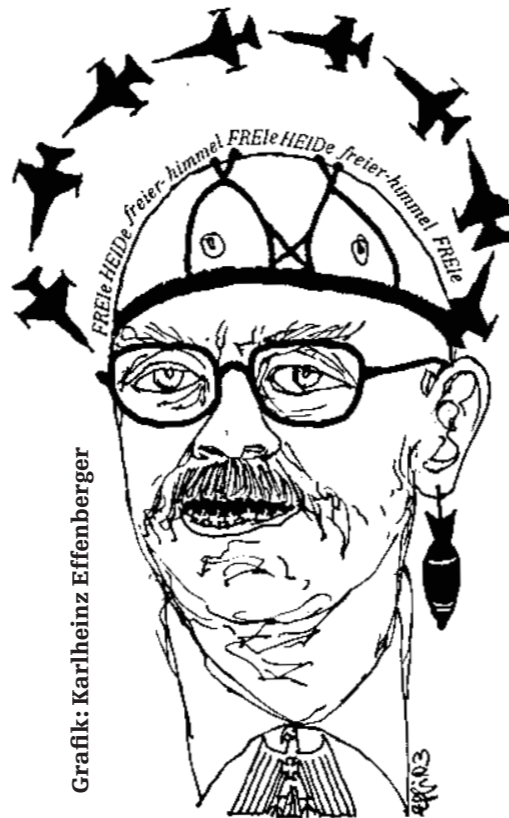
Als marxistischer Arzt habe ich keinerlei Verständnis für ein solches Gebaren. Ich betrachte diese Abzockerei als ethisch-moralisch verwerflich. Mit meiner Ansicht stehe ich nicht allein. Auch der Bund Deutscher Kriminalbeamter bezeichnete es als pietätlos, wenn z. B. die Familie eines Mordopfers noch zusätzlich die Transportrechnung zu begleichen hat.

www.rotfuchs.net erfreut sich eines regen und steigenden Interesses, was die Gesamtzahl von mehr als 18 000 Besuchen bestätigt. Monatlich erreichen jetzt ca. 1500 Surfer mit Spitzen von 100 Klicks am Tag unsere Seite. Daß sich darunter viele junge Interessenten befinden, belegen die Zugriffe aus Universitäten und Hochschulen. Wie der gedruckte „RotFuchs“ hat auch die Internetseite ihre ausländischen Leser. Sie kommen vorwiegend aus den deutschsprachigen, aber ebenso aus vielen anderen Ländern aller Kontinente. Die erreichte inhaltliche und gestalterische Qualität sowie der erfreuliche Anstieg der Frequentierung unserer Website verpflichten uns, kontinuierlich an der Vervollkommnung und Aktualisierung zu arbeiten. Denn die notwendige revolutionäre Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse, deren Unterlassung im Urteil Rosa Luxemburgs die Barbarei zur Folge hat, beginnt mit der Klarheit im Kopf des einzelnen. Diese zu befördern ist Anliegen auch unserer Website. Wir bitten um Eure solidarische und kritische Unterstützung.

Dr. Hartwig Strohschein, Webmaster

Als ich in den 60er Jahren in Berlin (Ost) auch zum ärztlichen Notdienst herangezogen wurde, kostete die Ausstellung eines Totenscheines 10 Mark. Transportkosten für die Hinterbliebenen entfielen. Ich kann versichern, daß ich von keinem Angehörigen jemals auch nur einen Pfennig für ein ärztliches Sterbedokument kassiert habe. In der BRD kostet die Leichenschau mit Ausstellung des Totenscheines heute das Zehnfache.

MR Doz. Dr. sc. med. Erhard Thomas



Grafik: Karlheinz Effenberger

BomboSYNDrom

Warum der ganze Rummel um den 17. Juni 1953 aufgezo gen wurde

Generalprobe für die Konterrevolution

Nachdem sich die schmutzige Flut der Huldigungen an den 17. Juni über die Bürger ergossen hat, wäre zu fragen: Warum fand das kostspielige Spektakel überhaupt statt? Welches politische Ziel verfolgte die an der DDR begangene Leichenfledderei? Waren nicht die Niederschlagung der Novemberrevolution und der Verrat der Sozialdemokratie an ihr, der Untergang der Weimarer Republik und die Errichtung der faschistischen Diktatur viel wichtigere historische Daten, um jene Macht- und Eigentumsverhältnisse zu retten, die am 17. Juni 1953 wiederhergestellt werden sollten?

Die offizielle Geschichtsschreibung von heute hat vor allem zu „beweisen“, daß die DDR als Alternative zum Imperialismus auf deutschem Boden nicht lebensfähig war, kein Existenzrecht besaß und nur eine Zwangsgeburt sowjetischer Besatzungspolitik darstellte. Dagegen sei das Volk „aufgestanden“. Eine Dresdner Zeitung veröffentlichte ein Foto vom Zentrum der Stadt am 17. Juni 1953 und erdichtete eine „stundenlange Schlacht“, die dort angeblich stattgefunden haben sollte. Merkwürdigerweise kostete sie kein einziges Opfer. Bei der Schlacht um das gleiche Telegrafenturm, die am 15. Mai 1920 tatsächlich tobte, erschossen Einheiten der Reichswehr während des Kapp-Putsches 59 Dresdner und verletzten über 200.

Im Zuge der über einen bankrotten Staatshaushalt großzügig finanzierten „Gedenkfeiern“ zum 50. Jahrestag des 17. Juni 1953 wurde behauptet, die „SED-Justiz“ habe bitteres Unrecht begangen, indem sie „Aufständische“ bestrafte. Die Medien lieferten das Bild von Helden, die zu Märtyrern mutierten. Helden waren „Erstürmer“ von Rathäusern und Parteibüros, Brandstifter von Warenhäusern und HOKiosken, Teilnehmer an Lynchmordaktionen. Bundespräsident Rau rühmte am 17. Juni im Parlament den „Mut und die Freiheitsliebe“ der Namenlosen. In den Medien waren die Helden allerdings nicht namenlos. Ich wähle nachprüfbare Beispiele: Thomas Schade stellte in der „Sächsischen Zeitung“ den Arbeiter Werner Wagner aus Niesky vor. Er war daran beteiligt, als „Freiheitskämpfer“ seinesgleichen am Nachmittag des 17. Juni das MfS-Dienstgebäude in Niesky besetzten, anwesende Mitarbeiter mißhandelten und einige von ihnen in den Hundezwinger sperrten, wo sie aus dem Freßnapf „versorgt“ wurden. In dem Buch „Der 17. Juni 1953 in Sachsen“ von Heidi Roth werden die Ereignisse unter der Überschrift „Ungeheuerliche Ausschreitungen“ geschildert. Doch Schade prangert die Richter an, die 1953 diese „ungeheuerlichen Ausschreitungen“ ahndeten, wie das in jedem zivilisierten Staat geschieht.

Ein weiteres Beispiel: Am 20. Mai 2003 sprach in Dresden ein gewisser Dr. jur. Friedrich Wilhelm Schломann über seinen

„illegalen Widerstand in der SBZ/DDR“, den er – als Schweizer Journalist getarnt – geleistet habe. Ich habe nicht mitgezählt, wie viele Delikte Schломann laut Strafgesetzbuch der DDR und der BRD nach eigenem Bekunden beging. Nach § 81 des StGB der BRD wird jeder wegen „Hochverrats gegen den Bund“ mit lebenslanger Freiheitsstrafe oder mit Freiheitsstrafe nicht unter 10 Jahren bestraft, der „es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt 1. den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen oder 2. die auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beruhende verfassungsmäßige Ordnung zu ändern“. Auch für Brandstiftung, Einbruch, Körperverletzung usw. sieht das StGB der BRD keinen Freispruch vor.

Ausnahmeregelungen für „Helden“ gibt es nicht. Allgemein verkündet wurde, der „Volksaufstand“ von 1953 sei eine „nötige Generalprobe“ für den Prozeß der „Wiedervereinigung“ gewesen, der seine „Krönung“ im November 1989 gefunden habe. Diese These propagierte Manfred Stolpe schon in der Bundestagsitzung vom 17. Juni 1990, als er noch Bürger der DDR war. Sie wurde inzwischen auch in der PDS heimisch.

Der Begriff „Wiedervereinigung“ war von Anfang an eine Formel, mit der die anvisierte „Befreiung der Zoffjetzone“ (Adenauer) nur getarnt wurde. Er war zugleich die Nebelwand, hinter der die Politik der Spaltung, Westbindung und Remilitarisierung erfolgte. „Der Ruf, die Großindustrie zu reprivatisieren, wurde nirgends laut“, schrieb der „Spiegel“ in seiner Würdigungsnummer vom Juni 2003. Das war 1953, aber auch 1989 so. Auch die Leipziger „Helden“ forderten nicht: „Gebt uns die Krupps und Flicks wieder!“ Und doch war das des Pudels Kern. Um Macht und Eigentum – darum ging es bei der Konterrevolution. Eine bemerkenswerte These, die von den Geschichtsklitterern verbreitet wurde, lautete, der 17. Juni sei „spontan“ erfolgt und allein das Ergebnis „innerer Entwicklungen“ gewesen. „Er war von einzigartiger Kraft und Spontaneität. Niemand hat den Aufstand ausgelöst oder gemacht“, behauptete z. B. Hubertus Knabe in seinem Machwerk „Der 17. Juni 1953. Ein deutscher Aufstand“. Knabe entdeckte, daß auch „niemand“ Volksaufstände auslösen kann. Seine „Lehre“ ist allerdings nicht Forschungsergebnis, sondern eine erfundene Doktrin, die eine sehr spezifi-

sche Funktion erfüllt. Egon Bahr erzählte als „Insider“ etwas ganz anderes. 1953 immerhin Chefredakteur des RIAS, sagte er jetzt lapidar: „Es sollte keinen Krieg geben wegen Berlin.“ Der USA-Hochkommissar Conant habe den RIAS deshalb zurückgepfiffen.

Und diejenigen, die unter CDU-Minister Jakob Kaisers Obhut in einem Bonner Forschungsbeirat „graue Pläne“ für den „Tag X“ ausarbeiteten, waren auch „jemand“. Über die Rolle westlicher Geheimdienste am 17. Juni kann noch nichts Gültiges ausgesagt werden, weil deren Archive weiterhin verschlossen sind. Allerdings könnte die Dame Birthler – gestützt auf die MfS-Akten – da einiges aufdecken.



Daß der 17. Juni 1953 mit einer Niederlage der konterrevolutionären Einpeitscher endete, hat seine Ursache nicht nur im Eingreifen der Sowjetarmee. Kein anderer als Willy Brandt hat sie 1987 in seinem Buch „... wir sind nicht zu Helden geboren“ in anderem Zusammenhang benannt: „Die Menschen in der DDR haben aber doch einen gewissen Stolz entwickelt auf das, was sie unter schwierigeren Bedingungen als wir auf die Beine gestellt haben ... Und auch die, die sich nicht mit der dort herrschenden Partei identifizieren, sagen nicht, sie wollten einfach unsere Verhältnisse nach dort übertragen bekommen. Das mißverstehen hier manche.“ Bei der Annexion 1990 spielten solche Einsichten keine Rolle.

Prof. Dr. sc. phil. Horst Schneider

Entscheidung in Lublin

Im Gegensatz zu allen anderen besetzten Ländern der Antihitlerkoalition existierte in Polen über knapp die Hälfte der Okkupationszeit keine kommunistische Partei, da die KP Polens von der Komintern aufgelöst worden war. Von Anfang an dominierte daher der offizielle bürgerliche Widerstand, der in der Heimatarmee (AK) seine gut organisierte Hauptstütze besaß. Die AK war der Londoner Exilregierung direkt unterstellt und wurde von der Mehrzahl der Polen akzeptiert und unterstützt. Obwohl sie verschiedene Untergrundaktivitäten betrieb, waren diese, gemessen an den Möglichkeiten, eher zurückhaltend. Die AK hatte entsprechend ihrer militärpolitischen Konzeption fast nichts geleistet, um die Polen am nächsten liegende Front spürbar zu entlasten. Erst kurz vor der Befreiung wollte sie bewaffnet die Macht übernehmen. Bis dahin gedachte sie „Gewehr bei Fuß“ zu stehen und bewaffnete Auseinandersetzungen mit den deutschen Faschisten zu vermeiden. Diese Konzeption ließ sich angesichts des massiven faschistischen Terrors nicht durchhalten. Viele AK-Leute waren damit unzufrieden, und einige Abteilungen nahmen sogar selbstständig den Partisanenkampf auf. Obwohl die Mehrheit prinzipiell am politischen Vorkriegssystem festhielt, wurde dennoch lebhaft über gesellschaftspolitische Veränderungen debattiert, die nach dem Krieg eingeleitet werden mußten. Das „Londoner Lager“ wollte trotz in Aussicht gestellter Reformen keine wesentlichen Umwandlungen, was Unzufriedenheit hervorrief.

In dieser Situation wurde im Januar 1942 die Polnische Arbeiterpartei (PPR) gegründet. Das veränderte die politische Lage grundlegend. Die Kommunisten unterbreiteten ein klares Programm der nationalen und sozialen Befreiung und forderten von der AK die sofortige Aufnahme des allgemeinen bewaffneten Kampfes, um die deutschen Nachschublinien an die Ostfront empfindlich zu stören und faschistische Truppen in Polen zu binden. Dadurch sollten der Krieg und der Zeitraum bis zur Befreiung verkürzt werden. Im Mai begann die erste kommunistische Partisanenabteilung zu handeln. Die „Londoner“ versuchten, die PPR zu ignorieren. Das war jedoch nicht möglich. Obwohl sie wenig Mitglieder besaß, wuchs ihr Einfluß, da ihre Argumente logisch waren und ihre Politik den Interessen des polnischen Volkes entsprach. Zudem konnte sie vom ständig wachsenden Ansehen der Roten Armee profitieren und sich auf die offiziellen Beziehungen zwischen Moskau und der polnischen Exilregierung berufen. Vor allem nach dem Sieg von Stalingrad mußten die „Londoner“ mit den Kommunisten rechnen und in Verhandlungen mit ihnen einwilligen. Die AK-Führung war prinzipiell nicht bereit, sofort den bewaffneten Kampf aufzunehmen und die PPR als

gleichberechtigten Partner anzuerkennen. So verliefen die Gespräche im Sande. Ein offizielles Zusammengehen der AK mit der PPR erschien unmöglich. Damit war Polen das einzige Land der Antihitlerkoalition, in dem Kommunisten und bürgerlicher Widerstand nicht zusammenarbeiteten, es zu keiner nationalen antifaschistischen Front gegen die Okkupanten kam. Die Zeit arbeitete jedoch für die Kommunisten. Nach dem Durchbruch der Roten Armee in der Schlacht am Kursker Bogen im Sommer 1943 war jedem Polen klar, daß über kurz oder lang nicht die Westalliierten, sondern Sowjetsoldaten das Land befreien würden. Das stärkte die Autorität der noch immer kleinen, aber sehr dynamischen PPR. Obwohl sie keine Chance gegen den dominierenden politischen Einfluß der „Londoner“ zu haben schien, wandte sie sich im Herbst 1943 mit einer Erklärung an das polnische Volk. Hierin beanspruchten Kommunisten und andere Linke die politische Führung der Nation, um schnell und erfolgreich die Nazis besiegen, neue Grenzen im Westen und Norden festlegen und längst fällige und von der Mehrheit geforderte sozialpolitische Veränderungen durchsetzen zu können.

Da die „Londoner“ zu keinem dieser Punkte eine positive Position vertraten, wurde ihnen kurzerhand die politische und militärische Führung abgesprochen. Die polnischen Rechten kommentierten das mit arroganter Wut. Sie verließen sich auf die antikommunistisch-antisowjetische Grundeinstellung der meisten Polen und auf ihre dominierenden Positionen. Diese sahen sie durch die Linke vorerst nicht gefährdet. Um politische Weitsicht war es bei der AK-Führung allerdings schlecht bestellt; sie lebte noch in der Welt vor 1939. In London sah das auch nicht viel besser aus. Unter den Fittichen von Churchill ließen sich zwar antikommunistische Wünsche träumen, bei den antisowjetischen aber gab es Schwierigkeiten. Churchill mahnte permanent bei den Polen Realismus an, um nicht durch Kurzsichtigkeit Einfluß zu verspielen. Ministerpräsident General Sikorski, der wohl fähigste Exilpolitiker, wollte ein gutes Verhältnis zur Sowjetunion und wurde deshalb erbittert bekämpft. Im Sommer 1943 verunglückte er aus ungeklärten Gründen. Damit fiel auch für Moskau der letzte kompetente Partner aus. Die nach Sikorski etablierte Exilregierung unter dem rechten Bauernpolitiker Mikołajczyk vertrat gegenüber der UdSSR, den Linken und in bezug auf Polen wirklichkeitsfremde Vorstellungen. Doch der blinde Antikommunismus und die Negativhaltung zur Sowjetunion arbeiteten ungewollt ihren Gegnern in die Hände. Im Herbst 1943 hatten die Sowjettruppen schon einen Teil der Ukraine befreit, und ihr Einmarsch in Polen stand bevor. Seit April 1943 aber gab es zwischen den „Londonern“ und der UdSSR keine diplomatischen Beziehungen mehr.

Sie waren durch Verschulden der Exilregierung von Moskau abgebrochen worden. Dadurch konnte sie sich der Roten Armee im Augenblick der Befreiung nicht als Hausherr präsentieren. Durch den Abzug der polnischen Truppen (Anders-Armee) aus der UdSSR 1942 verfügten die „Londoner“ in Osteuropa über keinerlei reguläre Verbände, die ihre Interessen auch militärisch hätten absichern können. In dieses machtpolitische Vakuum stießen die Linken vor. Im Mai 1943 wurden auf Initiative polnischer Exilkommunisten und mit ihnen verbündeter Kräfte in der Sowjetunion die ersten Einheiten der späteren Polnischen Volksarmee aufgestellt, die im Oktober in der Schlacht bei Lenino die Feuertaufe bestanden. Ihre Mannschaftsstärke sollte bei Kriegsende fast eine halbe Million betragen. Im Rahmen des Vormarsches sickerten sowjetische Partisanenabteilungen auf polnisches Territorium durch. Sie stärkten operativ und politisch die unter Führung der PPR stehenden Kämpfer. Im Gegensatz zur AK zeichnete sich die zahlenmäßig kleinere kommunistische Partisanenbewegung durch hohe Aktivität aus, die angesichts des verstärkten faschistischen Terrors bei immer mehr Polen Bewunderung hervorrief. Dies und das sich zugunsten der Linken verändernde Kräfteverhältnis veranlaßte diese zu einer weiteren strategischen Initiative. In der Silvesternacht 1943/44 konstituierte sich unter Führung der PPR eine Vertretung linker Parteien und Organisationen zum Landesnationalrat (KRN). Ihm wurden Partisanenabteilungen unter der Bezeichnung „Volksarmee“ (AL) unterstellt.

Der KRN schuf überall illegale Nationalräte, die die Macht übernehmen sollten. In wenigen Monaten wurde aus diesem von den „Londonern“ belächelten, verleumdeten und vorerst eine Minderheit vertretenden Untergrundparlament eine einflußreiche Körperschaft. Im Mai 1944 fuhren seine Vertreter zur Aufnahme von Beziehungen nach Moskau. Dort wurde der KRN von der UdSSR und den linken Exilpolen als einzige Volksvertretung des Landes anerkannt. Zugleich verpflichtete sich die sowjetische Seite, die Volksarmee-Partisanen mit Waffen und Ausrüstung zu unterstützen. Einen Monat später wurden dem KRN alle polnischen Verbände in der Sowjetunion unterstellt. Damit besaß die Linke einen starken bewaffneten Arm. Mit dem Einmarsch der Roten Armee auf polnisches Territorium wurde am 21. Juli 1944 aus Vertretern des KRN und in der UdSSR befindlichen polnischen Linken in Lublin das Polnische Nationale Befreiungskomitee (PKWN), die erste Volksmachtregierung, geschaffen. Mit der Veröffentlichung des „Manifests“ des PKWN am folgenden Tag wurde in der polnischen Geschichte eine völlig neue Seite aufgeschlagen: Volkspolen, das 45 Jahre existieren sollte. **Stefan Warynski**

Der Prager Februar-Sieg

Nach dem Urteil jener „Historiker“, die nach 1989 die Geschichte umschrieben, haben die tschechoslowakischen Kommunisten im Februar 1948 „durch einen Putsch die Macht übernommen und anschließend Außenminister Jan Masaryk umgebracht“. Der folgende Augenzeugenbericht des inzwischen verstorbenen John Platts-Mills, damals Unterhausabgeordneter der britischen Labour Party, erzählt, was sich in Prag tatsächlich ereignete. Wir haben ihn der Zeitschrift „Postmark Prague“ gekürzt entnommen.

Bei der Durchreise nach Bukarest berichtete man uns in Prag von außergewöhnlichen Spannungen im Kabinett. Zwölf rechtsgerichtete Minister verschiedener Parteien würden seit zwei Monaten jegliche Gesetzgebung blockieren und die normale Tätigkeit der Regierung unmöglich machen. Durch ein großes Treffen der Betriebsräte, das eine Woche zuvor stattgefunden habe, sei darauf machtvoll reagiert worden. Am nächsten Tag würden die Bauernführer des Landes zusammenkommen. Wir erhielten den Hinweis, größere Entwicklungen lägen in der Luft. Wir verließen Prag mit dem Nachtzug, und obwohl es klar war, daß sich eine ungesunde Situation zusammenbraute, hatten wir natürlich keinen Schimmer davon, daß jene zwölf Minister schon am nächsten Morgen in der Hoffnung zurücktreten würden, eine Staatskrise auszulösen. In Bukarest erhielten wir aus London die Aufforderung: „Fliegt sofort nach Prag zurück und seht, was dort passiert.“ Ich schnappte mir eine Maschine in die tschechische Hauptstadt und traf dort am Morgen des 25. Februar 1948 ein. Das war der Tag, an dem Klement Gottwald, der kommunistische Ministerpräsident, die Akzeptanz seines neuen Kabinetts durch Präsident Benes bekanntgeben würde.

Bei der Ankunft wurde ich vom Flughafen direkt, den ich kannte, begrüßt. Er war gerade einmal 26 Jahre alt und ein aktives Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. „Schauen Sie, was wir getan haben – ist es nicht wunderbar!“, sagte er bewegt. In aller Kürze schilderte mir der Direktor die jüngsten Ereignisse und fügte hinzu, er habe dem gesamten Flugplatzpersonal für den Nachmittag freigegeben. „Sie müssen mit in die Stadt kommen, um die Demonstration zu sehen.“ Als wir die acht Meilen zum Zentrum hineinfuhren, füllten sich die Straßen aus allen Fabriken und Wohnblocks mit Leuten, die in die City wollten. Um 15.30 Uhr war der Wenzelsplatz in seiner ganzen Länge zum Bersten gefüllt. Mehr als 200 000 Menschen versammelten sich zu der größten Stehdemonstration, die ich jemals gesehen habe. Lautsprecher übertrugen zahlreiche lange Ansprachen über die Krise. Als dann mitgeteilt wurde, Präsident Edvard Benes habe Gottwalds neue Regierungsliste angenommen, kam stürmischer Beifall auf, der etwa fünf Minuten dauerte. Als der Ministerpräsident

erschien und sein Kabinett vorstellte, zog sich die Zustimmung bis zu zehn Minuten hin. Von einem Ende des Platzes bis zum anderen erklang Jubel. Auf die Namen der Minister, die nicht zurückgetreten waren, folgte eine Ovation, und fast in gleicher Weise wurden jene gutbekannten Führer der anderen Parteien begrüßt, die jetzt der Regierung beigetreten waren. Außer Kommunisten und Sozialdemokraten waren das so bekannte parteilose Persönlichkeiten wie Jan Masaryk und General Ludvik Svoboda, auch Führer der katholischen Volkspartei, der umbenannten Tschechischen Sozialistischen Partei von Edvard Benes und der Slowaken wurden genannt. An jenem Abend, fünf Stunden nach der Akzeptanz der neuen Regierung, war ich Zeuge des Marsches bewaffneter Milizangehöriger, der in der Westpresse eine so wütende Verurteilung gefunden hat. Einige tausend Arbeiter aus allen großen Fabriken der Gegend zogen durch Prag. Immerhin verfügte ja jedes verstaatlichte Werk über einen eigenen Betriebsschutz, der auch Waffen besaß. Mir zeigte diese Geste das Selbstvertrauen und die Kraft der Arbeiter.

Am nächsten Tag bot mir der Generalsekretär des Parlaments die Benutzung seines Büros an und machte mich mit Ministern, die verschiedenen Parteien angehörten, vertraut. Sie erzählten mir, daß die meisten Arbeiter, die der Benes-Partei angehörten, diese inzwischen verlassen und sich den Kommunisten oder den Sozialdemokraten angeschlossen hätten. Sie wären zu dem Ergebnis gelangt, daß bei ihrer bisherigen Partei nichts außer dem Namen sozialistisch sei. Die einzige Chance, die der rechte Flügel noch besessen hätte, wäre die Abhaltung vorgezogener Neuwahlen gewesen. Ihre Hoffnung hatte darin bestanden, Kommunisten und Sozialdemokraten gegen Präsident Benes auszuspielen, dessen persönliches Prestige nach wie vor sehr groß war. Von den Rechten war darauf vertraut worden, daß der Präsident das ganze Kabinett im Falle ihres Rücktritts entlassen und Neuwahlen ansetzen würde. Das war ein übler Trick, der niemanden irreführen konnte. Tatsächlich geschah es, daß die Kommunisten mit einem Stimmenanteil von 38 % und die Sozialdemokraten, die in Böhmen und Mähren über 15 % verfügten, untereinander und mit der mächtigen Gewerkschaftsbewegung noch enger zusammenrückten und gemeinsam an das Volk appellierten, seinen Willen zu demonstrieren. Überall entstanden daraufhin Aktionsausschüsse, eine Neuheit und zugleich eine Spezifik der tschechoslowakischen Revolution.

Es war eine beispiellose Manifestation der Solidarität, die durch das ganze Land ging. Sie führte auch dem beiläufigsten Beobachter der Szene die Isolierung der rechtsgerichteten Politiker aller Parteien innerhalb der Nationalen Front vor

Augen. Die gewaltigen Demonstrationen der Einheit, die von den Arbeitern und den Aktionsausschüssen durchgeführt wurden, überzeugten Präsident Benes davon, daß der Linken das Vertrauen des Volkes gehörte. Sie verliehen zugleich den fortschrittlichen Kräften in allen Parteien neue Stärke, um die Führer ihrer rechten Flügel politisch zu verdrängen. Herr Mayer, das Haupthindernis für die Einheit der Arbeiterklasse innerhalb der Sozialdemokratischen Partei, wurde so hinweggefegt und durch Herrn Fierlinger ersetzt, der bis vor kurzem Vizepremier gewesen war. Gesundheitsminister Dr. Plojhar, ein berühmter und hochrangiger katholischer Priester, der sechs Jahre in einem Konzentrationslager hatte zubringen müssen, sprach mit mir über den Rücktritt der rechten Kabinettsmitglieder seiner eigenen Partei. Sie hätten nicht nur die Regierung und das Volk betrogen, sondern auch ihre persönliche Ehre und Integrität verloren. Er sei froh, daß aus allen Bezirken von Mitgliedern der Volkspartei in Prag Botschaften einträfen, die ihm dafür dankten, daß er deren Ansehen durch den Beitritt zum Kabinett gerettet habe.

Ich traf auch Außenminister Jan Masaryk, den Sohn des Gründers der Republik nach dem Ersten Weltkrieg. Ich hatte den Eindruck, alle Kabinettsmitglieder waren sehr froh, ihn in ihren Reihen zu wissen. Masaryk hatte gerade Berichte gelesen, nach denen er durch den britischen Labour-Führer und Premierminister Ernest Bevin scharf angegriffen worden war. Dieser bezichtigte Jan Masaryk, das Andenken seines Vaters und die Sache der Sozialdemokratie ganz Europas verraten zu haben. Masaryk beschrieb das als eine sehr schmerzliche öffentliche Erfahrung, die er als unerträglich empfinde.

Bald darauf stürzte Jan Masaryk von einem hohen Fenster der Prager Burg in den Tod. Einige behaupteten, er sei ermordet worden, aber mir scheint es ganz ungläubhaft zu sein, daß ihn irgend jemand im Auftrag der Regierung getötet haben könnte. Der Selbstmord von Masaryk ging dem von Ellen Wilkinson voraus. Entmutigt durch Bevins Betrug an allem, was sie und ihre Anhänger in der Labour-Party für wichtig gehalten hatten und wofür sie selbst in Atlees Kabinett eingestanden hatte, schied sie durch eine Überdosis Drogen aus dem Leben. Bevins Politik hatte viele Opfer.

Ein Poet ist gestorben.

Wir haben **Erich Köhler**, einen namhaften Schriftsteller der DDR, dem die Konterrevolution seinen schöpferischen Lebensraum einengte, verloren. Durch infames Ränkespiel des Gegners wurde er aus dem P.E.N. Deutschland hinausgedrängt. Er kämpfte dagegen bis zuletzt. Was bleibt, ist sein Werk und die Bewunderung seines Mutes.

Noch immer sind die Anschläge vom 11. September nicht aufgeklärt

Wer sprengte das WTC? (2)

Wir setzen mit dieser Veröffentlichung den Abdruck des zusammenfassenden Materials zum Buch des Amerikaners Eric Hufschmid „Zeit für schmerzhaft Fragen“, dessen ersten Teil wir im RF 66 brachten, fort.

Die vier am 11. September 2001 benutzten Flugzeuge seien extrem schwach ausgelastet gewesen, schreibt der Verfasser und stellt fest:

8.) Flug AA 077: 289 Plätze, 64 Passagiere (3/4 leer)

Flug AA 011: 351 Plätze, 92 Passagiere (fast 3/4 leer)

Flug UA 175: 351 Plätze, 65 Passagiere (4/5 leer)

Flug UA 093: 289 Plätze, 45 Passagiere (4/5 leer)

Fliegen American Airlines (AA) und United Airlines (UA) immer mit so wenigen Passagieren? Dann wären sie längst pleite. Deshalb werden Flüge mit weniger als 50% Belegung von allen Fluggesellschaften generell abgesagt oder mit Flügen anderer Gesellschaften kombiniert, da sich kein Unternehmen einen derartigen Ausfall leisten kann. Zudem handelt es sich hier um Langstreckenflüge (von der Ostküste nach Kalifornien), wo derart leere Flugzeuge einen besonders großen Verlust darstellen. Aber eben: Normalerweise kommt es nie vor, daß Flugzeuge zu 75 bis 80% leer sind. Aber hier waren vier Maschinen gleichzeitig derart unterbesetzt!! (Genau beträgt die mittlere Flugzeugauslastung in diesem Falle knapp 21 %.) Welche Terrororganisation kann bewirken, daß vollgetankte Flugzeuge auf dem gewünschten Langstreckenflug unterbesetzt sind, trotz großer Verluste für die betreffenden Gesellschaften?

9.) Ein paar Tage nach den Anschlägen wurden die Namen derer veröffentlicht, die auf den Passagierlisten der vier Flugzeuge als Terroristen identifiziert wurden, darunter vom FBI gesuchte Leute wie Atta, Alomari usw. Dies würde bedeuten, daß alle Terroristen ihre Tickets mit ihren eigenen Namen gebucht hätten. Einige standen auf Fahndungslisten! Aber niemand merkte etwas ...

10.) Die offizielle Version erklärt, daß die Türme in sich zusammenfielen, weil die Stockwerke oberhalb der Einschlagstellen der Flugzeuge mit ihrem Gewicht

auf die unteren Stockwerke stürzten. Bei dieser Erklärung muß man sich aber fragen, warum die Türme bis in den Grund zu Staub zerbarsten. Es hieß, die explodierenden Kerosintanks der Flugzeuge hätten die Stahlträger zum Schmelzen gebracht. Dieser Stahl schmilzt aber erst bei Temperaturen ab 1300 °Celsius. Die Verbrennung von Kohlenwasserstoffen wie Kerosin bringt jedoch nur eine Temperatur von maximal 800° hervor, und das nur unter optimalen Brennbedingungen, die eine Stahl- und Asbestkonstruktion nicht bietet. Auch die Feuerwehrleute als Experten führen nur in die Türme hoch, weil sie von der Erfahrung ausgingen, daß für sie keine Gefahr bestand. Es ist bewiesen, daß der erste Stoßtrupp unter der Leitung von Orio Palmer und Ronald Bucca bis in den 78. Stock vorgedrungen war, d. h. bis zur Einschlagstelle. Beide berichteten nicht von 1300° heißem Feuer, das den Stahl weichkochte, und sahen auch keine Einsturzgefahr, weshalb sie Verstärkung anforderten. Ein paar Minuten später stürzte der Turm zusammen! (Erst Monate darauf durften die Familien dieser Männer die Tonaufnahmen des Funkverkehrs hören, jedoch unter Eid, daß sie mit niemandem über deren Inhalt sprechen!)

11.) Mehrere Überlebende, die sich aus den Trümmern retten konnten, berichteten unabhängig voneinander live in Fernseh-Interviews von Explosionen, so z. B. Steve Evans gegenüber BBC: „Es gab eine Explosion. Ich dachte nicht, daß es eine Explosion war, aber das Fundament des ganzen Turmes erzitterte! Und dann, als wir draußen waren, ereignete sich die zweite Explosion, und danach eine ganze Serie weiterer Explosionen ... Wir sind vom Ausmaß der Zerstörung überwältigt, welche diese Explosionen, diese Serie von Explosionen, angerichtet haben.“ Ein dunkelhäutiger Geschäftsmann, der ganz verstaubt aus dem WTC gerannt kam, sagte live dem dänischen Sender DR-TV1: „Auf dem 8. Stock wurden wir durch eine gewaltige Explosion zurückgeworfen.“ Der deutsche Sender SAT1 brachte ebenfalls Vor-Ort-Interviews mit Menschen, die aus den Türmen kamen. Einer von ihnen war Tom Canaban, der jedoch vor laufender Kamera von zwei FBI-Agenten gestoppt und weggeführt wurde.

Mehrere Feuerwehrleute hatten ebenfalls Explosionen gehört. Louie Cacchiolo erzählte dem „People Magazine“: „Ich habe meine Männer mit dem Lift in den 24. Stock hochgebracht, um von dort oben die Büroangestellten zu evakuieren. Während unserer letzten Fahrt explodierte eine Bombe.“ Tatsächlich sackten beide Türme perfekt in sich zusammen und gingen in Staub und Trümmern auf. Sprengstoffexperten sagen, daß es für sie höchste Präzisionsarbeit bedeutet hätte, beide Türme auf eine solche Weise zum Einsturz zu bringen. Ein prominenter Fachmann, der gleich nach den Anschlägen aufgrund des optischen Eindrucks die Vermutung äußerte, daß das Gebäude über Sprengstoff zum totalen Einsturz gebracht wurde, war Van Romero, der Vizepräsident des Instituts für Bergbautechnologie in New Mexico.

12.) Wenn tatsächlich Sprengungen und nicht die Flugzeugeinschläge diesen totalen Einsturz verursachten, dann müßte dies an den Trümmern zu sehen sein. Doch genau diese Untersuchung fand nicht statt. Im Gegenteil, die Trümmer wurden durch irgendwelche Anordnungen schnellstens beseitigt, bevor eine Untersuchungskommission ans Werk gehen konnte. William A. Manning, der Chefredakteur des „Fire Magazine“, der amerikanischen Feuerwehr-Fachzeitschrift, nannte dies öffentlich eine „Zerstörung von Beweismitteln“. Am 6. März 2002 berichtete die Wissenschaftskommission des Repräsentantenhauses, daß die Untersuchungen behindert würden, weil, „einige wichtige Stahlreste verschwunden waren, bevor die ersten Ermittler überhaupt am Unglücksort eintrafen!“

Für die schnelle Beseitigung der Stahltrümmer war nur eine einzige Firma zuständig, die Metal Management aus Newark. Allein nach Schanghai wurden über 50 000 t geborstene Stahlträger als Altmittel verkauft. Für ihren prompten Dienst nahm die berufene Firma nebenbei rund drei Millionen Dollar ein.

13.) Am 26. Juli 2001 hatte Larry Silverstein die beiden WTC-Türme neu gepachtet. Dies war ihm dank der Vermittlung seines australisch-israelischen Partners Frank Lowy zu sehr günstigen Konditionen gelungen. Lowy ist ein Freund von Lewis Eisenberg, des Vorsitzenden der New Yorker Hafenbehörde, einer staatlichen Institution, der das WTC gehörte. Immobilien-Spekulant Silverstein versicherte den WTC-Komplex sogleich für 3,55 Mrd. Dollar, die er nun mit anderen Bonuszuschüssen kassieren wird. Das teilte der Mediensprecher seines Konzerns Harold Rubenstein öffentlich mit. Denn 48 Tage nach dem Pachtvertragsabschluß mit Eisenberg war das WTC nur noch ein Berg aus Eisen, Stahl und Staub.

(Wird fortgesetzt)

Was geschah vor einem halben Jahrhundert in Korea?

Der Waffenstillstand von Panmunjom

„Als erster Kommandeur einer US-Armee signiere ich einen Waffenstillstand ohne Sieg“, sagte US-General Clark bei der Unterzeichnung des Waffenstillstands im koreanischen Ort Panmunjom, der am 27. Juli 1953 in Kraft trat. Damit endete auf der koreanischen Halbinsel ein großer Krieg, der rund 3,5 Millionen Tote und Verwundete allein unter der Zivilbevölkerung forderte. Nordkoreanische Truppen, denen chinesische Volksfreiwillige zu Hilfe kamen, als die Front sich der Grenze zu China bedrohlich näherte, stand eine Streitmacht unter US-Befehl gegenüber, die von südkoreanischen Kontingenten und Soldaten aus 16 Staaten gebildet wurde. Es war der erste militärische Einsatz, der unter der Flagge der wenige Jahre zuvor gegründeten UNO stattfand. Ein Veto der UdSSR blieb aus, da der sowjetische Vertreter im UN-Sicherheitsrat gerade bei dieser wichtigen Abstimmung nicht zugegen war!

Bis heute ist offen, wie der militärische Konflikt, der am 25. Juni 1950 ausbrach, im einzelnen seinen Anfang genommen hat. Auch nach einem halben Jahrhundert sind nicht alle einschlägigen Dokumente in den Archiven zugänglich.

Auf Beschluß der Alliierten wurde Korea 1945 nördlich des 38. Breitengrades von sowjetischen und südlich von US-Truppen besetzt. Volkskomitees, die in den ersten Nachkriegsmonaten zum Aufbau eines unabhängigen demokratischen Staatsgefüges im ganzen Lande entstanden, wurden im Süden sehr schnell von amerikanischer Seite wieder aufgelöst. Als für Mai 1948 Separatwahlen in Südkorea angekündigt wurden, kam es in verschiedenen Gegenden zu spontanen Aufständen, die auf der Insel Cheju eskalierten und brutal niedergeschlagen wurden. Jahrzehnte durfte darüber in Südkorea nicht gesprochen werden. Heute ist bekannt, daß damals 30 000 Menschen, das waren über 10 Prozent der Inselbevölkerung, ermordet wurden.

Am 15. August 1948 konstituierte sich in Seoul mit US-Unterstützung die Republik Korea, und Rhee Syngman, aus amerikanischem Exil zurückgekehrt, gelangte an die Macht.

Am 9. September 1948 wurde in Pjöngjang die Koreanische Demokratische Volksrepublik mit Ministerpräsident Kim Il Sung ausgerufen. Er wiederum besaß die Unterstützung der Sowjetunion. Zwischen 1948 und dem Kriegsbeginn 1950 kam es sowohl innerhalb Südkoreas als auch im Gebiet der Demarkationslinie zwischen Nord und Süd ständig zu blutigen, bewaffneten Auseinandersetzungen.

Kurz vor Kriegsausbruch hatte John Foster Dulles, ranghoher Vertreter des State Department und später Außenminister, das Gebiet am 38. Breitengrad inspiziert. Damals erklärte Rhee Syngman: „Wenn wir die Demokratie nicht im Kalten Krieg

schützen können, werden wir einen Sieg im Heißen Krieg erfechten“. Wenige Monate zuvor hatte er der „New York Times“ in einem Interview gesagt: „Ich bin sicher, daß wir Pjöngjang, die nördliche Hauptstadt, in drei Tagen einnehmen.“ Auf der anderen Seite soll, so behaupten russische Medien jetzt, Kim Il Sung kurz vor Kriegsbeginn Stalin in Moskau aufgesucht haben, um dessen Zustimmung zu einem Vorstoß nach Süden zu erhalten.

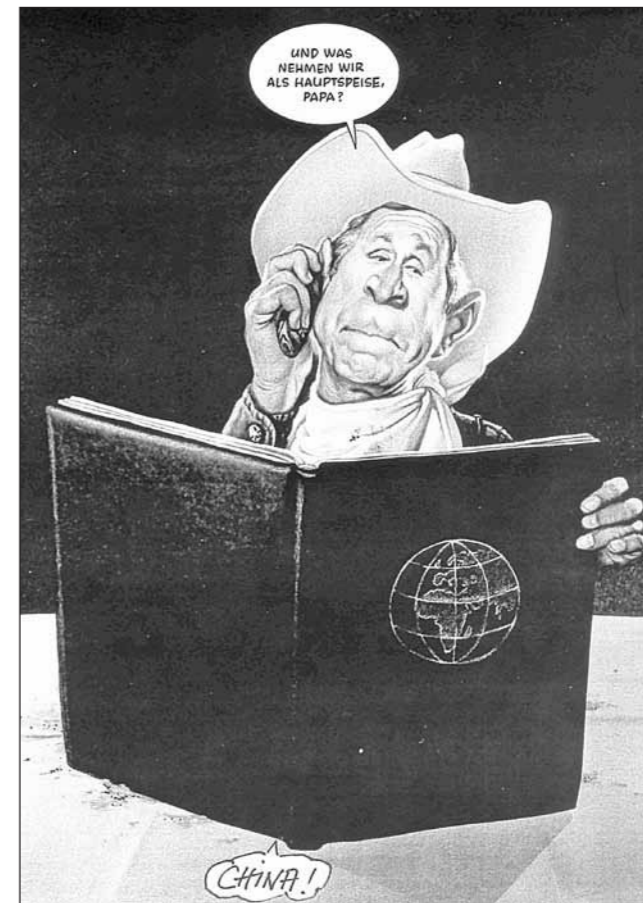
Drei Jahre lang wurde die fernöstliche Halbinsel in erbitterten Kämpfen total verwüstet, ohne daß eine Seite einen definitiven Gebietsgewinn erzielen konnte. Millionen Menschen wurden während

ihren Investigativ-Report den Pulitzer-Preis bekamen, sprachen mit zahlreichen Kriegsveteranen, die damals in dieser Gegend eingesetzt waren und recherchierten, daß es direkte Befehle gegeben hatte, auf Zivilisten zu schießen, weil die US-Kommandeure angeblich in der flüchtenden Landbevölkerung verkleidete nordkoreanische Infiltranten vermuteten.

Untersuchungen durch das Pentagon aufgrund der AP-Berichte bestätigten, daß US-Soldaten in diesem Ort koreanische Zivilisten getötet hatten. Allerdings wird zugleich bestritten, daß das Massaker befohlen wurde. Das blindwütige Niederschießen völlig hilfloser, unbewaffneter Menschen wird vielmehr als Panikreaktion „junger, untrainierter, schlecht ausgerüsteter und kampfunerprobter“ Soldaten hingestellt. Nach einem halben Jahrhundert, so heißt es in dem Bericht, könnten keine Verantwortlichen mehr dafür namhaft gemacht werden.

Inzwischen sind 160 Orte in beiden Teilen der ostasiatischen Halbinsel bekannt, in denen Greuelthaten der US-Truppen nachgewiesen wurden.

Eines der scheußlichsten Verbrechen ereignete sich im nordkoreanischen Sinchon, das vom 17. Oktober bis zum 7. Dezember 1950 von amerikanischen Truppen besetzt war. Der Kommandeur der US-Einheiten General Harrison gab die Order, „alles Lebende in Sinchon zu töten“, wenn seine Befehle nicht befolgt würden. „Mein Befehl ist Gesetz. Wer dagegen verstößt, wird bedingungslos erschossen!“ Daran hielten sich die Besatzungstruppen. Ein Viertel der Bevölkerung des Kreises – 35 383 Menschen, vor allem



der Kämpfe und durch gezielte Massaker vernichtet oder verwundet.

Erst nach Jahrzehnten konnte man in Südkorea überhaupt über Verbrechen der US-Soldaten gegen die Zivilbevölkerung sprechen, ohne gleich als kommunistischer Propagandist verunglimpft zu werden. 1999 brachten Reporter der Associated Press (AP) den Stein ins Rollen, als sie in freigegebenen Washingtoner Militärrarchiven Material über den Koreakrieg entdeckt hatten, das eindeutige Beweise für ein Massaker an 400 Flüchtlingen enthielt, vor allem an Frauen und Kindern, die unter einer Eisenbahnbrücke in dem südkoreanischen Dorf Nogunri Schutz gesucht hatten. Die Journalisten, die für

Frauen, Greise und Kinder – wurden während der 52 Tage dauernden Herrschaft der US-Truppen ermordet. Im

Mai 2000 gründeten Vertreter von Menschenrechts- und Friedensorganisationen aus Nord- und Südkorea sowie von im Ausland lebenden Koreanern in Peking eine Koreanische Wahrheitskommission (Korea Truth Commission – KTC). Ein 2001 in New York von der KTC organisiertes Tribunal forderte von der US-Regierung, die koreanischen Opfer und deren Angehörige zu entschädigen und sich offiziell bei ihnen zu entschuldigen. Doch nach wie vor lehnen die USA jegliche Verantwortung für diese Verbrechen ab.

Dr. Anne-Katrin Becker

Am 10. August 2003 vollendet der bekannte
Schweriner Maler und Grafiker

Karlheinz Effenberger

– hochgeschätzter Mitarbeiter des „RotFuchs“
und treuer Genosse – sein 75. Lebensjahr.
Effi, sei herzlich beglückwünscht!



Vor 60 Jahren wurde in Rom Mussolini gestürzt

Gramscis „historischer Block“

Durch eine Palastrevolte wurde am 25. Juli 1943 in Rom Benito Mussolini gestürzt und inhaftiert. Die Verschwörung inszenierten führende Kreise der Großbourgeoisie, die erkannt hatten, daß der Krieg verloren war. Das veranlaßte sie, sich gemeinsam mit dem König und Militärs, unterstützt vom Vatikan, Mussolini zu entledigen und mit der faschistischen Achse zu brechen. Darauf wirkten die vernichtenden Niederlagen der Hitlerwehrmacht bei Stalingrad und Kursk-Belgorod sowie der dadurch begünstigte Sieg der angloamerikanischen Truppen in Nordafrika und die folgende Landung auf Sizilien ein. Nach dem Sturz des Duce okkupierte Hitlerdeutschland am 8. September 1943 Nord- und Mittelitalien, entwaffnete die italienische Armee und errichtete unter dem durch SS-Leute aus der Haft befreiten Mussolini ein Marionettenregime. Einen Tag später bildeten Kommunisten und Sozialisten mit der kleinbürgerlichen Aktionspartei, Christdemokraten und Liberalen das Comitato di Liberazione Nazionale (CLN), in dem die IKP de facto die Rolle der führenden Kraft ausübte, in die sie die ISP einbezog. Das Befreiungskomitee rief zum bewaffneten Widerstand auf. Erste Freischärlergruppen entstanden, die sich binnen weniger Monate zu einer kampfstarken Partisanenarmee formierten, welche bis zum Ende des Krieges auf 256 000 reguläre Kämpfer anwuchs, darunter 155 000 Garibaldisten der IKP.

Neben dem Realitätssinn der herrschenden Kreise für das internationale Kräfteverhältnis war eine entscheidende Triebkraft der Verschwörung gegen Mussolini die Furcht, das faschistische Regime könnte sonst von der antifaschistischen Volksbewegung mit IKP und ISP an der Spitze hinweggefegt werden. Den Verschwörern ging es nicht um die Beseitigung des Faschismus, sondern – wie die amerikanische Zeitschrift „Life“ schrieb – darum, „sich von Mussolini und den Deutschfreundlichen zu befreien, das System aber zu erhalten“. Dem entsprach, daß König Viktor Emanuel III. den Marschall Pietro Badoglio, als „Schlichter von Abessinien“ berichtigt, zum Regierungschef ernannte. Dieser hatte während des Feldzuges zur Eroberung Abessinien 1936 das Giftgas Yperit eingesetzt, das Zehntausende Äthiopier tötete. Seinem Kabinett gehörten ausschließlich Militärs, Vertreter des faschistischen Staatsapparates und der Justiz an.



Auf einer Demonstration in Havanna

Badoglio hatte sich 1940 allerdings gegen den Kriegseintritt Italiens ausgesprochen und war daraufhin als Generalstabschef des Heeres zurückgetreten. Bereits während der Schlacht um Stalingrad schätzte er Hitlers Krieg als nicht mehr gewinnbar ein und informierte darüber führende Industrielle und oppositionelle Christdemokraten. Nach dem Waffenstillstand am 3. September 1943 erklärte Italien Nazi-Deutschland am 13. Oktober den Krieg und trat damit auf die Seite der Anti-Hitlerkoalition über. Wie sollten sich Kommunisten und Sozialisten gegenüber Badoglio verhalten? IKP-Generalsekretär Togliatti legte dazu seine berühmte Konzeption der „Wende von Salerno“ vor, die im April 1944 zum Eintritt der CLN-Parteien in die Regierung führte. Darauf reduzierten bürgerliche Historiker meist das Ereignis. Die strategische Meisterleistung Togliattis besaß jedoch eine viel größere Dimension. Mit ihr wurden die Pläne zur Konservierung der faschistischen Machtpositionen durchkreuzt. Das Kabinett nahm den Charakter einer „Regierung der nationalen Einheit“ an und bekannte sich zum Antifaschismus. Die eigentliche „Wende von Salerno“ bestand darin, daß der König nach der Einnahme der Hauptstadt durch die Alliierten am 4. Juni 1944, wie es das CLN forderte, abdanken mußte. Als Kompromiß wurde Kronprinz Umberto Statthalter, die Ent-

scheidung über die Staatsform durch ein Referendum auf die Zeit nach Kriegsende vertagt. Gleichzeitig entließ das CLN Badoglio als Regierungschef und berief den Liberalen Ivanhoe Bonomi. Im Dezember 1944 wurden offizielle Beziehungen zwischen der Partisanenarmee und dem anglo-amerikanischen Kommando hergestellt.

Wesentliche Grundlagen für Togliattis Konzeption hatte der führende italienische Marxist Antonio Gramsci mit seiner Faschismusanalyse geschaffen, in der er die Notwendigkeit der Erringung der Hegemonie durch die Arbeiterklasse unter Einbeziehung der katholischen Volksmassen und der Schaffung eines nationalen antifaschistischen Bündnisses („historischer Block“) nachwies. Er betonte – was oft übersehen wird – beim „historischen Block“ müsse es sich um einen „ausgeglichenen Kompromiß“ handeln, bei dem die Zugeständnisse der KP „nicht das Wesentliche“, nämlich „die entscheidende Rolle (...), die ökonomischen Aktivitäten der führenden Kraft“, betreffen können. Gramsci verstand darunter ohne Zweifel die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaft und die Herstellung einer sozialistischen Ordnung (Gefängnishefte, Turin 1975, S. 1551). In Salerno ging Togliatti auch auf keine Bedingungen ein, die dem im Wege standen. Entscheidend war ferner das 1934 von Luigi Longo (IKP) und Pietro Nenni (ISP) gegen den Willen der Sozialistischen Internationale unterzeichnete Aktionseinheitsabkommen. Das gemeinsame Handeln beider Arbeiterparteien zog breite kleinbürgerliche Schichten sowie Angehörige der Intelligenz auf ihre Seite und beeinflusste die Haltung des bürgerlichen Lagers, einschließlich der herrschenden Kreise des Landes.

Mit der „Wende von Salerno“ entstand de facto Gramscis „historischer Block“. Bei seiner Wertung ist die konkrete Situation in betracht zu ziehen. Es formierte sich nämlich eine Allianz, die in erster Linie gegen die deutschen Okkupanten gerichtet war, deren Erfüllungsgehilfen die Mussolini-Faschisten nur noch darstellten. Die Stoßrichtung gegen Hitlerdeutschland ermöglichte die Einbeziehung selbst großbourgeois Kreise und der Monarchie in das nationale Bündnis. Als dieses Ziel mit dem Sieg über den Faschismus erreicht war, verlor das Bündnis seinen wesentlichen Inhalt und brach auseinander.

Aus vielfältigen Schlüssen für die Gegenwart seien zwei herausgegriffen: die von PDS-Linken wie Diether Dehm bezogenen „antiimperialistischen Antikriegspositionen“ und die Gedanken Klaus Steinigers (RF 62/2003) über die Notwendigkeit einer Art neuer „Antihitlerkoalition“ gegen die in der Außen- und Militärpolitik ihrem Wesen nach faschistische Aggressionsstrategie der USA.

Dr. sc. Gerhard Feldbauer

Interview mit der Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Australiens

Dr. Hannah Middleton im Gespräch

Die Vorsitzende der KP Australiens, Dr. Hannah Middleton, weilte kürzlich zu einem privaten Besuch in Berlin. Sie gewährte dem „RotFuchs“ bei dieser Gelegenheit ein Interview.

Du kommst direkt von der Athener Konferenz der 71 kommunistischen Parteien, die wiederum auf Initiative der KP Griechenlands (KKE) stattgefunden hat. Was sind Deine Eindrücke?

Die Athener Konferenzen, die inzwischen regelmäßig durchgeführt werden, sind das umfassendste internationale Forum von Kommunisten in der Gegenwart. Da unsere Gegner national und weltweit hervorragend organisiert sind, bedarf es einer entsprechenden Reaktion auf unserer Seite. Die KKE schafft eine Struktur dafür, daß sich Kommunisten kollektiv darüber beraten können, was unternommen werden muß, um dem Imperialismus eine Antwort zu erteilen. Sie bietet die Möglichkeit für mehr Kooperation und Koordination zwischen den verschiedenen Parteien. Dieses Jahr ging es vor allem um das Verhältnis der Kommunisten zur Friedens- und Antiglobalisierungsbewegung sowie um ihre Rolle in dieser. Alle stimmten darin überein, daß der Aufschwung der Friedensbewegung als Gegenkraft zur Arroganz und Brutalität der Bush-Administration von großer Bedeutung ist. Debattiert wurde über die Frage, wie Kommunisten in ihr arbeiten sollen. Manche vertraten die Ansicht, die Parteien sollten eigene Kampagnen betreiben, um unter ihrer Flagge offen auftreten zu können. Andere verteidigten den Standpunkt, innerhalb der gemeinsamen Aktion erkennbar als Kommunisten zu wirken. Wieder andere sprachen sich dafür aus, die KPs ganz zurückzunehmen. Viele erklärten, es müsse sich – abhängig von den jeweiligen Bedingungen – um eine Kombination aller drei Arten des Herangehens handeln.

Auf der Konferenz entspann sich eine lebhaftige Debatte darüber, ob die Bush-Regierung, die den Planeten in die Luft sprengen könnte, faschistisch ist. Auch hier gab es Unterschiede in der Bewertung. Mir scheint, die Analyse kann dadurch vertieft werden, daß man zwischen der Außen- und der Innenpolitik unterscheidet. Die USA-Außenpolitik trägt zweifellos faschistische Züge.

Überdies wurde auch das Problem der Bildung einer „europäischen linken Formation“ aufgeworfen. Anhänger der Beseitigung des Nationalstaates, die den Standpunkt vertreten, die EU müsse als Gegenkraft zu den USA aufgefaßt werden, optierten für eine solche Formation. Wenn man die EU jedoch als imperialistische Kraft versteht, die mit den USA auf gleicher Höhe und im Konkurrenzkampf agiert, wenn man die Dialektik zwischen nationalen und internationalen Fragen in Betracht zieht, muß man sich unbedingt für die Aufrechterhaltung der verschiede-



nen kommunistischen Parteien aussprechen. Es geht hier um das ideologische Problem der von einigen angestrebten Auflösung kommunistischer Parteien in einer linken pluralistischen Formation.

Die KP Australiens besitzt eine große Tradition und eine wechselvolle Geschichte. Sie ist nach einer ruhmreichen Periode von eurokommunistischen und maoistischen Kräften fast zerstört worden, dann aber zunächst als Sozialistische Partei Australiens, die sich vor einigen Jahren in KPA umbenannte, verteidigt und erhalten worden. Sie gehört heute zu jenen Parteien in der Welt, die für den Zusammenhalt der Kommunisten auf marxistisch-leninistischer Grundlage kämpfen. Was kannst Du uns über die aktuelle Situation der Partei berichten?

Die KPA ist eine sehr proletarische Partei. Sie stützt sich mit einer solide entwickelten politischen und ideologischen Position auf die Arbeiterklasse, aus der etwa 80% ihrer Mitglieder stammen. Die Partei wächst langsam. Wir bemühen uns vor allem darum, Genossen aus der Gewerkschaftsbewegung zu gewinnen, wobei unser Einfluß bei den Hafentarifarbeitern, den Bauleuten, im Transportwesen und im Dienstleistungssektor am stärksten ist. Wir stehen vor zwei Problemen: Erstens ist die KPA noch viel zu klein, um ihre gewaltigen Aufgaben im kontinentalen Maßstab lösen zu können. Zweitens verfügen wir über zu wenig Genossen, die in den Massenbewegungen aktiv sind. Viele schrecken vor dieser Arbeit zurück. Doch jedes Mitglied müßte eigentlich wie ein Kader handeln.

Wir wissen, daß die australischen Kommunisten ihr Anliegen vor allem auch darin sehen, die Friedensbewegung zu stärken. Du selbst bist eine von drei Moderatoren dieser Bewegung im Staat New South Wales.

Diesmal haben wir mit dem Kampf gegen den Krieg begonnen, bevor die USA ihre Aggression entfesselten. Früher trat die Friedensbewegung als Reflex auf imperialistische Kriege in Aktion. Schon in der Zeit

zwischen September und November 2002 begann unsere Mobilisierung. Es gelang, in jedem Staat breite Koalitionen aus 60 bis 70 Organisationen zu formieren. Politisch reichte das vom Zentrum und den Sozialdemokraten über die KP bis zu den Ultralinken, die in Australien einen gewissen Einfluß besitzen. Am 15./16. Februar 2003 fand in Sydney die größte Demonstration aller Zeiten statt. Eine Viertelmillion Menschen überflutete das Zentrum. Auch in vielen Vororten und kleinen Städten traten die Friedensaktivisten auf den Plan.

Du bist Anthropologin und hast an der Berliner Humboldt-Universität zu DDR-Zeiten bei Prof. Fred Rose promoviert. Dein Thema waren die Aborigines – die Ureinwohner Australiens. Wie steht es um sie?

Die traditionellen Eigentümer des Landes bilden eine diskriminierte Minderheit und stellen nur noch etwa 1% der 19 Millionen in Australien Lebenden dar. Sie vegetieren in Slums und ghettoartigen Gemeinschaften. Über 60% von ihnen sind im Landesdurchschnitt arbeitslos. Sehr wenige ihrer Kinder gelangen bis zur Universitätsreife. So gibt es nur 6 oder 7 Anwälte und bestenfalls 20 Ärzte aus ihren Reihen. Die Kindersterblichkeit ist außerordentlich hoch, die Lebenserwartung um 10 bis 20 Jahre kürzer als bei Weißen.

In den 60er und 70er Jahren gab es einen starken Kampf um Landrechte, der sogar einen revolutionären Aspekt besaß. Die Aborigines wollten nicht nur Boden, sondern ihn auch kollektiv besitzen und bearbeiten. Als die Sozialdemokraten an die Regierung kamen, entstanden große Illusionen. Sie führten eine Reihe von Reformen durch und schufen Institutionen für die Förderung der Ureinwohner, in die viele Aborigines einbezogen wurden. Das führte zur Verwandlung der schwarzen Führungsschicht in kleinbürgerliche Bürokraten. An der fundamentalen Lage der Urbevölkerung änderte sich nichts. Heute gibt es keine Kämpfe im nationalen Rahmen mehr, sondern nur in einzelnen Bereichen und an isolierten Plätzen.

Interview: Klaus Steiniger

Was steckt hinter den EU-„Hilfsaktionen“ in der DR Kongo?

Humanitäre Heuchelei

Anfang Juni wurden 1 500 Soldaten der noch im Aufbau befindlichen EU-Eingreiftruppe (von der Bundeswehr „sekundierte“ französische Verbände) in die kongolesische Stadt Bunia verlegt. Sie sollen, wie es offiziell heißt, blutigen Rivalitäten zwischen Milizen der Stämme Hema und Lendu ein Ende bereiten. Natürlich handelt es sich bei diesem Eingreifen nicht – wie heuchlerisch vorgeschoben wurde – um eine „humanitäre Aktion“, sondern um die Wahrnehmung knallharter ökonomischer und militärischer Interessen in dem an Diamanten, Kobalt, Kadmium, Gold, Zink, Uran, Kupfer und Koltan reichen Land Zentralafrikas.

Hinter dem neuen Konflikt in der Region Ituri der Provinz Kivu stecken die USA. Sie haben ihre derzeitige afrikanische Lieblingsmarionette, den rwandischen Präsidenten Kagame, vorgeschickt, der sich seinerseits der „Rebellenbewegung“ UPC unter Führung von Thomas Lubanga bedient. Dessen Banden terrorisierten monatelang die Bevölkerung von Bunia, bevor sie sich angesichts des Eintreffens französischer EU-Kontingente in Lager der Umgebung zurückzogen. Kagame und der gleichfalls USA-hörige ugandische Präsident Museveni – ihm gehorchen die anderen „Rebellen“ – sind Komplizen wie Konkurrenten im Ringen um Einfluß in der Nordoststecke der Demokratischen Republik Kongo. Seit 1999 haben beide Staatschefs gegen dieses Land drei durch die Amerikaner inspirierte und finanzierte große Eroberungskriege geführt, denen bisher rund dreieinhalb Millionen durch Kampfhandlungen getötete oder durch Hunger und Seuchen hingeraffte Menschen zum Opfer gefallen sind. Diese afrikanischen Toten gerieten fast nie in die Schlagzeilen und Berichte der Medien, die jeden größeren Unglücksfall in Europa vermelden.

Nach dem Sturz des seinerzeit durch die CIA ans Ruder gebrachten Präsidenten Mobutu Sese Seko, der 1961 maßgeblich an der Ermordung des ersten kongolesischen Premiers Patrice Lumumba beteiligt war, 1991 aber durch das Volk von der Macht vertrieben wurde, hatte sich Präsident Laurent Kabila gegen den imperialistischen Einfluß in seiner Heimat zu wehren versucht. Er wurde schon bald darauf von einem Angehörigen der eigenen Leibgarde erschossen. In wessen Auftrag wohl? Auch unter Kabilas Sohn und Nachfolger Joseph haben sich die Hoffnungen der 52 Millionen Landesbürger auf ein besseres Leben in Unabhängigkeit nicht verwirklichen lassen. Das Elend der Massen, die bestenfalls eine Mahlzeit am Tag einnehmen können, ist unermeßlich.

Die frühere Kolonialmacht Belgien besitzt nach wie vor einen gewissen Einfluß, vor allem aber plündern USA-Konzerne wie American Mineral Fields, Bechtel, American Diamond Buyers und Goldman

Sachs die Demokratische Republik. In der „New York Times“ sprach man kürzlich von der „Balkanisierung Kongos“, deren Aufspaltung zahlreichen Konzernen in den Kram passe, „großen und kleinen, amerikanischen, afrikanischen und europäischen“. Sie seien sehr zufrieden mit einer Situation der Zerrissenheit, in der die Wirtschaft unreguliert bleibe und von Auslandsfirmen keine hohen Abgaben verlangt würden.

Das französisch-deutsche Eingreifen in Bunia signalisiert, daß den USA-Interessen in Kongo in Zukunft eine scharfe Konkurrenz erwachsen könnte. Neue

Platzhirsche wollen sich etablieren. Wie der ehemalige NATO-Generalsekretär und heutige Chef-Außenpolitiker der EU Javier Solana erklärte, stellt diese Intervention den Ausgangspunkt „einer Politik der Verteidigung Europas“ auch in Afrika dar. „Bunia ist nur ein Übungsgelände, um – im Schatten der Amerikaner und gegen sie – eine eigene imperialistische Militärpolitik europäischer Mächte zu entwickeln“, schrieb die belgische Zeitung „Solidaire“ am 11. Juni 2003.

E. R. J.
Gestützt auf „People's Weekly World“,
New York, und „Solidaire“, Brüssel



„Ich komme, um Euch gegen diese üblen Amerikaner zu verteidigen.“
Aus: „Solidaire“, Brüssel

Aufmarsch in Thessaloniki

Am 21. und 22. Juni 2003 fand in Thessaloniki zum Abschluß der griechischen EU-Ratspräsidentschaft, die von der kommunistischen Partei Griechenlands (KKE), vom KKE-Jugendverband KNE, von der linken Gewerkschaftsfront P.A.M.E. und anderen Volkskräften durch zahlreiche Kampfkationen wirkungsvoll „begleitet“ worden war, eine seit Monaten vorbereitete mächtige Demonstration von insgesamt etwa 80000 Kriegs-, NATO- und EU-Gegnern statt. In ihren Reihen schritten auch die Abgesandten von 71 kommunistischen und Arbeiterparteien, die zuvor zu einer von der KKE ausgerichteten Beratung in Athen zusammengetreten waren (siehe Seite 19), an der die DKP nicht teilnahm. Die Demonstranten brachten ihre Solidarität mit Kuba und anderen durch die USA-Aggressionspolitik bedrohten Staaten zum Ausdruck und forderten den Abzug der

fremden Besatzer aus Irak und den von Israel okkupierten Palästinensergebieten.

Information von
Sokrates Papadopoulos, Thessaloniki



Nepals Feudalkaste arbeitet den USA in die Hände

Zur Lage im Himalaja-Königreich

Nur die wenigsten Europäer wissen, daß die KP Nepals/Vereinte Marxisten-Leninisten (UML) – gemessen an Landesgröße und Einwohnerzahl – eine der einflußreichsten kommunistischen Parteien der Welt ist. Bei den Parlamentswahlen 1999 siegte zwar die Nepalesische Kongresspartei mit einem Anteil von 36,14 % (111 Mandate), doch die UML kam auf nicht weniger als 30,74 % und 71 Sitze.

In ihrer Zeitschrift „New Dawn“ (Neuer Morgen) analysierte sie unlängst die Klassenstruktur des Königsreichs. Nepal sei ein halbfeudales und halbkoloniales Land, das seit 1990 eine vom Massenkampf erzwungene demokratische Verfassung besitze, mit der die absolutistische Herrschaft durch ein Mehrparteiensystem ersetzt worden sei. Das Land werde aber von der Feudalkaste und der Kompradorenbourgeoisie, die sich unter direkter Kontrolle des Imperialismus befinde, beherrscht. Das nationale Kapital spiele demgegenüber derzeit eine eher untergeordnete Rolle. Am schärfsten werde die Mehrheit der Dorfbevölkerung ausgebeutet und unterdrückt, die fast 90 % der Nepalesen ausmache. Überdies gebe es Hunderttausende Verelendete, die unterhalb des kargen nepalesischen Existenzminimums vegetierten und – wie in Indien – als „Unberührbare“ betrachtet würden. Eine Arbeiterklasse habe sich nur teilweise und in Ansätzen herausgebildet. In den Städten dominiere das Kleinbürgertum. In einem weiteren Artikel von „New Dawn“ setzen sich die Verfasser mit der „maoistischen“ Guerilla auseinander, die in einigen Regionen Nepals gegen die Regierung operiert und die Bevölkerung terrorisiert. Diese Kräfte stünden auf ultralinken und revolutionaristischen Positionen, verkündeten ständig die unmittelbar bevorstehende Machteroberung und seien auf Gewalttaten aller Art spezialisiert. Das Sorge für Einschüchterung und Konfusion. Der seit sieben Jahren andauernde „Volkskrieg“ habe zu keinen positiven Ergebnissen geführt. Sein einziges Resultat sei die Verschärfung der Repression und die Verschlechterung der Kampfbedingungen für die UML. Nach ihrer Auffassung könnten nur die beharrliche Aufklärung und Mobilisierung der Massen erfolgreich sein. Die KP Nepals strebe eine Vielparteiendemokratie an, die sich auf die politische Macht des Volkes stütze und einen vollständigen Wandel der Gesellschaft als ihr Ziel betrachte.

Seit dem 4. Oktober 2002 hat sich die Lage in Nepal dramatisch zugespitzt. An jenem Tag unternahm der seinerzeit auf irreguläre Weise ans Ruder gelangte Monarch einen Staatsstreich. Er entmachtete Regierung, Parlament und andere Volksvertretungen aller Ebenen, setzte sein eigenes, nicht gewähltes „Kabinett“ unter „Premier“ Chand ein und machte sich selbst de facto zum Alleinherrscher. Von den Ver-

botsmaßnahmen wurden besonders auch die Studenten betroffen, die in Nepal eine große Rolle spielen.

Aufgrund dieser Ereignisse kam es zu Unruhen und Protesten. Am 11. März 2003 wurden mehr als 150 000 Angehörige der Sicherheitskräfte mobilisiert, die den von sechs führenden Parteien gemeinsam getragenen Widerstand brechen sollten. Auch gepanzerte Fahrzeuge gelangten zum Einsatz. Es gab zahlreiche Verletzte. Massenfestnahmen wurden vorgenommen, Mißhandlungen waren an der Tagesordnung.

Im Juni fanden in der Hauptstadt Katmandu zwei weitere Großdemonstrationen gegen das Ränkespiel des proimperialistischen Königs Gyanendra statt. Sie wollten dessen neuestes Manöver durchkreuzen. Der Monarch hatte den von ihm ausge-

wählten „Premier“ Chand plötzlich durch einen anderen Politiker aus der königlichen Hofpartei ersetzt. Die Forderungen aller übrigen politischen Kräfte aber, den Generalsekretär der UML, Madhav Kumar Nepal, als Chef einer Allparteien-Übergangskoalition zu ernennen, lehnte der Monarch ab.

Politische Beobachter im Himalaja-Königreich stellen mit Besorgnis fest, daß König Gyanendra offensichtlich den USA in die Hände arbeitet, die ihren Einfluß nach dem 11. September 2001 erheblich ausgeweitet haben. Um unmittelbare Eingriffsmöglichkeiten zu schaffen, setzten sie die „maoistischen“ Rebellen inzwischen sorgfältig auf die Liste der von ihnen weltweit bekämpften „Terroristengruppen“.

R. F., gestützt auf „New Dawn“, Nepal

Irak: Die Beulen der Amis

Kein Tag vergeht, ohne daß die Medien von neuen Schlägen berichten, die Widerstandskräfte des irakischen Volkes den amerikanischen Besatzern versetzen. Inzwischen dient die U. S. Air Force als Sarglinie zwischen dem Nahen Osten und den Vereinigten Staaten. Mitte Juli waren nach offiziellen Angaben „seit Kriegsende“ mehr als 75 GIs getötet worden – die geheimgehaltenen tatsächlichen Zahlen dürften jedoch weit darüber liegen. Da die Amerikaner, die sich voreilig zu Siegern erklärten, Hunderttausende Offiziere und Mannschaften der aufgelösten irakischen Armee ohne jede Abfindung auf die Straße warfen, herrscht kein Mangel an militärisch gut trainierten jüngeren Männern, die Haß auf die Aggressoren empfinden. Waffen aber sind in Überfluß vorhanden. Wie in Afghanistan, wo Osama bin Laden den USA-Suchtrupps nicht in die Hände fiel, ist auch Saddam Hussein vom Riesenangebot nach ihm Fahndender bisher nicht einmal lokalisiert worden. Das stellt kein Ruhmesblatt für die großspurige U. S. Army dar.

Bisher haben Bushs in rascher Folge wechselnde Militärbefehlshaber und

Zivilstatthalter nicht einmal eine ordentliche Verwaltungsspitze zu etablieren vermocht. Die Mitglieder des „provisorischen Regierungsrates“, dem sie unlängst die „Leitung“ des Landes unter amerikanischer „Aufsicht“ übertrugen, sprechen meist ein vorzügliches Englisch oder Amerikanisch, das auf langjährigen Aufenthalt in London oder New York schließen läßt. Offenbar aus taktischen Gründen hat sich auch die Irakische Kommunistische Partei dazu entschlossen, ihren Generalsekretär Hamid Madschid Mussa in das Gremium zu entsenden. Gewisse Zweifel kommen allerdings auf.

Obwohl sie ganze Schwärme von Technikern ansetzten, konnten die Besatzungsorgane weder die Wasser- und Stromversorgung noch die Telekommunikation wiederherstellen. Nicht einmal in Bagdad. Zu keiner Zeit herrschte in Irak ein derartiges Chaos wie heute.

Unter diesen Umständen muß man sich fragen: Hat Bush den jüngsten Golfkrieg wirklich gewonnen? Oder sieht nicht vielmehr alles danach aus, daß der eigentliche Kampf um die innenpolitische Macht erst entbrennen dürfte?

Die irakische Intifada, deren Vorboten wir jetzt erleben, könnte sich zu einer jahrelangen erbitterten Auseinandersetzung zwischen den Okkupanten und patriotischen Kräften des nahöstlichen Volkes entwickeln. Ihr Ausgang hängt nicht zuletzt davon ab, in welchem Grade es in Irak gelingt, Sunniten, Schiiten, Christen und religiös Ungebundene, aber auch Araber, Kurden und Turkmenen im gemeinsamen Widerstand zusammenzuführen. S. R.



Grafik: Arno Fleischer

Warum Dick Cheney in Bagdad nach dem Rechten sehen ließ

Die Halliburton-Story

Als in Washington bekannt wurde, daß man einer Tochter des texanischen Konzerngiganten Halliburton den Zuschlag für die „Verwaltung“ und Ausbeutung eines Großteils der irakischen Ölfelder erteilt hatte, dachte jedermann sofort an Dick Cheney. Der Vizepräsident der Vereinigten Staaten, Bushs Stellvertreter, war nämlich von 1995 bis 2000 Chef von Kellogg, Brown & Root (KBR) gewesen, das jetzt „überraschenderweise“ alle Rivalen aus dem Felde schlug. Mehr noch: Diese hatten sich gar nicht erst gezeigt. Schlaglichtartig wurde der Kriegsgrund erhellt: Der Bush-Administration ging es in erster Linie um die Eroberung der irakischen Ölfelder, obwohl der USA-Präsident immer wieder versicherte, diese sollten allein den Irakern gehören. Der USA-Kongressabgeordnete Henry Waxman von der Demokratischen Partei erkundigte sich nach den Einzelheiten des Vertrages mit KBR, nachdem er zunächst einen lakonischen Bescheid des U. S. Army Corps of Engineers erhalten hatte, das für die Vergabe der Kriegsbeute zuständig ist. Mit KBR seien die „Löschung der Ölbrände“ sowie „der Betrieb der Anlagen und die Verteilung von Ölprodukten“ vereinbart worden, erfuhr Waxman. Scott Saunders vom Army Corps gab der Presse bereitwillig Auskunft: Im Mai/Juni habe die Halliburton-Tochter täglich nur 125 000 Barrel abgepumpt, was weit unter der Nachfrage

nach irakischem Öl liege, die sich derzeit auf 400 000 Barrel belaufe. Diesen Stand wolle man im Hochsommer erreichen. „Der Deal mit KBR gehörte zu den ersten Kontrakten, die geschlossen wurden, um den scharfen Start zum Wiederaufbau Iraks auszulösen“, schrieb die großbürgerliche Zeitung „The Australian“ am 9. Mai 2003. „Neun Vertragsangebote waren ausgeschrieben – alle nur für USA-Gesellschaften. KBR erhielt seinen Zuschlag ohne einen solchen Ausschreibungsprozeß“. Der Vertrag ist 7 Milliarden Dollar wert und besitzt eine zweijährige Laufzeit. Bushs Sprecher Ari Fleischer ging natürlich auf Distanz und erklärte, bei dem Kontrakt handle es sich „nicht um eine Angelegenheit des Weißen Hauses“. Niemand in der Bush-Administration, die mit Gewährsleuten der führenden Öl- und Rüstungskonzerne der Vereinigten Staaten vollgestopft ist, kommt auch nur auf den Gedanken, sich im Falle Cheneys über einen „Interessenkonflikt“ zu beschweren. Unter den 30 Mitgliedern des Verteidigungsausschusses der Regierung befinden sich zumindest 9 mit direkten Verbindungen zu maßgeblichen Waffenherstellern. Daß Cheney mit Halliburton weiterhin unter einer Decke steckt (und nach seinem Ausscheiden aus der Vizepräsidentschaft vermutlich dorthin zurückkehren wird), ist u. a. aus seiner vorjährigen Steuererklärung, die bei Amtsträgern in den USA

öffentlich gemacht werden muß, zu ersehen. Wie die „New York Times“ berichtete, bezog er im Jahr 2002 von KBR noch immer 162 392 Dollar an „zeitlich versetzter Entschädigung“. Halliburton war ursprünglich ein reines Bauunternehmen. Da es seine Wahlkampagne großzügig gesponsert hatte, schanzte ihm USA-Präsident Lyndon B. Johnson in den 60er Jahren einen Großauftrag zu, wodurch es zu einem führenden Konzern aufstieg. Heute liefert Halliburton Ölbohrinseln, errichtet Militärbasen, baut Häfen und Nuklearanlagen und gräbt Tunnel. Die Firma ist auch auf dem Gebiet der militärischen Logistik tonangebend. Halliburton besitzt eine solche Dimension, daß es ganze Armeen bewaffnen, beköstigen, unterbringen und ausbilden kann. Seine „Tochter“ KBR aber ist die „Ölfront“ des Unternehmens. Der Sub-Konzern hat überall seine Hände im Spiel, wo etwas zu holen ist. Dabei treffen ihn Handelsrestriktionen und Embargomaßnahmen nicht. So machte er u. a. enorme Profite aus dem niemals unterbrochenen Geschäft mit Staaten wie Libyen. Iran und Irak, die offiziell zur „Achse des Bösen“ gerechnet wurden. Dick Cheney formulierte es so: „Der liebe Gott war außerstande, Öl und Gas nur dorthin zu vergeben, wo es den USA freundlich gesonnene demokratische Regimes gibt.“ **R. F., gestützt auf „The Australian“/„The Guardian“, Sydney**



„Das soll plündern sein?“



Unsere treuen Leser

Rolli Weinhold

Vorsitzender der
DKP-Gruppe
Hoyerswerda, und

Manfred Hocke

Schriftsteller und
RF-Autor, haben schwere
Operationen hinter sich.
Wir denken an sie und
wünschen ihnen baldige
Genesung.

War ständig Gegenstand fremder Begierde: Iran

Ein weiterer „Schurkenstaat“?

Karl Marx schrieb 1856, daß Britannien, sobald es „einen habgierigen Blick auf die Besitzungen eines beliebigen unabhängigen Herrschers oder auf ein Gebiet wirft, dessen politische und kommerzielle Hilfsquellen ... begehrt werden, wird das Opfer beschuldigt, irgendeinen angenehmen oder wirklichen Vertrag verletzt, ein imaginäres Versprechen gebrochen, eine Einschränkungsbestimmung überschritten oder irgendeinen nicht greifbaren Frevel begangen zu haben. Und dann wird der Krieg erklärt ...“ (MEW 12/117) Marx hatte den englisch-persischen Krieg (1856/57) im Auge. Nicht treffender hätte er die gegenwärtige Politik der USA und ihrer britischen Komplizen in Nahen und Mittleren Osten charakterisieren können. Iran (seit 1935 offizielle Landesbezeichnung für Persien) war in den letzten beiden Jahrhunderten ständig Gegenstand fremder Begierde, v. a. Großbritanniens, Rußlands, Deutschlands, auch der osmanischen Herrscher, und schließlich der USA.

Im Jahre 1901 hatte die persische Regierung dem Engländer d'Arcy die Konzession zur Gewinnung von Erdöl auf fünf Sechsteln ihres Territoriums gewährt. Die Konzession ging 1909 auf die Anglo-Persian Oil Company – seit 1935 Anglo-Iranian Oil Company (AIOC) – über. Die Interessen der mächtigen Erdölkonzerne bestimmten seitdem die Geschicke des ölreichen Landes ganz wesentlich.

Während beider Weltkriege war Iran von Truppen kriegführender Mächte besetzt (britischen, russischen, deutsch-osmanischen bzw. britischen und sowjetischen). Die Antihitlerkoalition zwang 1941 den herrschenden Schah Reza Pahlevi wegen seiner profaschistischen Positionen zur Abdankung zugunsten seines jugendlichen Sohnes Mohammed Reza. (Diesen verjagte das iranische Volk als letzten Schah 1979 vom Pfauenthron.)

Nach dem Abzug der sowjetischen und britischen Truppen aus Iran im Jahre 1946 drängten die USA an die Stelle Großbritanniens als die alles bestimmende westliche Macht im Lande.

Washington inszenierte im August 1953 einen Putsch, stürzte den einzigen im Nahen Osten bis dahin demokratisch gewählten Premierminister Mohammed Mossadegh und brachte den vor dem Volkszorn geflohenen Schah Mohammed Reza Pahlevi wieder auf den Thron. Dieser blieb seitdem in den Augen vieler Iraner eine Marionette Amerikas. Praktisch alle Iraner hatten Mossadegh unterstützt, der bis heute eine ungebrochene Popularität genießt, setzte er doch 1951 die vom Volk geforderte Verstaatlichung der Erdölförderung Irans durch. Nach dem Putsch aufgezwungene Abkommen brachten die verstaatlichte Erdölindustrie erneut in koloniale Abhängigkeit amerikanischer, britischer, niederländischer und französischer Erdölkonzerne. 1955 wurde ein „Verteidigungsabkommen“ zwischen Iran und den USA abgeschlossen, und das Land

trat dem Bagdadpakt bei. (s. RF, Okt. 2002, S. 16)

Das Schah-Regime war über Jahrzehnte ein zuverlässiger Verbündeter der USA. Noch 1977 nannte Carter Iran einen „stabilisierenden Faktor in der Welt“. Die große Mehrheit der Bevölkerung jedoch litt unter Armut, Inflation und Wohnungsmangel. Eine relativ kleine Gruppe bereicherte sich maßlos, u. a. durch unverhüllte Korruption. Immer mehr Amerikaner nahmen einflußreiche Positionen in Verwaltung, Wirtschaft und Armee ein. Ihre Zahl betrug schließlich, die Familienangehörigen inbegriffen, 40 000.

Bürgerliche und kleinbürgerliche Kräfte forderten ein als Demokratie verstandenes größeres Mitspracherecht und gerieten in Konflikt mit dem Schah-Regime, das jedes Aufbegehren brutal unterdrückte. Unzufriedenheit und Widerstand gegen das Regime erstarkten und umfaßten bald außer der Clique um den Schah nahezu die ganze Bevölkerung. Da es keine legale politische Opposition gab, wurde der Islam zur Plattform der oppositionellen Kräfte und einigte sie. Ajatollah Ruhollah al-Musawi al-Chomeini wurde zu ihrem Führer.

Im Januar 1979 wurde der Schah durch die sich eruptiv entfaltende Massenbewegung vertrieben. Iran wurde „Islamische Republik“ und verließ am 11. März 1979 die CENTO. Die Verfassung, die in einem Referendum im Dezember 1979 von der großen Mehrheit der Wähler gebilligt wurde, charakterisiert Iran als islamischen Staat, der den muslimischen Rechtsgelehrten anvertraut ist. In ihr sind die Verteidigung der politischen und ökonomischen Unabhängigkeit des Landes und die Befreiung von imperialistischer Beherrschung festgeschrieben. Deshalb rief die marxistische Tudeh-Partei dazu auf, für sie zu stimmen.

Dem gestürzten Schah gewährten die USA Asyl, und iranische Studenten besetzten die USA-Botschaft in Teheran und nahmen 65 Botschaftsangehörige gefangen. Die USA versuchten, Iran mit Drohungen und Wirtschaftssanktionen einzuschüchtern. So stoppten sie die Ölimporte aus Iran und ließen die Guthaben der iranischen Regierung auf USA-Banken in Höhe von acht Milliarden Dollar sperren. Ein militärisches Kommandounternehmen der Amerikaner im April 1980 zur Befreiung der Geiseln wurde zum Fiasko.

Der im September 1980 begonnene irakisch-iranische Krieg kam den USA gelegen. (s. RF, Okt. 2002, S. 18, u. Febr. 2003, S. 21.) Der Krieg dauerte acht lange Jahre und kostete mehr als eine Million Iraner das Leben.

Die Bilanz nach 24 Jahren islamischer Republik ist widersprüchlich und für die große Mehrheit des Volkes unbefriedigend. Soziale Hoffnungen blieben unerfüllt. Die Reformen, für die Präsident Mohammed Chatami schon zweimal mit großer Mehrheit in demokratischen Wahlen gewählt wurde, bleiben aus. Die wie unter dem Schah verbotene und verfolgte Tudeh-Par-

tei kritisiert: „Chatami hat zu keiner Zeit ein akzeptables Programm zur Durchsetzung der Interessen der Werktätigen vorgelegt.“ Die Bevölkerung wächst schnell. Bei einer Fläche von 1 648 000 km² hat Iran eine Bevölkerung von fast 70 Millionen (im Vergleich dazu Irak: 434 900 km², 23 Millionen). Zur Zeit der islamischen Revolution 1979 waren es noch 36 Millionen. Zwei Drittel der Iraner sind nach 1979 geboren, kennen nur die islamische Republik. Zwei Millionen immatrikulierte Studenten haben kaum Chancen auf Arbeit in Iran. 35 Prozent der Erwerbsfähigen – gezählt nur die männlichen – sind arbeitslos. Das Mullah-System hat offensichtlich bei den meisten Iranern jeden Kredit verspielt.

Sie haben die Gängelungen und die politische und geistige Unterdrückung durch die geistliche Führung satt. Armut und wirtschaftliche Ausweglosigkeit nähren den wachsenden Willen zum Widerstand gegen die Mullah-Herrschaft. Zunächst protestieren die Studenten mit Aktionen, die an Unterstützung gewinnen. Und das Regime wehrt sich heftig.

Die USA lassen ihrerseits nichts unversucht, den Widerstand gegen die iranische Führung anzuheizen. US-Truppen stehen nach den Kriegen in Afghanistan und Irak direkt an Irans östlicher und westlicher Grenze sowie in fast allen Nachbarländern. Der unverziehbare Verlust der einstigen Positionen sowie die Unbotmäßigkeit des Regimes gegenüber den imperialistischen Begierden macht das Land für Bush zum „Sündenbock“. Insofern ist Außenminister Kamal Charrasi zuzustimmen, wenn er erklärt: „Die ganze Politik der USA zielt darauf ab, daß wir der Sündenbock sein sollen“. In Washingtons Visier befindet sich ein „Schurkenstaat“, der „nach Atomwaffen strebt und den internationalen Terrorismus unterstützt“. Darüber, wie nah Iran am Besitz der Atombombe ist, streiten sich IAEA-Experten.

Davor, die Mullahs mit militärischer Gewalt zu stürzen, schreckt Bush wohl zurück. Die Iraner sollen den „Regimewechsel“ selbst herbeiführen. Das Pentagon setzt dafür auf zwei Verbündete, die für vieles stehen, nur nicht für Demokratisierung: Reza Pahlevi, Sohn des gestürzten Schahs im US-Exil, sowie die „Volksmudschaheddin“, obwohl diese seit Jahren auf der „Terrorliste“ des State Department stehen. Ihnen sind mehr als 50 Mio. Dollar für Umsturzkaktivitäten in Iran zugeordnet. US-betriebene „iranische“ Satellitenfernsehsender lassen regelmäßig den Schah-Sohn zum Widerstand aufrufen und fordern die Iraner auf, sich den Studentenaktionen anzuschließen. Sicher gibt es Iraner, die mit den USA wie früher paktieren wollen. Mehrheitlich wollen sie sich selbst befreien, wie die Iraker sich von Saddams Regime befreit hätten, woran sie aber gehindert wurden. Und wie die Iraker wollen sie weder amerikanische Besatzer noch ein proamerikanisches Regime.

Bernd Fischer

Wie Österreichs Schutzbundkinder in der Sowjetunion Aufnahme fanden

Karl-Liebke-Schüler

August 1934: Empfang auf Moskaus Belorussischem Bahnhof. Fahnen wehen, Willkommensworte in russisch und deutsch auf rotem Tuch. Eine Kapelle spielt, Delegationen stehen erwartungsvoll zur Begrüßung bereit.

Diejenigen, denen der „Große Bahnhof“ bereitet wird, sind weder hochrangige Parteifunktionäre noch Minister oder prominente Staatsgäste. Man erwartet Kinder, die emigrieren mußten.

Über ihren Weg berichtet ein Buch mit dem Titel „Gelebte Solidarität. Österreichische Schutzbundkinder in der Sowjetunion“.

Was diese Mädchen und Jungen seinerzeit dazu zwang, ihre Heimat zu verlassen, was zum Wendepunkt auf ihrem Lebensweg wurde, nimmt in heutigen Geschichtsbüchern kaum mehr Raum ein denn eine Episode aus den Kämpfen des 20. Jahrhunderts. Doch die Annalen der revolutionären Arbeiterbewegung bewahren die Erinnerung an das, was im Februar 1934 in Österreich geschah, als ein Beispiel antifaschistischer Heldentum.

Damals hatten sich infolge der Weltwirtschaftskrise auch in der Alpenrepublik die sozialen Gegensätze enorm zugespitzt. Massenarbeitslosigkeit grassierte. Es herrschte große Not. Dem wachsenden Unmut des Volkes begegnete das klerikale Dollfuß-Regime mit Methoden, die denen der Hitlerfaschisten glichen. So wurden u. a. verfassungswidrige Notverordnungen erlassen, das Parlament ausgeschal-

tet, die Kommunistische Partei und die Sozialdemokratische Wehrformation Republikanischer Schutzbund verboten. Eine Protestdemonstration unbewaffneter Arbeiter gegen den Mord an einem Kriegsinvaliden und einem Kind durch die reaktionäre Frontkämpfervereinigung wurde von der Polizei angegriffen. Es gab Todesopfer.

Schließlich erhoben sich die bewußtesten Teile der österreichischen Arbeiterschaft gegen die zunehmende Faschisierung ihres Landes. Es kam zu Generalstreik und bewaffnetem Widerstand. Durch den rigorosen Einsatz von Bundeswehr und Heimwehr gelang es der Dollfuß-Regierung, den Widerstand der Barrikadenkämpfer zu brechen. Unter ihnen zählte man etwa 200 Gefallene und Hunderte Verwundete. Mit Todesurteilen, standrechtlichen Erschießungen, Massenverhaftungen und brutaler Verfolgung rächten sich die Herrschenden an den Schutzbundkämpfern, in deren Reihen nun auch viele Kommunisten gestanden hatten. Tausende mußten emigrieren. Etliche Familien wurden dadurch ihres Ernährers beraubt. Die Internationale Rote Hilfe und ihre illegal arbeitende österreichische Sektion leisteten ihnen solidarischen Beistand. Kindern hingerichteter, verletzter oder inhaftierter Februarkämpfer wurde in der Sowjetunion Zuflucht geboten. 120 von ihnen gingen insgeheim über die Grenze in die Tschechoslowakei. Von dort begann dann ihre

Reise in die neue „Heimat auf Zeit“, die vielen eine fürs ganze Leben wurde: die Sowjetunion.

Über ihr Heimischwerden gibt „Gelebte Solidarität“ auf einfache, schnörkellose Weise Auskunft. Das schlichte 150-Seiten-Buch ist im besten Sinne des Wortes Dokumentation: ein Tatsachenbericht, frei von hohlem Pathos, fern jeder Schönfärberei. Gerade deshalb läßt es die Leser jenes Gefühl menschlicher Wärme empfinden, wie sie proletarische Solidarität erzeugt. Ihren Alltag im eigens für sie eingerichteten Kinderheim Nr. 6 in Moskau wie in einem ähnlichen in Iwanowo und das Lernen in der hauptstädtischen Karl-Liebke-Schule schildern damalige Schutzbundkinder aus eigenem Erleben. Die umfassende schulische Bildung und vielfältige Möglichkeiten interessanter Freizeitgestaltung werden von ihnen ebenso beschrieben wie Schwierigkeiten, die u. a. mit der Umstellung auf andere Lebens- und Essgewohnheiten verbunden waren. Sie erinnern sich an unbeschwerte Ferienwochen in Pioniererholungslagern am Schwarzen Meer. Dankbar berichten sie darüber, wie ihnen – den Kinderschuhen entwachsen – die Ausbildung zu qualifizierten Facharbeitern oder das Studium an Hochschulen und Universitäten ermöglicht wurde.

Der Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion brachte auch für sie einen schmerzhaften Einschnitt in das Leben. Mit ihren Gastgebern teilten sie die Nöte des Krieges. Zahlreiche von ihnen traten freiwillig in die Rote Armee oder die Volkswehr ein, andere kämpften als Partisanen oder Kundschafter hinter den feindlichen Linien gegen die Aggressoren. Um so tragischer für sie, erleben zu müssen, daß die Repressionen jener Periode auch aus ihren Reihen Opfer forderten – ehrliche Menschen, die bereits meist die sowjetische Staatsbürgerschaft erhalten hatten. Das Buch verschweigt dieses düstere Kapitel nicht, setzt es in Bezug zur damals komplizierten Situation des Sowjetlandes, ohne damit jedoch die Geschehnisse zu rechtfertigen.

Es ist vor allem die zweifelsfreie Ehrlichkeit, die diesem Bericht das Vertrauen des Lesers sichert. Von der Autorin sorgfältig recherchiert, dank der Zeugenschaft ehemaliger Schutzbundkinder von hoher Authentizität sowie reichhaltig mit Dokumenten und Originalfotos versehen, ist die bescheidene Publikation ein bemerkenswertes zeitgeschichtliches Dokument. Es kündigt von der Kraft internationaler Solidarität ebenso, wie es antikommunistische Lügen widerlegen hilft.

Wolfgang Clausner

Charlotte Rombach: *Gelebte Solidarität. Schutzbundkinder in der Sowjetunion. Sonderband 4 der Reihe Quellen & Studien der Alfred-Klahr-Gesellschaft, Wien 2003, ISBN 3-9501204-4-0*



Rußlands neue Absolventenmedaille: Suche Arbeit! Aus: „Sowjetskaja Rossija“

Wie Putin das rote Banner der russischen Armee abschaffte

Die neue Plüschfahne

Das rote Banner hat zum ersten Mal am 14. April 1918 die Welt erleuchtet. Damals wurde es als offizielle Standarte Sowjetrußlands und seiner Streitkräfte bestätigt. Aus der Geschichte wissen wir: Die rote Fahne war das Symbol des heroischen Kampfes des Sowjetvolkes. Hammer und Sichel bedeuteten den unerschütterlichen Bund der Arbeiterklasse und der Kolchosbauernschaft. Der rote fünfzackige Stern symbolisierte den künftigen Triumph der Ideen des Kommunismus auf allen fünf Kontinenten des Erdballs.

Die Staatsflagge der UdSSR war zugleich auch die Fahne ihrer Streitkräfte – erst der Roten, dann der Sowjetarmee. Sie wehte an den Fronten des Großen Vaterländischen Krieges. Am 9. Mai 2003 – dem Tag des Sieges – marschierten russische Soldaten zum letzten Mal unter diesem dem Herzen jedes Sowjetmenschen teuren Standarten. Anfang Juni beschloß die Staatsduma, genauer gesagt ihr Pro-Kreml-Flügel, im „Feuerwehrtempo“ (drei Lesungen an zwei Tagen!) eine „Korrektur“ am Gesetz „Über das Banner der Streitkräfte der Russischen Föderation“. Dieses war vor gar nicht langer Zeit – erst im Herbst 2000 – auf Initiative des Präsidenten angenommen worden. Es hatte die neue Hymne, das Wappen Rußlands und die Flaggen bestätigt: die bourgeoise Trikolore für das Land, die rote Fahne ohne Hammer und Sichel für die Armee.

Offenbar hat sich irgend jemand mächtig darüber aufgeregt, daß man zwar das Wappen der UdSSR aufgab, die rote Sowjetflagge aber nicht. So forderte man vom

Staatsoberhaupt eine Änderung. Putin erfüllte gehorsam diesen Wunsch, nachdem er uns damals, im Jahr 2000, versichert hatte, er wolle das für alle Menschen heilige Banner erhalten, das im Mai 1945 über dem eroberten Reichstag wehte.

Wladimir Putin schlug der Staatsduma die Bestätigung einer neuen Fahne vor. Wie eine Münze besitzt sie zwei Seiten. Auf der Vorderseite, so heißt es im dazu erlassenen Gesetz, befindet sich der goldene zweiköpfige Adler, der die gespannten Flügel nach oben hebt. Der Adler wird von zwei kleinen Kronen überragt, und darüber von einer großen Krone, alles vereinigt durch Bänder. In der rechten Krallen des Adlers liegt das Zepter, in der linken der Reichsapfel. Auf der Brust des Adlers sieht man in einem roten Schild einen silbernen Reiter in grauem Umhang auf silbernen Pferd, der mit silberner Lanze einen schwarzen Drachen ersticht, der rücklings niedergeworfen ist und vom Pferd getreten wird. In den Ecken des Fahnentuches erblickt man die goldfarbene Kontur eines fünfstrahligen Sterns. Am Saum befinden sich geflochtene Ornamente.

Auf der Rückseite des Fahnentuches, so heißt es weiter im Gesetz, steht im Zentrum das heraldische Abzeichen, Emblem der Streitkräfte der Russischen Föderation: der goldene zweiköpfige Adler mit ausgestreckten Schwingen. In der rechten Krallen das Schwert, in der linken der Lorbeerkranz. Auf der Brust des Adlers leuchtet ein Schild, umkränzt von einer Krone. Auf dem Schild wiederum ein Reiter, der einen Drachen tötet. In den Ecken

des Fahnentuches abermals der goldene Stern. Erneut Ornamente im Saum. Sie sind durchbrochen von den Inschriften „Vaterland“ und „Pflicht und Ehre“. Das Ganze in altslawischer Schrift.

Die amtlichen Heraldisten haben offensichtlich des Guten zuviel getan, als sie die Fahne mit Symbolen, Metaphern und verschnörkelten Ornamenten überhäufte. Der Deputierte Nikolaj Ryshkow meinte: „Es fehlen bloß noch Rüschen.“ Man habe das Banner mit so vielen Bildern überladen, das selbst der geschulteste Mensch nicht verstehe, was das sein solle, empörte sich der kommunistische Deputierte Anatol Tschechojew. „Aber wissen Sie auch, daß diese Variante der Armeefahne schon von einem Plüschstuch umgeben war?“, spottete Sergej Reschulskij, Koordinator der Fraktion der KPRF. Der Parlamentarier Iwan Nikitschuk bemerkte: „Gewöhnlich wechselt eine Armee selbst das Banner oder man wechselt es ihr, wenn sie eine Niederlage erlitten hat ...“

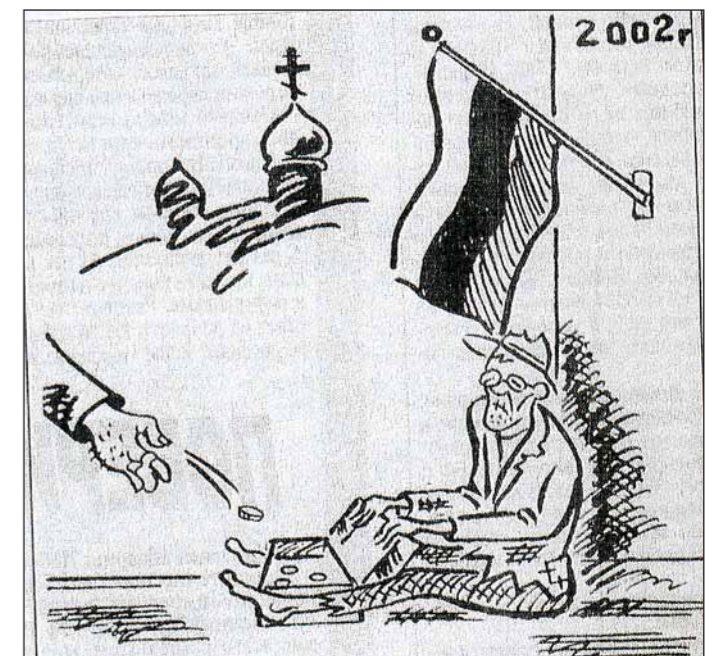
Doch die dem Kreml gehorsame Deputiertenmehrheit nahm die Stimme der Vernunft nicht wahr. Für das „Kitschtuch“ stimmten 284 Abgeordnete. Die Fraktion der KPRF sprach sich einstimmig gegen einen derartigen Verrat aus. Sie wies die Abrechnung mit dem legendären roten Banner zurück, das vom Blut der 27 Millionen an den Fronten des Großen Vaterländischen Krieges Gefallenen getränkt ist.

Aus: „Prawda“ vom 11. bis 16. Juni 2003
Übersetzung: Eberhard Bock

Die „Befreiung“ vom Kommunismus und ihre Folgen



Ein „Demokrat“ sagte mir: Entledige dich der Kommunisten, und du wirst ein Gentleman. Ich half ihm, die Kommunisten loszuwerden. Jetzt bin ich ein Gentleman, aber ohne Strümpfe.



Aus: „Sowjetskaja Rossija“

Fundgrube bei Karl Mundstock

Der Schriftsteller Karl Mundstock, fast 90jährig, hat sich wieder zu Wort gemeldet. Wer sein neuestes Taschenbüchlein „Raus aus dem Dilemma“ liest, steht im Bann eines fast manifestartigen Gedankenkonstrukts. Wo gibt es schon heutzutage eine so präzise, auf den Punkt gebrachte analytische Betrachtung der aktuellen Welt-situation? Ihm ist unbedingt zu folgen, wenn er die Verursacher allen Übels beim Namen nennt, sie erbarmungslos geißelt und zugleich das wärmste Mitgefühl mit jenen zeigt, die ihnen (ohnmächtig noch) ausgeliefert sind. Karl Mundstock entlarvt die Lügen, das Heucheln der herrschenden Kreise, ihre absichtsvolle Desorientierung der Massen. Mit äußerstem Sarkasmus attackiert er das mit der Gesundheit, mit dem Leben und selbst mit dem Tod der Menschen spielende Kapital und seine Handlanger. Dem stellt der Autor die Er-rungenschaften in der DDR gegenüber, ohne ihre Schwächen, Fehler und Defizite zu verschweigen. Er findet deutliche Worte, ohne Schnörkel, ohne Beschönigung, aber auch ohne preiszugeben, was nicht preisgegeben werden darf: Mit der DDR hat uns

die deutsche Arbeiterbewegung 40 Jahre lang das vom Halse gehalten, was uns jetzt wieder am Halse hängt und uns zu erwürgen droht – das deutsche Kapital. Deshalb war die Existenz dieses Staates die bisher größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung!

So entsteht das Bild DDR vor unseren Augen, wie wir sie selbst kannten, und fast mit Verwunderung stellt man fest, wie viele der heute so dringend gesuchten Antworten schon in der Geschichte liegen. Die Einbindung historischer und vieler persönlicher Erfahrungen in die literarische Verarbeitung aktueller gesellschaftlicher Prozesse gehört für mich zum wertvollsten Gewinn beim Lesen des Büchleins. Man muß es wohl mehrfach zur Hand nehmen, um seine vielschichtigen Facetten zu erschließen. Zugegeben: Es gehört eine gehörige Portion Konzentration dazu, den tiefen Sinn jedes Satzes aufzunehmen, denn die Sprache Karl Mundstocks ist nicht nur zupackend, drastisch mitunter, sie zeugt auch von der Fähigkeit, auf wenigen Seiten viel zu sagen.

Wenn Archie von der DDR träumt

Immer öfter träumte Archie in den verschiedensten Variationen von einem Arbeitstag in der DDR. Er brachte die Kinder in den Kindergarten, der im Grenzgebiet lag, um die Ecke in Treptow. Die letzten einhundert Meter mußten sie allein gehen. Er wartete, bis sie in der einstigen Herrenvilla verschwunden waren. Dann eilte er zum Trabbi, der wieder einmal nicht anspringen wollte. Verdammte, die Batterie! Er raste zum Bus. Einen Fahrschein besaß er nicht. Den Kiosk am Park aber, wo man zuvor die Billets kaufen konnte, hatte man wegrationalisiert. Überall fehlte es an Arbeitskräften. Der Busfahrer sagte zu ihm: „Mann, ich habe auch keinen Fahrschein, treten Sie durch, machen Sie hinne, kaufen Sie das nächste Mal zwee ...“ Das nahm er sich vor: 40 Pfennige für zwei Fahrscheine.

Am Bahnhof Schöneeweide konnte er für eine halbe Mark das „Sputnik“-Ticket lösen. Der Doppelstöckler fuhr um West-berlin herum nach Potsdam. In Bergholz/Rehbrücke mußte Archie in den Zug nach Drewitz umsteigen, wo ihm noch fünf Minuten Fußweg zum Spielfilmstudio Babelsberg – seiner Arbeitsstätte – blieben. Auf der Rückfahrt, wenn der Zug gelegentlich Verspätung hatte, wartete man in Bergholz eine Stunde oder ging im Herbst in die Pilze.

Im Studio angekommen, begab sich Archie zu seiner Arbeitsgruppe, diktierte der Sekretärin, wenn sie Zeit hatte, Briefe an Autoren, Regisseure und Theater, sichtete die Post und eilte dann zur Vorführung in den Raum, wo man die neuesten Muster des Films zeigte, der gerade in Arbeit war. Hinterher wurde begutachtet, gelobt, kritisiert, gewürdigt, bemängelt, beauf-

lagt. Schultern wurden geklopft, Hände geschüttelt und dann ging's in die Kantine, wo jeder seine Mahlzeit zu sich nahm. Vom Pfortner bis zum Generaldirektor. Preisklasse: 60 Pfennige bis 2,50 Mark. Archie entschied sich für das Billigste, frische Blutwurst mit Sauerkraut und Kartoffeln, nicht weil das am wenigsten kostete, sondern weil er es gerne aß. Danach nahm er noch einen Mokka in der Kaffeestube. Das machte weitere 50 Pfennige. Allerdings trank er nicht so gerne türkisch.

Anschließend tief Luft geholt, denn schon stand die nächste Sitzung an, wo ein Exposé, Szenarium oder Treatment diskutiert wurde. Manchmal ging es dort hoch her, auch politisch-ideologisch. Jedenfalls schien es so. Es gab 30 Dramaturgen im Studio und 30 Regisseure, aber im Schnitt wurden pro Jahr nur 15 Filme gedreht. Also galt es auch, Konkurrenten auszuschalten oder anderen in die Suppe zu spucken. Bei besonders kuriosen Entscheidungen pflegte Archie seinen Standardsatz anzubringen: „Im übrigen bin ich der Meinung, daß wir gar keinen Klassenfeind brauchen. Wir gehen an unserer eigenen Dämlichkeit zugrunde.“ Oder: „Wenn Kunst nur Waffe und nichts sonst wäre, machte sie niemandem mehr Spaß.“ Die Kollegen hatten sich schon daran gewöhnt, aber Besucher irritierte das manchmal.

War nun das Szenarium oder Drehbuch abgeschmettert oder durchgebracht worden, natürlich vorwiegend in Abhängigkeit von der Qualität, gab es noch diese oder jene zusätzliche Beratung. In Archies Träumen handelte es sich meist um die Gewerkschaftssitzung, die er als Obmann zu leiten hatte. Ja, eine Funktion mußte er als Nichtgenosse schon haben. Partei-

Der Spotless-Verlag, der den Mundstock-Aufsatz als 151. Publikation seiner Reihe veröffentlichte, vermutet im Begleittext, daß die Zerrissenheit unter den Linken in Deutschland den Autor bewegt haben könnte, seine Lebenserfahrungen – gerichtet an die PDS – aufzuschreiben. Und so beginnt Karl Mundstock auch seine Überlegungen: „Eine Klärung mit dem Ziel einer verbindlichen Übereinstimmung in den Grundsätzen und im Handeln wäre aber gerade jetzt unaufschiebbar, angesichts der von innen und außen ... drohenden Gefahren.“ So ähnlich klang es auch aus dem Munde des auf dem Sonderparteitag gewählten alten neuen Vorsitzenden der PDS, Lothar Bisky, als er sagte, die Partei müsse nun wieder „zurück in die Politik“. Die Absichten der neuen PDS-Spitze und das Wollen des Autors sind jedoch ganz sicher nicht identisch. Sein Appell dürfte wohl ungehört verhallen. Aber alle, die verstanden haben, daß das Bewegungsgesetz der menschlichen Gesellschaft der Klassenkampf ist, werden bei ihrer Suche auf eine Antwort nach der Frage „Wie raus aus dem Dilemma?“ bei Karl Mundstock eine Fundgrube für Wissensbereicherung, neue Erkenntnisse und Handlungsanleitung entdecken. **Bruni Steiniger**

los klang immer ein bißchen blöd. Recht seltsam war es zum Beispiel, wenn eine Parteiversammlung anberaumt war und er als Nichtgenosse vor die Tür geschickt wurde, um anschließend in der Gewerkschaftssitzung das große Wort führen zu müssen. Tja, so war das.

Diesmal ging es um den Krankenbesuch bei einer Kollegin, um Blumen und ein Geschenk. Wer sollte die Visite machen? Natürlich jemand, der selbst aus der Gegend stammte, in der sie zu Hause war, wurde entschieden. Dann behandelte man die schlechten Wohnverhältnisse eines Mitarbeiters. Wer kümmerte sich? Also Archie! Und schließlich mußte die Frauentagsfeier organisiert werden. Was war noch in der Gewerkschaftskasse, würde das für Blumen, Kaffee, Kuchen, Wein und Aufschnittplatten reichen? Wo kam die Musik her? An dieser Stelle wachte Archie schweißgebadet auf, doch manchmal träumte er einfach weiter, weil er den Ausgang der Geschichte wissen wollte.

Immer seltener tauchten vor seinem geistigen Auge die festlichen Premieren im Kino „International“ in der Berliner Karl-Marx-Allee auf, wo er früher oft mit vielen anderen Beteiligten im Anschluß an die Vorführung ausgelassen gefeiert hatte. So etwas gab es seit 1990 nicht mehr. In jenem Jahr hatte man Archie mit einem gewaltigen Fußtritt aus der Filmfirma, die seine Freude und bisweilen auch sein Ärger gewesen war, in die deutsche Einheit und die unendliche Freiheit befördert.

Was kann man dagegen tun, fragte er sich manchmal des nachts und kam zu dem Ergebnis: Vielleicht ist es gut, daß man wenigstens diese Träume noch in sich bewahrt und den Jüngeren davon erzählt.

Manfred Hocke

Lebensbilanz eines alten Bergmannes aus dem Ruhrpott

Zeit zum Nachdenken

Der alte Dietrich sitzt auf der Gartenbank. Fast dreißig Jahre hat er jetzt auf dem Buckel, da tun ein paar Sonnenstrahlen am Vormittag ganz gut. Bei schönem Wetter und Vogelgezwitscher kann er seine Zipperlein leichter ertragen. Da fallen ihm nicht schon nach dem Frühstück wieder die Augen zu, weil er nachts selten durchschlafen kann. Pillen läßt er sich schon lange nicht mehr verschreiben. Doch er hält seine Augen trotzdem geschlossen, so sieht er die Bilder von früher deutlicher. Ob er will oder nicht, seine Gedanken schweifen in letzter Zeit immer wieder zurück, quasi nach hinten. So auch heute. Kinderheim und Deutsches Jungvolk hakt er schnell ab; er erinnert sich nicht gern an die geschlechtslosen Betschwestern und auch nicht an sich selbst als verführten jungen Hurraschreier. Dann schon lieber an seinen Pfleger, den Presbyterianer und Fördermaschinen-Ede Dombrowski, der ihn kurzerhand für die Maloche auf Zeche „Fröhliche Morgensonne“ angemeldet hatte. Berglehrling war in jener Zeit nicht das Schlimmste. Das beste Datum aber war der 20. Juni 1948. Die Währungsreform blieb unvergänglich. Es gab wieder was! Saftige Lohnerhöhungen wurden damals schon gewährt, wenn die IG Bergbau das Wort Streik nur flüsterte. Die Kommunisten im Betriebsrat pusteten sich später auf: „Weil die DDR als dritter

Verhandlungspartner mit am Tisch sitzt.“ Die wurden dann verboten, manche sogar eingesperrt. Aber das waren alles echte Kumpel und nicht die schlechtesten. Mit uns anderen ging es aber aufwärts. Allerdings bin ich zu Führerschein und einem VW nie gekommen, bin doch bis heute ein armer Schlucker geblieben. Und wenn man genauer überlegt, war doch nicht alles das Gelbe vom Ei.

Der alte Dietrich legt das Kinn auf die ver-schränkten Hände auf dem Krückstock. Jetzt sind seine Augen offen, sein Blick geht geradeaus; vor ihm den rosagesprenkelten Rhododendron vom Nachbarn sieht er trotzdem nicht.

Da waren seine Unfälle im Loch; auf An-hieb kann er nur das Datum vom ersten sagen, die nächsten hat er sich zeitlich nicht eingepägt. Doch wann der Deckel auf seinen Pütt kam, das weiß er noch genau. Der Krückstock fällt zu Boden, der alte Dietrich reibt sich mit den Knöcheln seiner Zeigefinger die Augen.

Viele Püttleute hatten Glück, kamen bei Opel in Bochum unter, wo der erste Kadett vom Band laufen sollte. Hauer Dietrich hatte vorher einen Unfall in Flöz Finefrau; ein Kessel brach aus dem Hangenden, sein Schienbein brach auch. Außerdem stellte man eine beginnende Silikose ohne Nebenerscheinungen im Bergmannsheil fest. „Schwindsucht mußte man zusätz-

lich haben und Blut spucken, um ein paar Groschen Rente einzusacken.“

Wegen Spätfolgen diverser Quetschungen und Wirbelbrüche riet sein Knappschafts-arzt zum Rentenanspruch und leitete selbst den Schriftkram in die Wege. Die Klage vor dem Sozialgericht war kostenlos. Wurde auch kostenlos abgeschmettert! Der Gutachter der Berufsgenossenschaft hatte schon vier Fachbücher verfaßt. „Altersbedingt und schicksalhaft“ stand dreißigmal auf dreißig Seiten. Er hätte Widerspruch einlegen können mit einem Gutachter, der mindestens ein Buch mehr geschrieben hatte. Da fehlte ihm natürlich das Moos zu, denn nur die Gerichtsverhandlung, nicht der Gutachter, war kostenlos. „Beim Stingl in Nürnberg konnte ich betteln gehen. Wär ich bloß gesund geblieben, dann ...“

Der Nachdenkliche auf der Gartenbank winkt ab. Aber arbeiten mußte ich doch nachher immer noch, damit wir über die Runden kamen. Eine gepfefferte Sperrzeit haben sie mir verpaßt. Er winkt wieder ab und starrt vor sich hin. Wenn mich jemand noch mal angeschwärtzt hätte, wäre die Stütze futsch gewesen.

Er wollte arbeiten, aber sie ließen ihn nicht. Die Presse schmierte damals wie heute: „Faule Sozialschmarotzer.“ Und die diätensatten Politiker stimmten mit ein. „Sozialneid.“ Von allen vergessen rutschte er dann in die Altersrente, war noch froh dabei. Bei Divi nahmen sie ihn als Wagen-schieber. Er schämte sich, wenn er einen Kumpel von früher traf, der nach dem Pütt bei Opel gut verdient und so etwas nicht nötig hatte.

Der alte Dietrich sieht zwei tanzenden Kohlweißlingen zu. „Schmetterlinge gibt es auch kaum noch“, murmelt er, „alles machen sie kaputt.“ Das beste, was mir im Leben passiert ist, war und ist meine Jule, denkt er. Einen Jungen wollte ich zuerst immer haben. Gut, daß es die Erika geworden ist – die ist jetzt verheiratet und hat einen Mann, der wenigstens in Lohn und Brot steht. Nur einen Enkel, den muß ich mir von der Backe putzen. Seit dem Mauerfall machen die da oben mit uns endgültig, was sie wollen.

„Alter, komm rauf, Linsensuppe dampft!“, ruft Jule da aus dem Mansardenfenster. Mensch, habe ich mit der Frau ein Glück, denkt Albert Dietrich.

Als er vor seinem Teller sitzt und gedankenlos löffelt, sagt Jule: „Die von der Regierung meinen, alle müssen jetzt richtig anpacken, weil unsere Jugend und die kommenden Generationen ...“

„Schön war die Juhugend, es kommt nichts mehr“, kichert Albert Dietrich, lehnt sich zurück und schmatzt.

„In deinem Alter sollte man an anderes denken, du alter Bock.“

„Julchen, wir denken doch schon lange nicht mehr. Schöpp noch mal opp!“

Hans-Dieter Hesse, Recklinghausen

Am 11. August 2003

begeht die bedeutende marxistische Religions-Historikerin und Publizistin

Professor Dr.

Rosemarie Müller-Streisand
ihren 80. Geburtstag.

Ihr Name ist eng mit den uns befreundeten „Weißenseer Blättern“ verbunden.

Der RF entbietet der streitbaren Kommunistin seinen achtungsvollen Gruß.

Aus: „The Guardian“, Sydney



Der „RotFuchs“ fühlt sich seinen Jubilaren eng verbunden. Diesmal geht unser herzlicher Geburtstagsgruß an

Kurt Krahl aus Leipzig,
der am 18. August sein 80. Lebensjahr vollendet

Am 9. August wird
Werner Held aus Neubrandenburg 75

und am 29. August feiert
Marianne Fernholz in Koblenz ihren 60. Geburtstag.

Laßt es Euch gutgehen!



¡Presente!

■ Wie erst vor kurzem bekannt wurde, ist am 24. April der Journalist, Redakteur, Lektor und Autor **Heinz Brüdigam** verstorben. Der am 31. Juli 1929 Geborene hat sich vor allem einen Namen gemacht durch die Veröffentlichung (bzw. Mitherausgabe) von antifaschistischen Büchern, die in Westdeutschland zu Standardwerken wurden und z. T. in mehreren Auflagen erschienen sind. Im folgenden sollen zur Erinnerung an Brüdigam und seine jahrzehntelange antifaschistische und antimilitaristische Arbeit nur einige der wichtigsten Werke (alle Röderberg-Vlg., Frankfurt/Main) genannt werden; das eine oder andere läßt sich noch antiquarisch beschaffen – der „RotFuchs“-Bücherdienst (Telefon 030/3918424) ist ggf. gerne behilflich:

– *Wahrheit und Fälschung.* Das Dritte Reich und seine Gegner in der Literatur seit 1945. Versuch eines kritischen Überblicks. 1959, 94 S.

– *Der Schoß ist fruchtbar noch ...* Neonazistische, militaristische, nationalistische Literatur und Publizistik der Bundesrepublik. 1964, 216 S. (Bereits 1965 in einer überarbeiteten, stark erweiterten 2. Auflage mit 344 S. erschienen.)

– P. Altmann, H. Brüdigam, B. Mausbach-Bromberger, M. Oppenheimer: *Der deutsche antifaschistische Widerstand 1933 bis 1945 in Bildern und Dokumenten.* 1975, Großformat, 336 S.

– *Das Jahr 1933.* Terrorismus an der Macht. Eine Dokumentation über die Errichtung der faschistischen Diktatur. 1978, 136 S. (1983 in veränderter Form unter dem Titel „Faschismus an der Macht. Berichte, Bilder, Dokumente über das Jahr 1933“, 280 S., im Auftrag des Präsidiums der VVN neu herausgegeben.)

– P. Altmann, H. Brüdigam, M. Oppenheimer: *Das Jahr 1945.* Wege in die Freiheit: Erlebnisse und Ereignisse. Mit Dokumenten und einer Chronik. 1980, 208 S.

■ Vor 10 Jahren, am 1. September 1993, starb der Bildhauer und Grafiker **Fritz Cremer.** Am 22. Oktober 1906 in Arnsberg/Ruhr geboren. 1922–1925 Lehre bei einem Steinbildhauer in Essen. 1925–1929 Steinmetzgeselle. Abendkurse an der Folkwang-Schule. 1929 Studium an der Vereinigten Staatsschule für freie und angewandte Kunst in Berlin. Beitritt zur KPD. 1930 Mitgründer des Roten Studentenbunds an der Hochschule. 1931–1934 Stipendium der Stadt Essen. 1934–1938 Meisterschüler. 1938 Meisteratelier an der Preußischen Akademie der Künste in Berlin. 1939 Studien in Italien. 1946 Leiter der Bildhauerabteilung an der Akademie

für angewandte Kunst in Wien. 1947 Denkmal für die Opfer des Faschismus in Wien. 1950 Mitglied der Akademie der Künste der DDR. Übersiedlung nach Potsdam und später nach Berlin. 1952–1958 Arbeit am Buchenwald-Denkmal. 1959–1960 Mahnmal für das KZ Ravensbrück. 1961–1965 Denkmal für das KZ Mauthausen. 1966 bis 1968 Denkmal für die Spanienkämpfer in Berlin-Friedrichshain. 1968–1972 Galilei-Denkmal für Karl-Marx-Stadt. Zahlreiche Grafiken und Buchillustrationen (u. a. zu Bruno Apitz' „Nackt unter Wölfen“). 1974 Karl-Marx-Orden, 1974 bis 1983 Vizepräsident der Akademie der Künste der DDR.

Am Rande bemerkt

■ In Ergänzung zu Inge Lammels Beitrag „Das Arbeiterlied“ im letzten „RotFuchs“ (S. 27) sei hingewiesen auf ein Reclam-Taschenbuch mit demselben Titel, das 1970 erschien und weite Verbreitung fand.



Erst 2002 erschienen und noch lieferbar ist Inge Lammels „Arbeiterlied – Arbeitergesang. Hundert Jahre Arbeitermusikultur in Deutschland. Aufsätze und Vorträge aus 40 Jahren“, Verlag Hentrich & Hentrich, 320 S. mit zahlr. Abbildungen sowie Notenbeispielen, 24 €.

Literaturhinweise zum Thema 11. September . . .

– Nafeez M. Ahmed: *Geheimsache 09/11.* Riemann-Verlag, 500 S., 24 €

– Mathias Bröckers: *Verschwörungen, Verschwörungstheorien und die Geheimnisse des 11.9.*, Verlag 2001, 12,75 €

– Mathias Bröckers: *Fakten, Fälschungen und die unterdrückten Beweise des 11. 9.*, Verlag 2001, 14,90 €

– Christian Guthart: *11. September.* Ein Untersuchungsbericht. SKD-Bavaria-Verlag, 210 S., 20 €

– Norman Mailer: *Heiliger Krieg – Amerikas Kreuzzug.* Rowohlt-Verlag, 122 S., 12,90 €

– Thierry Meyssan: *11. September. Der inszenierte Terrorismus.* Auftakt zum Weltenbrand? Edition de facto, 238 S., 18 €

– Scott Ritter: *Krieg gegen den Irak.* Was die Bush-Regierung verschweigt. Kiepenheuer & Witsch, 106 S., 6,90 €

– Hans von Sponeck, Andreas Zumach: *Irak. Chronik eines gewollten Krieges.* Kiepenheuer & Witsch, 232 S., 7,90 €

– Gore Vidal: *Bocksgesang.* Antworten auf Fragen vor und nach dem 11. September. Europäische Verlagsanstalt, 120 S., 13 €

– Gore Vidal: *Ewiger Krieg für ewigen Frieden.* Wie Amerika den Haß erntet, den es gesät hat. Europäische Verlagsanstalt, 132 S., 13,50 €

– Corvalan/Huhn: *Der andere 11. September [Chile 1973].* Spotless, 256 S., 10 €

„RotFuchs“-Werbematerial

Ab sofort sind beim „RotFuchs“-Vertrieb (030/6545634) außer dem schon bekannten Kugelschreiber (nur noch wenige Exemplare lieferbar) mehrere Werbematerialien mit unserem Originalschriftzug gegen eine Spende erhältlich. Wir können – auch in größeren Mengen, für Veranstaltungen usw. – liefern:

– *Haftnotizzettel* (damit künftig kein wichtiger Gedanke mehr verlorengeht)

– *Leinentaschen* (vorzugsweise zum Tragen von mehreren Exemplaren des „RotFuchses“, von Büchern usw. geeignet)

– *Zündhölzer* (zum An- und Einheizen, wo auch immer Wärme vonnöten ist)

– *Radiergummis* aus Naturkautschuk (für alle, die auch im Computerzeitalter nicht auf Bleistifte und deren Gebrauch verzichten können oder wollen)

– *Holzkreisel* mit Überraschungseffekt (Bewegung ist alles ...)

An alle „RotFuchs“-Leser

Wir erhalten immer wieder Spenden von neuen Lesern, denen wir keinen „RotFuchs“ schicken können, weil sie vergessen haben, ihre Anschrift bei der Überweisung anzugeben – so in den letzten Wochen u. a. von H. Dubinsky, M. Eddo, J. Kohoutek, F. Weihmann, G. Richter. Bitte die Adressen noch an den „RotFuchs“-Vertrieb (A. Neumann, Telefon 0 30/654 56 34) übermitteln, damit die Betreffenden in die Bezieherliste aufgenommen werden können. **W. M.**



(...) Was hat man uns seit der Konterrevolution von 1989 nicht alles unterstellt. Zum Beispiel behauptete man, wir hätten den Kapitalismus viel negativer beschrieben, als er in Wirklichkeit ist. Wie vieles andere habe auch er in den letzten Jahrzehnten sein Wesen verändert. Unternehmer, Gewerkschaften und Beschäftigte seien eine Sozialpartnerschaft eingegangen, in deren Folge es den Arbeitern besser gehe als je zuvor. (...)

Ganz deutlich wurde der unveränderte Charakter des Kapitalismus beim Streik in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie. Er präsentierte sich hier wieder wie eh und je als „Kapitalismus pur“. Das ganze Register von Manipulation, Drohung und Erpressung wurde gezogen. (...) Plötzlich waren die ehemaligen DDR-Bürger nicht mehr die „Unterdrückten“, denen man die „Freiheit“ bringen und beibringen mußte, sondern durch die Gewerkschaft manipulierte und aufgehetzte „Arbeitnehmer“ (welch irreführender Begriff!), die sich obendrein noch undankbar gegenüber dem Westen verhielten.

Besonders pervers ist das immer wieder strapazierte Argument vom sogenannten Standortvorteil Ost. Das heißt doch in Wirklichkeit, daß es den Menschen im Osten auf Dauer schlechter gehen soll als den Alt-Bundesbürgern. Dann, nur dann wäre das Kapital auch weiterhin so gnädig, im Osten zu investieren. Das Anstreben gleicher Lebensverhältnisse ist also ein Hindernis für den „Aufbau Ost“.

Da fragt man sich, wieso kann der Kapitalismus wieder so unverschämt agieren? Ganz einfach, weil es die DDR als unsichtbaren Verhandlungspartner am Tisch der BRD-Gewerkschaften nicht mehr gibt. (...) Der Metall-Streik bietet sich auch als Vergleich zu den Ereignissen des 17. Juni 1953 an. Während die Kapitalisten sonst jeden Arbeitskampf scheuen, zählten sie damals zu den Akteuren, die unsere Arbeiter vom Territorium eines anderen Staates aus vehement zum Streik aufriefen. Woher dieser plötzliche Sinneswandel? Sie betrachteten diese Streiks als willkommenes „Hilfsmittel“, um die ihnen verhaßte DDR von der Landkarte zu tilgen und wieder zu ihren durch Volksentscheid rechtmäßig enteigneten Besitzständen zu gelangen. (...)

Gottfried Fleischhammer, Leipzig

Ich habe auf dem UZ-Pressefest erneut den „RotFuchs“-Stand besucht und die Ausgabe Nr. 65 überreicht bekommen. Gleich heute habe ich sehr intensiv darin gelesen und möchte Euch dazu einfach nur gratulieren. Alle Beiträge sind ohne jede Schwafelei, präzise, faktenreich und von einer Länge, die lesbar bleibt. Aus der Fülle der (positiven) Bemerkungen, die ich insgesamt und/oder zu einzelnen Artikeln machen könnte, hier also nur eine kleine Auswahl: Die Beiträge zur Situation in der PDS bieten, ohne jede Hämie und Besserwisserei geschrieben, eine solide Orientierungshilfe. Sie vergrößern allerdings die Sorgen um diese für die Linke wichtige Partei. Bedeutsam für den Diskurs zum 17. Juni 1953 ist der Hinweis auf „Eppelmanns Erinnerungszirkus“ im Beitrag von Horst Schneider, weil er im Zusammenhang mit der geradezu barocken Fülle von Erinne-

rungen schlicht übersehen, vergessen oder bewußt verschwiegen wird. Auch die wörtliche Wiedergabe des Brecht-Briefes an Suhrkamp im Beitrag von Klaus Huhn und die Erinnerung an die politische Herkunft der Bauarbeiter in der Notiz von S. R. sind sehr wichtige Hinweise! Gut gefallen hat mir auch der Artikel „Kein Himbeereis“ von Fritz Dittmar.

Ich würde mich freuen, wenn Ihr mir ab sofort regelmäßig den „RotFuchs“ gegen Bezahlung zusenden könntet.

Dr. Dirk Krüger, Wuppertal

Der verordnete Rummel um den 17. Juni ist vorüber, und der Staat hat sich das „Jubiläum“ etwas kosten lassen, natürlich vornehmlich aus Steuergeldern. Rund 500 Veranstaltungen, vordergründig von Eppelmanns Enquetekommission organisiert und maßgeblich von der „Stasi“-Aktiverwalterin Marianne Birthler unterstützt, waren darauf gerichtet, dem „geierten deutschen Volk“ tief ins Bewußtsein zu pflanzen, daß der 17. Juni 1953 ein „historischer Volksaufstand“ gegen die „kommunistische Diktatur in der DDR“ und „Vorläufer der Revolution vom November 1990“ war. (...) Wen wundert's, bot sich der 50. Jahrestag des 17. Juni 1953 ja geradezu an, die Klittertag der DDR-Geschichte aufzufrischen, zumal die derzeitigen Verhältnisse im geeinten Deutschland alles andere als rosig sind und besonders unter der Bevölkerung des Ostens die Erinnerungen an gnadenlos liquidierte Werte und Errungenschaften immer mehr Fuß fassen.

Was fiel mir bei den staatlich gelenkten „Feierlichkeiten“ besonders auf? Erstens wurden die konkreten historischen Bedingungen in Europa und der Welt zum Zeitpunkt der damaligen Ereignisse – vor allem der durch die USA-Administration zugespitzte Kalte Krieg, der Feldzug gegen den Kommunismus und die forcierte Aufrüstung – völlig außer Betracht gelassen. Zweitens wurde mit Engelszungen der Opfer des 17. Juni 1953 gedacht. Aber daß die ersten Toten und Verletzten SED-Funktionäre und Volkspolizisten waren, verschwiegen man. Drittens suchte die Propaganda den Eindruck zu erwecken, daß der Westen beim „Volksaufstand“ nur erstaunt und überrascht zugehört hätte. Aufrührer und Randalierer waren ausnahmslos Ostdeutsche. Der RIAS sendete lediglich fromme Sprüche für die Brüder und Schwestern in der DDR. Viertens konzentrierte man sich auf die verstärkte „Aufklärung“ der Jugend über den „roten Unrechtsstaat“, weil es da bisher noch erhebliche Versäumnisse gegeben hätte und die Heranwachsenden zu wenig Interesse für das Geschehen zeigten. Fünftens beteiligten sich leider wieder Spitzenfunktionäre der PDS an der Kampagne zur Delegitimierung der DDR. Die „Berliner Erklärung“ atmte erneut den Geist des tiefen Bedauerns und würdeloser Entschuldigung. (...)

Günter Stuedten, Berlin

(...) Da wird das Bild einer Millionen erregenden grandiosen Volksrevolution des 17. Juni 1953 entworfen und in die Köpfe von Generationen projiziert, die darüber kaum etwas wissen, bestenfalls maßlose Übertreibungen vernommen haben. Als Anlaß der Unruhen und Streiks erwähnt man die zehnpromtente Normerhöhung und die allgemeine Unzufriedenheit mit den Arbeits- und Lebensbedingungen in der damaligen DDR. Mit der Agenda 2010, mit Hartz, Rürup ... Merz und Merkel ... wird derzeit und hierzulande größten Bevölkerungsteilen und noch dazu den

Schwächsten der Gesellschaft etwas zugemutet, was zu keiner Zeit und niemals im noch so fehlerbehafteten, allmächtigen und realitätsfernen Politbüro zur Diskussion gestanden hätte. Jene, die unablässig den 17. Juni in der DDR bejubelten und in dem konterrevolutionären Tun genüßlich schwelgten, bekommen heute hysterische Anfälle und gelangen zur erschreckenden Entgleisungen ihres Denkens, wenn sich minimalster und leisester Widerstand oder vorsichtigste Kritik gegen die Pläne des rigorosen Sozialabbaus regen. (...) Was die Herrschenden hier und heute zu tun bereit sind, berechtigte zu einem Generalstreik! Wir hören es zudem immer lauter, daß die Agenda 2010 nur der Anfang sei. Was steht am Ende? (...)

Roland Winkler, Remseck

Am 28. Juli werde ich 82 Jahre alt. Manchmal denke ich, es sei an der Zeit, mich vom aktiven politischen Leben zurückzuziehen. Auf der anderen Seite bin ich der Meinung, daß wir älteren Genossen bis zum Ende unserer Tage die Verpflichtung haben, über unsere Erfahrungen zu sprechen. (...) Unlängst, bei der Geburtstagsfeier meiner Enkelin, erzählte ein ehemaliger Genosse aus der kleinen Nachbarstadt Waldenburg, wie er auf der Großbaustelle Nickelhütte St. Egidien, damals ein wichtiges volkswirtschaftliches Objekt, den „Volksaufstand“ erlebt hatte. Die anwesenden jungen Leute hörten bald eine Stunde lang aufmerksam zu. Er sei Zeuge gewesen, sagte er, wie auf der Baustelle ein Beauftragter aus Berlin niedergeschlagen wurde, wie es Aufruhr unter den 200 zur Arbeit eingesetzten Strafgefangenen gegeben habe und Proteste der Bauarbeiter zu Tumulten geführt hätten. Als ich dann meine Erlebnisse darlegte – ich war am 17. Juni 1953 Verantwortlicher für Ordnung und Sicherheit auf dieser Großbaustelle – sagte keiner der Gäste mehr ein Wort. Ich hatte ja nur erklärt, daß es keinen einzigen Verletzten oder Geschädigten gab, keinen Streik. Da der Bauplatz unmittelbar an der Eisenbahnstrecke Zwickau-Karl-Marx-Stadt lag, wurde auf Beschluß der Beschäftigten selbst in den Pausen gearbeitet. Auch die Essenbauer kamen nicht nach unten; ihre Verpflegung wurde mit einem Aufzug hochgebracht. Jeder Reisende sollte sehen, daß hier voll gearbeitet wurde. Mir übertrug man noch in der Nacht vom 17. zum 18. Juni die Verantwortung für die Sicherheit des Bahnhofs St. Egidien, damals ein kleiner Knotenpunkt, weil hier die Strecke Oelsnitz-Stollberg abzweigte, sowie für einen wichtigen Eisenbahnviadukt. Ich war kein Polizist, sondern hatte mich auf Anfrage der SED-Kreisleitung bereiterklärt, mit einigen Genossen der Dorfparteiorganisation und des Baubetriebes die Sicherheit zu gewährleisten. Sonst war ich Arbeiter auf der Baustelle. Durch diese Aufgabe bekam ich aber auch Verbindungen zu kleinen Fabriken und Großbetrieben in den Städten Glauchau, Meerane, Lichtenstein, Oelsnitz, Zwickau und Oberlungwitz. Hier war von einem Volksaufstand keine Rede.

Selbstverständlich hatte der am Grünen Tisch gefaßte Beschluß zur pauschalen Normerhöhung in der gesamten Volkswirtschaft berechnete Diskussionen ausgelöst. Es gab aber in dieser Region keine Tätlichkeiten. Alle aufgetretenen Fragen wurden mit den Werktätigen aufrichtig erörtert.

Manfred Wulf, Glauchau

Die „Bredels“ aus Hamburg sagen herzlichen Dank für die Würdigung des neuen „Rundbriefes der Willi-Bredel-Gesellschaft“. Gut, daß sie Werner Hoppe im „RotFuchs“

unter diesem wichtigen – antifaschistischen – Blickwinkel geschrieben hat. Inzwischen hat sich etwas weniger Würdigen für uns „Bredels“ ereignet. Am 25. Juni gab der rechte Hamburger Senat bekannt, daß die staatlichen Zuschüsse für alle 14 hiesigen Geschichtswerkstätten (zu denen die Bredel-Gesellschaft gehört) für 2004 nicht etwa nur gekürzt, sondern gleich ganz gestrichen werden. Und das, obwohl der Kulturretat für 2004 keineswegs kleiner als im Vorjahr ausfällt. Jetzt brauchen wir „Bredels“ jede Unterstützung. Wer uns helfen will, fordert von der Hamburger Kultursenatorin Dana Horáková, Große Bleichen 22, 20354 Hamburg, Fax 040/4 28 24-244 oder -209, die Rücknahme ihres wahnsinnigen Beschlusses. Und denkt bitte daran: Über eine Mitteilung an uns würden wir uns freuen.

Unsere Telefonnummer: 040/59 11 07

René Senenko, Hamburg

Es war schön, Euch auf dem UZ-Pressefest getroffen zu haben. Wir erfuhren dabei, was Ihr außer der direkten politischen Arbeit noch alles am Hals habt: von der Zusammenstellung und dem Erwerb der „Werbeartikel“ über das Verfassen von Gesamtinhaltsverzeichnissen des RF bis zum Fabrizieren von CDs mit sämtlichen Jahrgängen der Zeitschrift. Für all Eure Mühe und Euren Einsatz möchten wir Euch einfach einmal danken. Was noch in unseren Kräften steht, den „RotFuchs“ weiterhin zu stärken, werden wir tun.

Rosl und Dieter Hesse, Recklinghausen

Danke für das wiederum interessante und vielseitige neueste „RotFuchs“-Heft. Es hängt mit meinen spezifischen Interessen zusammen, daß mich besonders die Beiträge zu Walter Ulbricht, zum Dresdner Totalitarismus-Institut, zum 11. September, zu China-Xinjiang, zum Rassismus in Polen, zum Streben der Russisch-Orthodoxen Kirche nach einer Theokratie und zum Treffen auf der Schneekoppe bewegten. Dabei stelle ich en passant fest, daß Eure „Trefferquote“ weitaus höher ist als die vergleichbarer Publikationen; denn natürlich habe ich auch Kurt Gossweilers Meinungsäußerung und andere Beiträge mit Interesse gelesen. Ein Highlight (neudeutsch, eigentlich Höhepunkt) war der Abdruck des Artikels von Hannsheinz Bauer aus dem „Ossietsyky“. Für mich ist Bauers freimütige Äußerung, die so gar nicht den Vorstellungen seiner SPD-Parteioberen entspricht, eine erneute Bestätigung, daß der marxistisch orientierten Arbeiterbewegung gegenwärtig „Sammelpläne“ wie der „RotFuchs“ dringlicher sind als Parteiklubs.

Dr. Hans Kaiser, Berlin

(...) In unserem Abiturjahrgang 1974 in einer Kleinstadt im westlichen Ruhrgebiet waren wir drei Mitglieder der SDAJ. Einer, John, war ein lupenreiner Sohn der Arbeiterklasse. Nach dem Abitur ging jeder seiner Wege, und ich traf John erst Anfang 1975 wieder. Er sagte mir, daß er sich für zwei Jahre als Zeitsoldat bei der Bundeswehr beworben habe und darauf warte, ob er genommen werde. Seine Entscheidung, für zwei Jahre zur Bundeswehr zu gehen, konnte ich sehr gut verstehen. Für nur neun Monate länger als den Grundwehrdienst gab es den vielfachen Sold und am Ende noch eine fette Abfindung. Bei den finanziellen Verhältnissen seiner Familie war das Grund genug. Ein politisches Einknicken sollte damit nicht verbunden sein. Der Kriegsdienstverweigerung standen wir sowieso skeptisch gegenüber. Die Grundposition der SDAJ

war, in die Bundeswehr zu gehen und dort politisch zu arbeiten. Daneben wurde die Kriegsdienstverweigerung, die sich großen Zuspruchs erfreute, toleriert, mit fatalen Folgen. Der Staat erkannte politische Gründe für die Kriegsdienstverweigerung nicht an, sondern nur die von ihm selbst definierten Gewissensgründe. Wer anerkannt werden wollte, mußte beweisen, daß er den staatlichen Ansprüchen genügte. Dabei wurden diese oftmals verinnerlicht. Die Kriegsdienstverweigerung verkam mit großem Erfolg zur Gehirnwäsche. Doch zurück zu John. Er wartete damals schon fast ein halbes Jahr, während die anderen Z2s aus unserem Jahrgang schon seit Oktober beim Bund waren. Bei unserem nächsten zufälligen Treffen klärte mich John auf. Er war zu einer Unterredung mit drei freundlichen Herren vom Militärischen Abschirmdienst geladen worden. Diese hätten ihm einen Text zu Fragen der politischen Ökonomie vorgelesen. Dann habe man ihm eröffnet, es handle sich um einen Text, den er selbst für die Schule geschrieben hatte. Deswegen wurde John nicht als Zeitsoldat genommen. Die Überwachung durch Verfassungsschutz und MAD hat hier recht ordentlich gearbeitet.

RA Wilhelm Heinrich Rettler, Lutherstadt Wittenberg

(...) Mit einer gewissen Dosis Skepsis sehe ich der Veranstaltung zum 17. Juni mit Hans Bentzien entgegen, nachdem ich in dessen Buch geblättert habe. Es ist zwar erfreulich, daß er damit dem offiziellen „Volksaufstands“-Getöse entgegentritt und zeigt, wie man sich im Westen auf eine Übernahme der DDR im Frühjahr 1953 vorbereitet hat, wobei man dort nicht ohne Grund damit rechnete, aus Moskau Unterstützung zu erhalten.

Aber von welchem Standpunkt aus Bentzien die Geschichte schildert, geht aus einer solchen Bemerkung hervor: „Der Leninismus ist die Anwendung des Marxismus auf die russischen Verhältnisse, jetzt wurde er zur allgemeingültigen Lehre für alle Parteien erklärt.“ (...) Beachtung verdient auch, daß Bentzien sich bei der Schilderung der Ereignisse am 16. und 17. Juni vor allem auf Havemann und Heinz Brandt – „mein Freund Heinz Brandt“, so Havemann – stützt. Wer der ehemalige Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin Heinz Brandt ist, brauche ich wohl nicht zu sagen. Er hat sich mit seinem Buch „Ein Traum, der nicht entführbar ist. Mein Weg zwischen Ost und West“ als Gegner entlarvt.

Wie aber stellt Bentzien ihn uns vor? „Der in Widerspruch zur SED gekommene Funktionär Heinz Brandt, der verfolgt wurde, in den Westen kam [„kam“!] und dort 1967 seine Aufzeichnungen veröffentlichte.“ Wäre ich noch fünf Jahre jünger und gut zu Fuß, würde ich am 27. Juni gerne dabei sein und mich mit Bentzien streiten. Aber ich muß leider meinem Alter Tribut zollen und kürzer treten, hoffe aber, daß andere aufmerksam zuhören, und, wo nötig, kritische Fragen äußern und Falsches richtigstellen werden.

Noch eine kurze Bemerkung zum Artikel „Marx und Engels weiter aktuell“. Darin wird dargelegt, „warum Gruppeneigentum im Sozialismus nicht bestimmend sein kann“. Meine Frage: Warum wird in der Überschrift die Aktualität auf Marx und Engels beschränkt und nicht auch Lenin einbezogen? Warum wurde kein Bezug genommen auf die Auseinandersetzungen in der Sowjetunion über die Notwendigkeit, auch das Gruppeneigentum allmählich auf

die Höhe des Staatseigentums, also des Eigentums der gesamten Gesellschaft, zu bringen? (...)

Dr. sc. Kurt Gossweiler, Berlin

Der „RotFuchs“ stellt in seiner Mitteilung über das DKP-Pressefest in Nr. 66 fest: „Leider gab es Ausgrenzungen anderer. Die administrative Einengung des Spektrums der linken Kräfte ist zu bedauern.“ Allgemeiner und nichtssagender ging es wohl nicht! Warum wurde nicht klar und unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, wer warum wessen Teilnahme an diesem Pressefest verhindert hat? Es war doch eindeutig der Parteivorstand der DKP. Er verhinderte, daß sich Zeitungen und Zeitschriften, die fest auf dem Boden des Marxismus-Leninismus stehen, dort vorstellen konnten. Wie heißt es doch im Schreiben des Parteivorstandes der DKP an „offensiv“? „... Eine Teilnahme Eurer Zeitschrift ist nicht möglich. Eure Anmeldung für einen Informationsstand auf dem UZ-Pressefest können wir demnach nicht bestätigen.“

„Die Rote Fahne“, Zentralorgan der KPD, wurde ohne ein solches Schreiben ausgesperrt. Und was heißt „administrative Einengung“? Gingen etwa mehr Anmeldungen ein, als Stellflächen vorhanden waren, und mußte deshalb administrativ eine Einengung erfolgen? Nein, es war keine administrative, sondern eine (...) politische Entscheidung des Parteivorstandes der DKP. Und das ist vom „RotFuchs“ (...) nicht „zu bedauern“, sondern zu verurteilen. „Der ‚RotFuchs‘ konnte unter der Auflage, seinen Förderverein nicht durchschimmern zu lassen, an der Veranstaltung teilnehmen“, wird in Nr. 66 festgestellt. Frage: Ist der „RotFuchs“-Förderverein, dessen Mitglied ich bin, nicht mehr der Herausgeber der Zeitschrift? (...) Wer erteilte diese Auflage und was beinhaltete sie konkret?

Prof. Dr. Willi Opitz, Potsdam

Bemerkung der Redaktion

Der RF ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift. Er läßt sich daher von niemandem vorschreiben, wie er was einzuschätzen und was er zu verurteilen hat. Unserem redaktionellen Kommentar fehlte es nicht an Klarheit. Die von UZ-Chefredakteur Rolf Priemer telefonisch übermittelte „Auflage“, nur die Zeitung, nicht aber der Förderverein sei in Dortmund erwünscht, stellt eine für sich selbst sprechende Absurdität dar, da der Verein in der Tat der Herausgeber des RF und mit diesem absolut identisch ist.

Ich muß Leser Horst Mette aus Bayern völlig recht geben: Nach der Lektüre des RF fällt es auch mir sehr schwer, aus den vielen guten und nachdenkswerten Beiträgen, die Leserbriefe eingeschlossen, einen hervorzuheben. Deshalb möchte ich aus dem Juli-Heft die Karikatur von SHAHAR „Was Hitler nicht erreichte ...“ besonders würdigen.

Ja, Hitler gelang es nicht, die UdSSR zu zerschlagen und ihre Völker wieder unter die Knute des Kapitals zu bringen. Der Plan „Barbarossa“ scheiterte am Heldenmut der Sowjetmenschen. Erst mit Gorbatschows „Glasnost und Perestroika“, die unter dem Vorwand der „Verbesserung des Sozialismus“ vorgetragen wurden, hatte dieses Vorhaben Erfolg. Man sollte also den „Erneuerern“ stets auf die Finger sehen, damit sie nicht die Kommunisten zu politischen „Reformen“ auffordern, um ihnen nach dem dadurch begünstigten Sieg der Konterrevolution zu erklären: Der Sozialismus war

ja gar nicht reformierbar, er mußte beseitigt werden!

Und immer wenn mich das realkapitalistische System besonders arg abzockt und sozial terrorisiert, muß ich an Gorbatschow und seine Segnungen denken. Meine Gefühle für ihn und die „Reformer“ sind in der Tat nicht von Liebe und Zuneigung geprägt. Leider habe ich sehr oft Veranlassung, an Gorbatschow zu denken! Vielen Dank an SHAHAR, daß er dies alles mit seiner Karikatur so klar zum Ausdruck brachte.

Klaus Hoppe, Berlin

(...) Dem Artikel von Klaus Steiniger „Der zweite Parteiputsch“ stimme ich zu. Daß aus der PDS noch eine echte linkssozialistische Partei wird, ist eine Utopie. Es handelt sich um eine von der Führungsebene her rechtsoopportunistische Partei, die bisweilen sogar noch rechtliche Thesen vertritt als selbst die SPD. (...) Die Bemerkungen über eine vermutete „Fünfte Kolonne“ in der PDS leiten sich von Tatsachen ab. Deswegen brauchen die sozialistisch und kommunistisch eingestellten Genossen, die in der PDS sind, eine Alternative als Ausweg.

Sokrates Papadopoulos, Thessaloniki

Der „RotFuchs“ hilft mir, mit den täglich auf uns einprasselnden Falschmeldungen und Hiobsbotschaften, ja sogar mit gesundheitlichen Problemen fertig zu werden. Wir, meine Frau Helga und ich, warten zum Fälligkeitstermin immer schon ungeduldig. Dann bin ich etwa drei Tage lang gewissermaßen in Klausur. Die schlimmste Meldung des Monats war für mich die Erklärung der PDS zum 17. Juni – wohl der endgültige Kniefall vor der Konterrevolution!? Ein Glück für uns, daß wir über den „RotFuchs“ die Schweriner Familien Clausner und Paulig kennengelernt haben. Das stärkt das Selbstwertgefühl doch erheblich. (...)

Günter Buschow, Schwerin

(...) Nach wie vor ist und bleibt der „RotFuchs“ unser Kraftspender in dieser Zeit voller Widersprüche. Er gibt uns immer wieder neuen Mut, dieses Leben in einer Gesellschaft, die wir nicht gewollt haben, zu ertragen.

Helga Buschow, Schwerin

(...) Eine angenehme Überraschung außerhalb des Spektrums der Linken erlebte ich dergestalt, daß ich mich auf eine Werbung von World Vision zur Patenschaft für ein größeres Kind aus der Dritten Welt bereit erklärte, „das mit ganzer Kraft für ein Zusammengehen der Armen“ wirkt. Ich bekam daraufhin ein Angebot. Es handelt sich um einen Jungen aus dem Stamm der Guarani, der Paraguay 1811 bis 1870 zu einem reinen Indianerstaat mit preußischen Waffen machte. Auch nach dessen Unterdrückung sprechen die meisten Menschen jetzt noch immer guarani, neben spanisch.

Karl-Fritz Zillmann, Freiberg

Liebe „RotFuchse“, ist ja toll, was Ihr so macht. Von der Marxistischen Abendschule (Masch) in Leipzig erfuhr

ich heute im Internet. Ich klickte von „junge Welt“, die ich regelmäßig lese, zu Euch. Ich wünsche Euch viel Erfolg! Vielleicht schaut Ihr Euch mal mein letztes Buch im Aufbau-Taschenbuchverlag „Fortunas Kinder – eine kleine Geschichte des Glücks“ an. Es könnte vielleicht auch etwas für Eure Buchempfehlungsecke sein. Liebe Grüße

Jürgen Meier, Hildesheim

Hiermit möchte ich Ihnen meine Anerkennung für die Zeitschrift „RotFuchs“ aussprechen. Sie ist in dieser Zeit sehr wichtig. Mein Exemplar gebe ich regelmäßig an meine Freunde weiter.

Gefreut hat mich besonders, daß Sie in der Juni-Ausgabe wieder einen Beitrag von Manfred Hocke gebracht haben. Ich hatte bereits mehrmals Gelegenheit, diesen interessanten Autor und seine Archiepisodes, Buchrezensionen, ein Hörspiel, Gedichte, autobiographische Schriften und Geschichten für Kinder, die immer auch Geschichten für Erwachsene sind, kennenzulernen. (...) Meine Freunde und ich würden sich freuen, recht bald wieder etwas von diesem vielseitigen Autor im „RotFuchs“ lesen zu können.

Edda Splinter, Berlin

Der Politiker und Priester Paul Oestreicher beschäftigte sich mit einer Forschungsarbeit über Kirche und Gesellschaft der DDR. 1992 hatte er Erich Honecker im Gefängnis besucht. Weil er an eine Gesellschaftsordnung glaubte, in der die Güter dieser Welt gerecht verteilt werden, an eine soziale Ordnung, wo der Mensch im Vordergrund bleibt, waren ihm Gespräche mit sozialistischen Politikern wichtig. Oestreicher hatte erkannt: In einem zwar wirtschaftlich schwachen System „hatte doch jeder das, was er zum Lebensunterhalt brauchte“. Und nur wenige besaßen viel mehr, als sie benötigten. Dazu gab es in dem Kreis um Oestreicher die Ansicht von einem verbesserlichen Sozialismus. „Wenn etwas verbesserlich ist, muß ein guter Ansatz vorhanden sein.“ (...)

Oestreicher hat die DDR-Kirchenpolitik mitgetragen; dabei war die evangelische Kirche niemals gleichgeschaltet. Es gab auch eine kritische Solidarität, die Absicht, die Welt gemeinsam mit anderen zu menschlichen, was der Verfasser und seine Frau selbst erlebt haben. (...)

Jürgen Stage, Strausberg

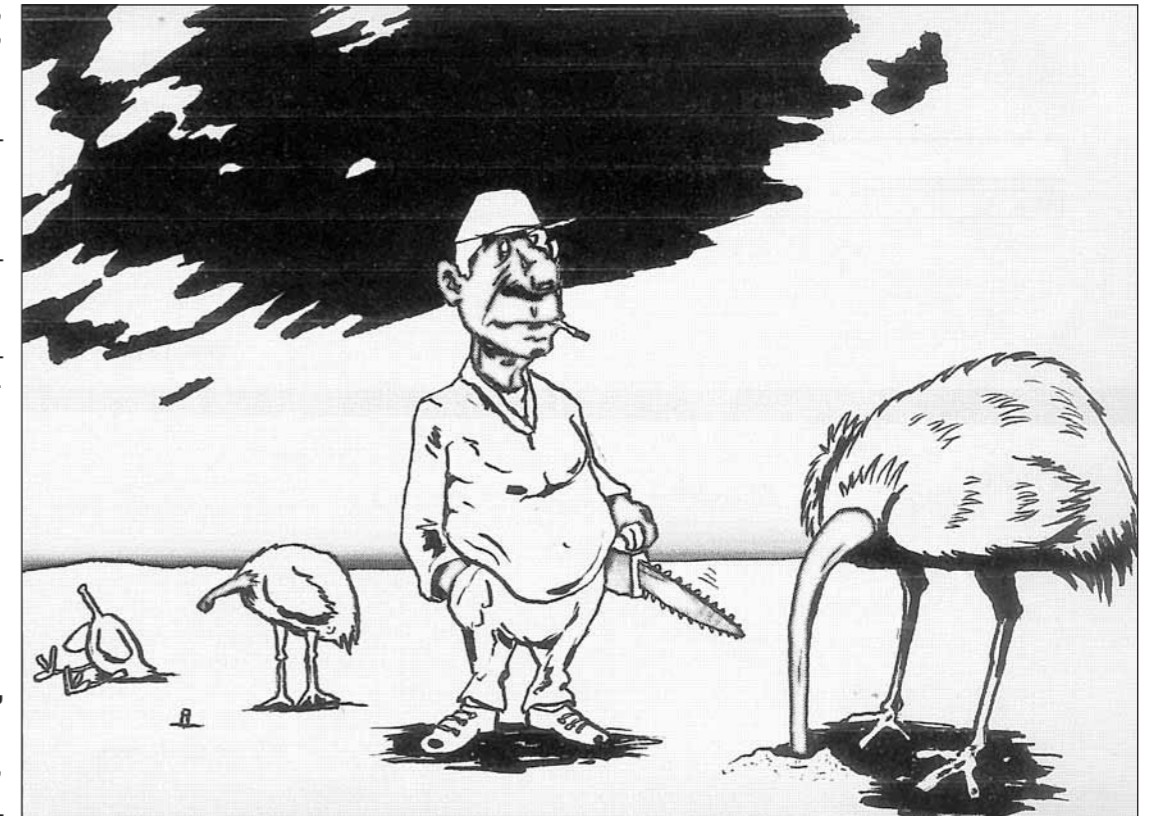
Wissen, Bildung und Kultur – es ist schlecht bestellt um sie. Die heute im Lande das Lebensniveau der Menschen bestimmen, fordern den qualifizierten Fachmann für ihre profitbringenden Geschäfte. „PISA“ bestätigt erneut: Die erzkonservative „Bildungspolitik“ bringt ihn nicht in genügender Anzahl und ausreichender „Klasse“ auf den Markt. Weder die Verantwortlichen in Berlin noch die schwarz-gelbe Koalition in Magdeburg vermögen die Ursachen dafür zu beseitigen. Die Brechung des Bildungsprivilegs wäre vonnöten.

Struktur und Organisation dieses „Bildungswesens“ – man müßte besser Unbildungswesen sagen – schaffen einseitige Bedingungen zugunsten der Kinder der Satierten. Arbeiterkinder und junge Ausländer werden von Wissen und Bildung vorsätzlich verdrängt und unzureichend gefördert. (...) Die heutige „Elite“ wird privilegiert und die gymnasiale Ausbildung gegenüber den Grundschulden und den Sekundarschulen einseitig bevorzugt. Die Ganztagschule jagt den Konservativen Angst und Schrecken ein.

Diese Politik verbaut für die Benachteiligten den Weg zu einem selbstbestimmten Leben. (...) In den seltensten Fällen können sie ihre Talente pflegen und ausprägen. (...) Das „Recht auf gleiche Bildung“ ist eine Phrase, ist Demagogie. In dieser Gesellschaft ist die Entfaltung der Persönlichkeit nur den Besitzenden und ihrem Nachwuchs zugebilligt.

Wolfgang Ahrens, Ballenstedt

Nachträglich herzlichste Glückwünsche der Redaktion zu Deinem 80. Geburtstag am 31. Juli 2003, lieber Genosse Ahrens!



Wer den Kopf in den Sand steckt, verliert ihn.

Grafik: SHAHAR



Globalisierung auf amerikanisch

Grafik: Klaus Parche

Am Freitag, dem 5. Sept. 2003, um 16.30 Uhr, findet in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstraße 203–205, eine Veranstaltung zum

50. Jahrestag der Kampfgruppen

Thema: **Waffen in Arbeiterhand**

Es spricht der ehemalige Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin
Genosse Dr. Ernst Heinz.

Stuhlgeld: 1 Euro



Genosse Rolf Berthold

Am 4. August 2003 begeht

ein verdienstvoller Aktivist des RF-Fördervereins, seinen **65. Geburtstag.**

Der Sinologe und langjährige Botschafter der DDR in der Volksrepublik China, der das große asiatische Land jetzt jährlich als Reiseleiter besucht, ist ein versierter Spezialist der fernöstlichen Problematik.

Wir gratulieren Rolf, danken ihm für seine verlässliche Mitarbeit und wünschen ihm Gesundheit und persönliches Glück!

Auf zum großen Treffen der „RotFüchse“ in Berlin!

Am Sonnabend, dem 11. Oktober 2003, findet ab 10.00 Uhr in Berlin die 2. Zentrale Mitgliederversammlung des „RotFuchs“-Fördervereins e. V. statt. Wir rechnen mit der Teilnahme von „RotFüchsen“ aus ganz Deutschland und dem Ausland. Das Veranstaltungsort und weitere Informationen werden in der nächsten RF-Ausgabe bekanntgegeben.

I M P R E S S U M

Der RF, im Februar 1998 von der DKP-Gruppe Berlin Nordost begründet, ist seit dem 1. Juli 2001 eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Publikation.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
Tel. 030/561 3404, Fax 030/5649 3965
(Redaktionsadresse, an die bitte auch alle Post zu richten ist)

Layout: Egon Schanker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

E-Mail-Adresse: rotfuchs.berlin@t-online.de

Redaktionsschluß ist jeweils der **20.** des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Autorenkreis:

Dr. Martin Baraki
Rolf Berthold
Isolda Böhler (Valencia)
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Bernd Fischer
Walter Florath
Peter Franz
Günter Freyer
Dr. sc. Kurt Gossweiler
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Werner Hoppe
Prof. Dr. Ulrich Huar
Dieter Itzerott
Gerda Klabuhn

Konto für Spenden und Beiträge: W. Metzger / RotFuchs
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00), Konto-Nr. 220 160 759

Prof. Dr. Eike Kopf (Peking)
Dr. Hans-Dieter Krüger
Wolfgang Metzger
Dr. Annemarie Mühlefeldt
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Dr. Norbert Pauligk
Prof. Dr. Werner Roß
Rainer Rupp
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Fritz Teppich
Herbert Thomas
Dr.-Ing. Peter Tichauer
Prof. Dr. Ingo Wagner
Stefan Warynski (Warschau)
Prof. Dr. Günter Wilms

Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger
Arno Fleischer
Heinz Herresbach
Klaus Parche
SHAHAR
Internet-Redakteurin:
Iris Rudolph
Webmaster der Vereinsseite:
Dr. Hartwig Strohschein
Versand und Vertrieb:
Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/654 56 34
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens,
Sonja Brendel, Bruni Büdler,
Sylvia Feldbinder,
Bernd Koletzki